

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Einzeln in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6662.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 60 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst Spangh. Amt 1, Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Dienstag, den 27. September 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das 4. Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.)

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Theil des Romans

„Die Waffen nieder!“

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner, auf Verlangen gratis nachgeliefert, worauf wir noch besonders aufmerksam machen.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Neue Urkunden aus amtlichen Aktenstränken.

Die „Magdeburger Nachrichten“ in ihrer Nr. 18 (siehe „Volksblatt für Anhalt“ Nr. 115 vom 24. d.) veröffentlichen eine Reihe von Schriftstücken, die einen werthvollen und bedeutsamen Nachtrag zu den Dokumenten: „Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse“ bilden. Aus den Papieren geht zur Evidenz hervor, daß preussische und anhaltische Beamte sich zu Handlangern der Stäffurter Großindustriellen gemacht und dazu beigetragen haben, daß über ehrliche Arbeiter ihrer politischen Gesinnung wegen die wirtschaftliche Acht und Aberacht verhängt wurde. Der Bürgermeister von Stäffurt — ein eigenartiges Geschick schwebt über dem Regierungsbereich Magdeburg — ein gewisser Herr Reinhard, verbündet sich mit einer Schaar zu einem Ring zusammengeschlossener Kapitalisten, um das

„gleiche Recht für Alle“ mit Füßen zu treten. Ihm sekundiren ein anhaltischer Amtsvorsteher in Heiligen und der Vertreter der Salzwärks-Direktion in Leopoldshall, alle gleich bereit, ohne Rücksicht auf ihre Amtspflichten, die Arbeiterschaft zu knebeln, zu demütigen und um Brot und Existenz zu bringen.

Achtung, schwarze Liste, Mißbrauch der Amtsgewalt, ein bössartiges Kartell der Millionäre, gestiftet, um klassenbewußte Arbeiter zu verderben, das ist ein Bild vom aller-neuesten Kurs.

Nun zu den Urkunden! Das erste Schreiben ist an die Herren vom Unternehmerverein gerichtet und trägt die Unterschrift des Stäffurter Bürgermeisters, dessen Gehalt sich zum größten Theil zusammensetzt aus den Steuer-groschen der Arbeiter, gegen die er einen ungeschlichen Krieg führt. Es lautet:

3. Nr. 9472. Stäffurt, den 7. Januar 1890.

Secret!

Gefentlich der am 1. d. M. im Helbing'schen Lokale hier-selbst durch den Sozialdemokraten Julius Große von hier, beziehentlich den Sozialdemokraten A. Heine aus Halberstadt abgehaltenen öffentlichen Versammlung haben sich durch entsprechende Reden pp. hervorgethan:

- 1. der Arbeiter Philipp Emerleben, Nachtstr. 15, z. 3. ohne Arbeit;
- 2. der Arbeiter Friedrich Hartmann, Bischofsstr. 18 p., zur Zeit bei dem Holzhändler Fr. Müllstein in Leopoldshall in Arbeit;
- 3. der Arbeiter Rob. Laubisch, Kleiner Markt 1, z. 3. auf der chemischen Fabrik Concordia II in Arbeit (ist gefänglich);
- 4. der Arbeiter Karl Meising, Kellergäßchen 2, z. 3. auf dem Stab. II der Ver. Chem. Fabrik in Leopoldshall in Arbeit (ist gefänglich).

Lehterer hat zwar nicht gesprochen, fungirte jedoch als Schriftführer, nachdem er von dem Sozialdemokraten Große hierzu in Vorschlag gebracht und von der Versammlung gewählt war.

Auf Grund der f. 3. gefassten Beschlüsse ver-fahre ich nicht, mit der Bitte um gefl. weitere Veranlassung, Ihnen hiervon Kenntniß zu geben.

Der Bürgermeister. Reinhard.

Das zweite Schreiben von Herrn Reinhard mitunter-zeichnet. Beschluß der Unternehmer-Verschwörung. Hier ist eine schwarze Liste, die 278 ans Messer gelieferte Arbeiter namentlich aufzählt, angefügt.

Beschluß.

Den Personen, welche zu den Kategorien A, B und C der vorgetragenen Liste gehören, soweit nicht ad A Freisprechung im gerichtlichen Verfahren erfolgen sollte, unbedingt zu kündigen und dieselben in keinem Konventionsbe-triebe wieder anzunehmen, während auf die Angehörigen der übrigen Kategorien nach Möglichkeit dahin eingewirkt werden soll, daß sie von den ordnungsfreundlichen Bestrebungen sich zurückziehen. Zu konstatiren bleibt dabei, daß dieser Beschlus einstimmig gefaßt und seine strikte Durchführung all-seitig zugesagt wurde. Jedem ist es überlassen, bei der

Ründigung den ihm geeignet scheinenden Grund anzugeben.

Reinhard. Ring.

Vorstehenden Abzug des gestern gefassten Beschlusses nebst der Liste der kompromittirten Personen übersende ich mit dem ergebensten Ersuchen, gefl. in Gemäßheit dieses Beschlusses verfahren und mir die Namen der Gefängigten mittheilen zu wollen.

Stäffurt, den 13. März 1890. Der Bürgermeister. Reinhard.

- A. 40 Personen, die wegen Aufruhr verhaftet sind;
- B. 12 „ die an einer geheimen Versammlung am 11. Februar Nachts theilgenommen haben;
- C. 24 „ die sich besonders durch Agitation pp. hervor-gethan haben. (Bei einer wird das Verbrechen: „In Versammlung Reden gehalten“, als gravirend hervorgehoben.);
- D. 29 „ die sozialdemokratische Versammlungen besucht haben;
- E. 51 „ die Mitglieder des Arbeiter-Bildungs-vereins“ sind (.);
- F. 104 „ die „alle Sozialdemokraten“ sind;
- G. 18 „ die als von Stäffurt verzogene Sozialdemokraten angeführt werden.

Der Amtsvorsteher von Heiligen gönnt anscheinend dem Bürgermeister von Stäffurt diese Vorbeeren nicht und er bereilt sich, ihm nachzukommen, indem er dem Kapitalisten-ringe unter dem 18. März 1890 mittheilt, daß noch die und die von den Theilnehmern an dem Heilinger Wahlkrawall verhaftet sind, während die und die ohne Angabe des Grundes entlassen sind:

„Im Anschluß an mein Ergebenes vom 22. Februar ex. theile ich ferner mit, daß infolge der hiesigen Wahlkrawalle am 20. Februar ex. noch verhaftet sind:

- 1. der Arbeiter Gottlob Junge hier, auf Agathe in Arbeit
- 2. der Arbeiter Friedrich Braun hier, auf Achendach;
- 3. der Arbeiter Jakob Köthe hier, auf Fabrik Wästen-hagen u. Comp.;
- 4. der Arbeiter Karl Alleben hier, im Steinbruch Gänse-furt;
- 5. der Arbeiter Hermann Tepper hier, Ziegelei, Heiligen;
- 6. der Postknecht Karl Hinz hier, bei Hermann Dannenberg.

Von den am 22. v. M. mitgetheilten Verhafteten sind wieder entlassen:

- 1. Ernst Scheuer, 2. Karl Basse, 3. Friedrich Böttner, 4. Wilhelm Dentrich, 5. Gustav Köppler, 6. Franz Junge, 7. Karl Richmann, 8. Friedrich Schweinsberg.

Der Grund der Entlassung aus der Untersuchungshaft ist diesseits noch nicht bekannt. Der Arbeiter Gottlieb Rinne ist nicht auf der „Liste“ beschäftigt, wie in meinem Schreiben vom 22. v. M. angegeben, sondern auf der Budauer Fabrik in Stäffurt.

Heiligen, den 18. März 1890. Der Amtsvorsteher. gez. Stammer.

Durch welches parlamentarische Verwort ist der schwere Rechtsbruch und Gesetzesfrevel zu kennzeichnen, der durch das folgende amtliche Schreiben festgestellt wird?:

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

[31

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Dieser Brief meiner Tante brachte mir erst wieder ins Gedächtniß, daß es eine „politische Lage“ gebe. Die ganze Zeit über hatte ich mich nicht um derlei gekümmert. Vor und nach meiner Krankheit hatte ich zwar, wie immer, viel gelesen: Tag- und Wochenblätter, Revuen und Bücher, aber die Leitartikel der Zeitungen waren unbeachtet ge-blichen; seitdem ich nicht mehr die bange Frage aufstellte: „Krieg oder nicht Krieg“, besaß der inner- und außer-politische Klatsch kein Interesse für mich. Erst anlässlich der Nachschrift des oben angeführten Briefes fiel mir ein, das Vernachlässigte einzuholen und mich nach den gegen-wärtigen Verhältnissen zu erkundigen.

„Was will denn Tante Marie mit diesem „bedrohlich“ sagen, Du minder arroganter Preuße?“ frug ich meinen Mann, ihm den Brief zu lesen gebend. „Giebt es denn überhaupt jetzt eine politische Lage?“

„Die giebt es — gerade so wie irgend ein Wetter — leider immer. Und dabei ebenso veränderlich und trügerisch.“

„Nun, so erzähle mir... Spricht man etwa noch immer von den verwickelten Elbherzogthümern? Sind die nicht abgemacht?“

„Mehr als je spricht man davon. Nicht im geringsten

abgemacht. Die Schleswig-Holsteiner haben jetzt große Lust, die Preußen — die „arroganten“, denn das sind wir, dem neuesten Schlagwort gemäß — wieder ganz los zu werden. „Eher dänisch als preussisch“, wiederholen sie eine ihnen von den Mittelstaaten gegebene Lösung. Und weist Du, wie das abgedroschene „Necrum in sceleribus“ Vieh jetzt zur Ab-wechselung gelungen wird:

Schleswig-Holstein Stammverwandt Schmeißt die Preußen aus dem Land.“

„Und was ist's mit dem Augustenburger? Den haben sie doch? O sag' mir nicht, Friedrich, daß sie ihn nicht haben... Wegen dieses einzig berechtigten Thronerben, nach welchem die armen dänengedrückten Lande sich so gesehnt, mußte der ganze Krieg, der mich Dich — Dich! — hätte kosten können, geführt werden! Laß mir also wenigstens den Trost, daß der nöthige Augustenburger in seine Rechte eingesetzt worden und über die ungetheilten Herzogthümer regiert. Auf diesem „ungetheilte“ bestehe ich: das ist ein altes historisches Recht, das Jenem seit mehreren hundert Jahren ver-bürgt ist und dessen Begründung ich mir mühsam genug erkorscht habe.“

Schlecht steht's um Deine historischen Rechtsansprüche, meine arme Martha,“ lachte Friedrich. „Vom Augusten-burger ist — außer in seinen eigenen Protesten und Mani-festen — gar nicht mehr die Rede!“

Von nun an fing ich wieder an, mich um die politischen Verwicklungen zu bekümmern und erfuhr folgendes:

Festgesetzt und anerkannt war — trotz des beim Wiener Frieden geschiedenen Protokolls — eigentlich noch gar nichts. Die Schleswig-Holsteinische Frage war seit her in allerlei Stadien gebracht worden, „schwebte“ aber mehr als je. Der Augustenburger und der Oldenburger hatten sich be-eilt — nach der von Seiten des Oldenburgers erfolgten

Abtretung — beim Bundestag zu reklamiren. Und Lauenburg verlangte stürmisch, dem Königreich Preußen einverleibt zu werden. Niemand wußte, was die Ver-bündeten nun eigentlich mit den eroberten Provinzen an-fangen würden. Von diesen beiden Mächten selber muthete jede der anderen zu, daß jede die andere über-vortheilen wolle.

„Was will nur dieses Preußen?“ Das ist nunmehr die von Oesterreich, von den Mittelstaaten und den Herzog-thümern stets aufgeworfene, Böses ahnende Frage. Napoleon III. rath Preußen, es solle die Herzogthümer — bis auf das dänisch redende Nordschleswig annectiren. Aber daran denkt Preußen vorläufig nicht. Am 22. Februar 1865 formulirt es endlich seine Ansprache dahin: Preussische Truppen bleiben in den Landen; die letzteren haben ihre Wehrtkraft zu Wasser und zu Land mit Ausnahme eines Bundeskontingents Preußen zur Verfügung zu stellen. Der Kieler Hafen wird in Besitz genommen: Post und Telegraphen sollen preussisch werden und die Herzogthümer müssen sich dem Zollverein anschließen.

Ueber diese Forderungen ärgert sich — ich weiß nicht warum — unser Minister Meußdorf-Ponitsch. Und noch mehr — ich weiß gar nicht warum — vermuthlich aus Neid, diesem Grundzug in Behandlung der „äußeren Angelegenheiten“ — ärgern sich die Mittelstaaten. Dieselben verlangen ungestüm, der Augustenburger wöge eiligt, sofort, in die Verwaltung der Herzogthümer eingesetzt werden. Oesterreich hat aber auch etwas zu sagen und sagt — indem es den Augusten-burger als Lust behandelt —, daß es den Besitz des Kieler Hafens geru zugesteh, aber gegen die Rekrutirung und Matrosenpresse sich verwahre.

So wird unablässig fortgestritten. Preußen erklärt, daß seine Forderungen nur im Interesse Deutschlands ge-

Stassfurt, den 5. April 1890.

Ich beehre mich, den Herren Arbeitgebern ergebenst mitzutheilen, daß nachstehende, an dem Streik vom 25. v. M. beteiligte Personen am Montag, den 7. d. M. aus der Arbeit seitens der Firma G. Wenneke, Becker u. Co., entlassen werden, und zwar:

Karl Grell, Albert Braun, Karl Vondt, Konstantin Epichalski, August Wiegner, Bernhard Wiegner und Josef Polajet.

Der Bürgermeister, Reinhard.

Die nachfolgenden Zeilen sind eine Mittheilung des Salzbergwerks Neu-Stassfurt über einen entlassenen Arbeiter, die sich natürlich Herr Reinhard bezieht, in seiner amtlichen Eigenschaft als Bürgermeister zur Kenntniß der Ringmitglieder zu bringen:

pr. 15./4. 90, II., 2451.

Salzbergwerk Neu-Stassfurt.

Stassfurt, den 14. April 1890.

Wir beehren uns, Ihnen hierdurch ergebenst mitzutheilen, daß wir den Mathias Glade, welcher gegen den Maschinensteiger Herrn Schmitz in Leopoldshall große Schmähungen ausgeübt hat, am 12. d. M. die Arbeit aufgekündigt haben und daß derselbe am 25. cr. zur Entlassung kommen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Salzbergwerk Neu-Stassfurt
gg. H. Wenneke.

Zr. Liste D.

Herrn
Bürgermeister Reinhard,
Hochwohlgebornen
Stassfurt.

Vorstehendes Schreiben zur gefälligen Kenntnissnahme ergebens.

Stassfurt, den 19. April 1890.
Der Bürgermeister,
Reinhard.

Nun kommt eine ähnliche Mittheilung der Herzoglich Anhaltischen Salzwerk-Direktion zu Leopoldshall an den Stassfurter Bürgermeister zur gefälligen Kenntnissnahme und weiteren Mittheilung, welcher Aufforderung sich natürlich dieser kapitalistische Musterbeamte, da er anscheinend nichts Anderes zu thun gehabt hat, sofort innerhalb Tagesfrist unterzieht:

Abtschrift.
Leopoldshall, den 1. Juli 1890.

J.-Nr. 4402.
Secret.

An
den Herrn Bürgermeister Reinhard
in Stassfurt.

Der früher hier beschäftigte Bergarbeiter Moritz Lehmann zu Gisten ist von der Herzoglichen Strafammer zu Bernburg wegen Verleumdung des Landesherrn zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten und zwei Wochen und der Mühlenarbeiter Gottlieb Schäfer aus Heddingen wegen seiner Vertheiligung an den bei Gelegenheit der Reichstagswahl am 20. Februar d. J. in Heddingen bezangenen Ausschreitungen, bestehend in Landfriedensbruch etc., durch schwurgerichtliches Erkenntniß vom 20. v. M. zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurtheilt, aus welchem Grunde beide Personen für immer von der hiesigen Werksarbeit abgelegt sind, was wir dem Herrn Bürgermeister zur gefälligen Kenntnissnahme und Mittheilung an die übrigen Werksverwaltungen ergebenst anzeigen.

Herzogliche Salzwerks-Direktion,
gg. Weisleder.

Vorstehendes zur gef. Kenntnissnahme.
Stassfurt, den 2. Juli 1890.

Der Bürgermeister,
Reinhard.

Doch damit ist nicht genug gethan, daß die einzelnen Arbeiter thätiglich Sozialdemokraten sind, sondern der Stassfurter Bürgermeister scheint sich nicht, die wirtschaftliche Existenz von Arbeitern auch da zu ruinieren, wo er nur glaubt, daß sie der Sozialdemokratie angehören, wie das folgende „geheime“ Schriftstück beweist:

Stassfurt, den 1. Dezember 1890.

Secret!

Nachstehend erhalten Sie ein Verzeichniß von Personen, welche für verschiedene Anhänger der Sozialdemokratie zu halten ich ausreichenden Grund habe, zur gef. Kenntnissnahme und mit dem ergebensten Anheimstellen, die Leute scharf im Auge zu behalten.

Der Bürgermeister,
Reinhard.

macht werden, daß es Annektirung gar nicht verlange — Augustenburg möge, unter Gewährung der gestellten Forderungen, sein Erbrecht antreten; wenn aber diese notwendigen und billigen Ansprüche nicht befriedigt werden, dann — mit drohend erhobener Stimme — dann werde es vielleicht gezwungen sein, mehr zu fordern. — Wegen diese drohenden erheben sich sofort höhnische, hämische, hekende Stimmen. In den Mittelstaaten und in Oesterreich wird die öffentliche Meinung gegen Preußen und namentlich gegen Bismarck immer mehr verbittert. Am 27. Juni tragen die Mittelstaaten darauf an, von den Großmächten Auskunft zu verlangen, aber (Auskunftgeben ist auch nicht diplomatischer Brauch, nur alles schön geheim) die Großmächte unterhandeln unter sich. König Wilhelm leist nach Gastein, Kaiser Franz Joseph nach Ischl. Graf Rome fliegt zwischen Beiden hin und her und man einigt sich über verschiedene Punkte: Die Befahrung soll halb österreichisch und halb preussisch werden. Lauenburg wird — wie es ja selber wünschte — Preußen einverleibt. Dafür erhält Oesterreich eine Entschädigung von zweieinhalb Millionen Thaler. Dieses letztere Ergebniss ist durchaus nicht im Stande, mit patriotische Freunde einzuföhren. Was soll den sechsunddreißig Millionen Oesterreichern — selbst wenn sie unter ihnen vertheilt würde, was nicht geschieht — diese unbedeutende Summe nützen? Würde sie die Hunderttausende ersetzen, die zum Beispiel ich bei Schmitt u. Söhne durch den Krieg verloren? Oder gar die Verluste Derjenigen, die ihre gefallenen Lieben beweineten? ... Was mich freit, ist ein am 14. August zu Gastein unterzeichneter Vertrag. — „Vertrag“, das Wort klingt so friedensverheißend. Erst später habe ich die Erfahrung gemacht, daß die internationalen Verträge sehr oft dazu da sind, um durch gelegentliche Verletzungen dasjenige herbeizuschaffen, was man einen „casus belli“ nennt. Da braucht denn nur einer den anderen des „Vertragsbruchs“ anzuklagen und sofort springen — mit allem Anschein der Vertheidigung verbrieft Rechte — die Schwerter aus der Scheide.

Mir jedoch gewährte der Gasteiner Vertrag Veruhigung. Der Streit schien beigelegt, General Gablenz — der schöne Gablenz, für welchen wir Frauen alle leise schwärmten —

Als ein Ritter von der traurigen Gestalt, wenn er fürchtet von seinem Herrn und Meister angescharrt zu werden, erscheint Herr Reinhard. Man lese:

Stassfurt, den 14. März 1890.

Mit der ergebensten Mittheilung, daß der in der Versammlung vom 12. d. M. mehrfach genannte Arbeiter Böhme nicht auf Neu-Stassfurt, sondern auf der Budauer Fabrik in Arbeit steht, verbinde ich den Ausdruck meines Bedauerns darüber, daß es mir nicht mehr möglich gewesen ist, den Beamten zu ermitteln, welcher die bezügliche falsche Mittheilung gemacht hat.

Anderenfalls würde er scharfer disziplinarischer Ahndung nicht entgangen sein. Die Sache hat mir übrigens Veranlassung gegeben, den Beamten die größte Vorsicht wiederholt einzuschärfen.

Der Bürgermeister,
Reinhard.

Hier tritt offen zu Tage die Allmacht des Kapitalisten-Klingels, der die Behörden als seine Diener behandelt, Beamte als seine Angeber, Zutreiber und Büttel gebraucht und mit souveräner Schamlosigkeit Recht und Gesetz mit Füßen tritt.

Da haben wir Bürgermeister und Amtsvorsteher, besoldet von den Steuerzahlern, angeblich berufen, die Interessen des gemeinen Bewohners zu wahren und in Wirklichkeit die Ladaienrolle spielend bei den Kalk- und Zuckerbaronen von Stassfurt!

Ein Bürgermeister, der die Liste der zu Rechtenden führt, und sich geschäftig als Zuträger und Agent der brutalen Geldsackliche müht, ohne Scheu seine Amtspflicht verlegend und wie ein Lakai sich beugend vor den Großindustriellen, ein Symptom des Verfalls wie es klaffischer nicht zu finden ist.

Bürgerliches Recht, bürgerliches Gesetz, bürgerliche Sitte, sie heißen: Stassfurt!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 450 vom 26. d. Mts.) leitartikelt über den Fall Stryp und bemerkt mit ausdrücklichem Hinweis auf Preußen: „Der Staat hat einen Theil seiner politischen Befugnisse den Gemeinden und anderen Selbstverwaltungskörpern übertragen, er hat sich aber dabei das Recht der Oberaufsicht vorbehalten, um zu prüfen, ob die übertragenen Befugnisse zweckmäßig ausgeübt werden, und eventuell Remedur eintreten zu lassen.“ Gibt dieser Satz blos ein Argument für die von oben gebilligte Stryp-Auffassung, daß der Oberpräsident der „Chef“ der Stadtverordneten-Versammlung? Oder wird der preussische Staat, der die „Oberaufsicht“ führt, „Remedur“ schaffen gegen die Striche des Stassfurter Stadtvaters?

Reichs-Seuchengesetz.

In Reichs-Gesundheitsamt ist am 26. Sept. die Konferenz über das Material zum Reichs-Seuchengesetz eröffnet worden. Für die Beratungen ist im Gesundheitsamt eine Vorlage ausgearbeitet worden, welche, wie die „National-Zeitung“ (Nr. 346 vom 26. d. M.) berichtet, die Nothwendigkeit betont, gegen gewisse übertragbare und gemeingefährliche Krankheiten des Menschen nach einheitlichen Grundsätzen vorzugehen. Diese Grundsätze sollen nach dem heutigen Stande der Wissenschaft und Praxis festgestellt werden, daß die Reichsverwaltung aus den Beratungen der Kommission das Material zum Entwurf eines Reichs-Seuchengesetzes und dessen Ausführungsbestimmungen entnehmen kann. Es wird beabsichtigt, im Gesetze die leitenden Grundsätze festzustellen und für einzelne Krankheiten diejenigen Schutzmaßregeln zu bestimmen, welche von so einschneidender Wirkung sind, daß eine gesetzliche Ermächtigung erforderlich erscheint. In den Ausführungs-Bestimmungen sollen alle weiteren zur Abwehr und Unterdrückung jeder einzelnen Krankheit notwendigen Maßnahmen vorgeschrieben werden, soweit sie sich zur allgemeinen Regelung eignen. Als diejenigen Krankheiten, auf welche das Gesetz sich beziehen soll, kommen in Frage: die asiatische Cholera, das Gelbfieber, orientalische Beulenpest, Flecktyphus, Rückfalltyphus, Darmtyphus, Ruhr, Pocken, Diphtherie, Scharlach, Masern, Keuchhusten, Influenza, Genickstarre, Rindstieher, Tuberkulose, Syphilis, Aushlag (Scypra), die ansteckenden Augenkrankheiten, die auf Menschen übertragbaren Thierkrankheiten, wie Milzbrand, Tollwuth, Rosh, Trichinose; ferner eventuell: Malaria, Brechdurchfall der Kinder, die epidemisch auftretende Lungen-

ward Statthalter in Holstein; — Mantuffel in Schleswig. Auf meine im Jahre 1460 erhaltene Lieblingssicherung, daß die Lande ewig zusammen bleiben, „ungetheilt“, mußte ich jetzt doch endgiltig verzichten. Und was meinen Augustenburger betraf, für dessen Rechte ich mich so mühsam erwarnt hatte, so geschah, daß der Prinz einmal ins Land kam und sich von seinen Betreuern anzubeln ließ, worauf ihm Mantuffel bedeutete, daß, wenn er noch einmal sich unterstände, ohne Erlaubniß in die Gegend zu kommen, er ihn unweigerlich verhaften lassen müßte. Wer das keinen guten Witz der Muse Alio findet, der hat kein Verständniß für die „Fliegenden Blätter“ der Geschichte.

Trotz des Gasteiner Vertrages wollte die Angelegenheit nicht zur Ruhe kommen, und da ich nun — durch Lante Mariens Brief und die darauf erhaltenen Auskünfte angefordert — nunmehr wieder regelmäßig die politischen Leitartikel las und mich allseitig über die herrschenden Meinungen erkundigte, so konnte ich die Phasen des schwebenden Streites wieder genau verfolgen. Daß derselbe zu einem Krieg führen würde, fürchtete ich nicht. Solche Prozeßfragen mußten doch auf dem Wege der Prozesse — nämlich durch Abwägung der Rechtsansprüche und durch hiernach zu fällenden Rechtspruch — zum Austrag zu bringen sein. Alle diese beratenden Minister- und Bundesversammlungen, diese unterhandelnden Staatsmänner und freundschaftlich verhandelnden Monarchen würden doch mit diesen — im Grunde so unwichtigen — Streitfragen fertig werden. Necht mit Neugierde als mit Besorgniß folgte ich dem Gang dieser Angelegenheit, deren verschiedene Stadien ich in den rothen Heften notirt finde:

1. Oktober 1865. In Frankfurt Abgeordnetentag, folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Selbstbestimmungsrecht des schleswig-holsteinischen Volkes bleibt in Kraft. Der Gasteiner Vertrag wird als Rechtsbruch von der Nation verworfen. 2. Alle Volksvertreter sollen den Regierungen, welche die bisherige Politik der Vergewaltigung fordern, alle Steuern und Ansehen verweigern

entzündung, Mose und andere Mundkrankheiten, Krätze und andere durch Lebewesen verursachte Hautkrankheiten, Krebs und krebsartige Geschwülste, Scharlach und verwandte Krankheitsformen, Mitheln, Schweißfrieseln, Pellagra. Die Ermittlung der Krankheiten soll erfolgen durch die gesetzlich vorgeschriebene Anzeigepflicht. Es kommen ferner in Betracht Abwehrmaßnahmen gegen das Ausland und die Schutzmaßnahmen im Inlande. Als Schutzmaßnahmen im Inlande kommen nach der Vorlage zunächst in Betracht die öffentliche Bekanntmachung der Erkrankung unter Bezeichnung des Ortes, des Hauses und event. auch der Person des Erkrankten, die Kennzeichnung des Hauses, in welchem ein Erkrankter sich befindet, die Beobachtung der Kranken oder krankheitsverdächtigen Personen, die Isolirung derselben in der eigenen Wohnung oder in einem Krankenhause u. dergl. Weiterhin soll bestimmt werden, unter welchen Umständen bei Erkrankten die Anwendung eines Heilverfahrens nöthigenfalls zwangsmäßig durchzuführen ist, wann die Desinfektion der Personen und Gebrauchsgegenstände, der Wohnung und der Arbeitsstätten der Erkrankten zu erfolgen hat, und wann hinsichtlich der Umgebung des Kranken örtliche Abwehrmaßnahmen geboten sind. In dieser Beziehung kommen in Betracht: die Beobachtung der Haus- und Arbeitsgenossen, der Reisegefährten des Erkrankten, Verkehrsbeschränkungen für diese Personen und event. die Verweigerung eines ganzen Ortsteiles, die Räumung einer Wohnung oder eines ganzen Hauses. Zur Erwirkung derselben, und ob neben den Ausfahrbeschränkungen für die noch nicht von der Krankheit betroffenen Ortschaften Einfuhrverbote bzw. Beschränkungen statthaft sind. An weiteren Maßnahmen zur Verhütung der Ausbreitung einer Seuche kommen in Betracht: Beschränkungen in der Benutzung öffentlicher und privater Anlagen, wie Brunnen, Wasserleitungsstellen, Aborte, Bade-Anstalten, besondere Vorschriften hinsichtlich der Beseitigung der Abfallstoffe, der Straßenreinigung, Verbote von Menschenansammlungen, Märkten und öffentlichen Lustbarkeiten, Beschränkung des Schulbesuchs und des Verkehrs.

Einen sozialpolitischen Charakter tragen u. A. diese Maßregeln nicht, obwohl die Wohnungs- und Ernährungsfrage hier ein wichtiges Element bildet. Dagegen ist man sehr besorgt wegen der Entschädigungspflicht. Die Kommission soll feststellen, „ob aus öffentlichen Mitteln eine Entschädigung für aus Anlaß der Seuchengefahr vernichtetes oder beschädigtes Privateigenthum und für den im öffentlichen Interesse gestörten Gewerbebetrieb gewährt werden soll, wie die Höhe der Ersatzpflicht zu ermitteln sei, welche Körperschaften zur Leistung der Entschädigung verpflichtet sein soll, und ob den Regierungen Vollmacht gegeben werden sollen, durch Verwaltungsanordnung die Entschädigungspflicht den Gemeinden, Kreisen etc. aufzuerlegen. Ein Anspruch auf Entschädigung soll fortfallen, wenn vorläufige oder schließlich Uebertragung der Vorarbeiten seitens des Geschädigten vorliegt.“ Sobald bürgerliche Interessen in Betracht kommen, treibt man sehr gerne — „soziale“ Politik.

Den Schluss der Vorlage bilden die Strafbestimmungen, welche im Anschluß an § 327 des Reichs-Strafgesetzbuches gegen wissenschaftliche oder fahrlässige Verletzung der behördlichermaßen erlassenen Anordnungen in dem Seuchengesetz Aufnahme finden sollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. September.

Die Eröffnung des Reichstages soll, wie die „National-liberale Korrespondenz“ „zuverlässig“ hört, am 22. November stattfinden. —

Gefechgebungskunst. Als das Dynamitgesetz dem Reichstage vorgelegt wurde, waren es vor allem die Arbeitervertreter, welche die Schädlichkeit dieses Gesetzes, das die Unschuldigen und Unwissenden in erster Reihe treffen werde, klar und bereit darlegten. Die Erfahrung hat die Richtigkeit der sozialdemokratischen Kritik erwiesen. In Elberfeld erfuhr, wie die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 209 vom 25. d. Mts.) berichtet, am 22. September zwei Tagelöhner von Lemney die drakonische Härte des Dynamitgesetzes. Sie hatten den § 9 des genannten Gesetzes übertreten, nämlich zu Hause etwa 3 1/2 Kilogramm Dynamit in ihrem Besitz, ohne die polizeiliche Erlaubniß dazu zu haben, und erzählten dies am Wirtische einem Polizeibeamten, der dann sofort Anzeige machte. Sie wurden zu je drei Monaten Gefängniß verurtheilt, die geringste Strafe, welche die trifft, die den Sprengstoff besitzen, aber keine polizeiliche Erlaubniß haben. —

15. Oktober. Preussischer Kronjuridikus giebt sein Gutachten über die Erbrechte des Prinzen Augustenburg ab. Der Vater desselben habe für sich und seine Nachkommen, gegen eine Summe von anderthalb Millionen Speigenthaler auf die Thronanwartschaft verzichtet. Im Wiener Frieden seien die Herzogthümer abgetreten — somit habe der Augustenburger gar nichts mehr zu beanspruchen.

Eine Frechheit, eine Annahung — wird die in Berlin geführte Sprache genannt und die „preussische Arroganz“ wird zum Schlagwort. „Gegen die muß man sich schützen“: das wird allenthalben als Dogma aufgestellt. „König Wilhelm scheint sich auf den deutschen Viktor Emanuel aufspielen zu wollen.“ — „Oesterreich hat die stille Absicht, Schlesien zurück zu erobern.“ „Preußen buhlt mit Frankreich.“ „Oesterreich buhlt mit Frankreich“ ... et patati et patata, wie die Franzosen sagen ... Trieststrait heißt es auf deutsch und pflegt in den Kaffeekränzchen der Kleinstädter nicht eifriger betrieben zu werden, als zwischen den Kabinetten der Großmächte.

Der Winter brachte meine ganze Familie wieder nach Wien zurück. Rosa und Lilli hatten sich in den böhmischen Bädern sehr gut unterhalten, aber verlobt hatte sich keine. Konrads Aktien standen vortheilhaft. In der Jagdaison war er nach Grumitz gekommen, und obwohl bei dieser Gelegenheit das entscheidende Wort noch immer nicht gesprochen wurde, waren jetzt doch beide in ihrem Innern überzeugt, daß sie als ein Paar enden würden.

Auch zu diesen Herbstjagden war ich, trotz meines Vaters dringenden Zuredens, nicht erschienen. Friedrich hatte keinen Urlaub erhalten, und mich von ihm zu trennen, war ein Leidwesen, das ich mir ohne Nothwendigkeit nicht auferlegen mochte. Ein zweiter Grund, mich nicht auf längere Zeit zu meinem Vater zu begeben, war der, daß ich meinen kleinen Rudolf nicht ganz dem großväterlichen Einfluß überließe, denn dieser war dazu angethan, dem Kinde militärische Neigungen einzuföhren. Die Lust zu diesem Berufe, zu welchem ich meinen Sohn durchaus nicht bestimmen wollte, war ohnehin schon in ihm gewakt.

(Fortsetzung folgt.)

Nothleidende Landwirthe. Einem von der „Freisinnigen Zeitung“ gebrachten Verzeichniß der 91 reichsten Grundbesitzer in den 7 östlichen Provinzen Preußens ist zu entnehmen, daß neben den Erben des Herzogs Wilhelm von Braunschweig der Fürst von Pleß mit 85 Landgütern von 70 139 Hektar Gesamtfläche mit 558 758 M. Steuerertrag die zweite Stelle einnimmt, Fürst Putbus und Fürst Stolberg-Wernigerode die dritte und vierte. An 78. Stelle folgt Fürst Bismarck, dessen „mobiles Kapital“ bei Bleichröder und anderswo „akkumulirt“, auch noch eine schöne Gegend ist, mit 12 Gütern zu 11 248 Hektar mit 56 902 M. Steuerertrag. Wäre es nicht verbrecherisch, diesen armen Leuten den Differentialzoll auf russisches Brotkorn, das Brenner-Trinkgeld und andere Vorrechte zu nehmen? —

Eine recht nette Theorie, schreibt das „Bayerische Vaterland“ (Nr. 218 vom 25. Sept.) stellt die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auf. Dem Staat, sagt sie, müsse man für gewisse Fälle ein Nothrecht zugestehen, welches eventuell auch das geschriebene Recht suspendiren könne. Bismarck drückte das kürzer und kräftiger in den Worten aus: „Macht geht vor Recht“ und „stolperte niemals über juristische Finessen“. Man sieht aber aus dieser bismarckisch-offiziösen Rechtslehre, wessen man bei Preußen gewärtig sein kann, wenn man sich ein „Nothrecht“ zu vindiciren opportun oder vortheilhaft hält, um gelegentlich das inopportune geschriebene Recht zu „suspendiren“. Ungesähr so wie die löbliche „Norddeutsche Allgemeine“ hat der selbige Ränberhauptmann Schinderhannes auch schon gedacht, nur vindicirte er nicht dem Staate Preußen, sondern sich selbst das Nothrecht: *sum cuius raptandi* (Jedem das Seine zu rauben). Freilich brachte er es damit nicht schließlich zu einem Kommissionsrath, sondern zu einem guten Galgen. —

Nur sparsam! Preussisch-offiziös wird geschrieben: „Als Tag der etatsmäßigen Anstellung im Sinne der Denkschrift, betreffend die Regelung der Gehälter der etatsmäßigen Unterbeamten nach Dienstaltersstufen, ist, nach einer Verfügung des Kultusministers, derjenige Zeitpunkt zu verstehen, von welchem ab einem Beamten die Verwaltung einer etatsmäßigen Stelle dauernd übertragen wird. Die Anrechnung derjenigen Dienstzeit, während welcher ein Beamter in einer solchen Stelle auf Probe angestellt gewesen, ist danach ausgeschlossen, und zwar auch dann, wenn der Beamte während dieser Zeit das Einkommen der Stelle unverkürzt bezogen hat.“ Die Unterbeamten dürfen nicht zu anspruchsvoll sein, müssen hübsch warten, daben und politisch pariren. —

Göttliche Bitte. In peinlicher Verlegenheit ist die Junkerpartei darüber, daß die Antisemiten beabsichtigen, um das durch von Meyer's Tod frei gewordene Reichstagsmandat Friedeberg-Arnsvalde einen eigenen Kandidaten aufzustellen, da der konservative Kandidat, ein Herr von Brandt, sich angeblich gegen die Antisemiten ausgesprochen habe. . . Tief ergriffen schluchzt die „Kreuzzeitung“ (Nr. 450 vom 26. d. Mts.): „Wir wissen nun nicht, ob die dortigen Konservativen sich über einen Kandidaten für den Reichstagswahl schlüssig gemacht haben, noch weniger ist uns bekannt, daß Herr v. Brandt ein so entschiedener Gegner der antisemitischen Bewegung ist; in jedem Falle aber werden die Konservativen gut thun, diese Bewegung, deren Stärke und Popularität im deutschen Volke täglich mehr zu Tage tritt, nicht zu ignoriren. Den Herren Antisemiten aber möchten wir dringend raten, ihre unleugbare Agitationskraft vor allen Dingen dort zu verwerthen, wo es gilt, liberale, d. h. ausgesprochen judenfreundliche Kandidaten zu bekämpfen. Der Schaden, den Angriffe gegen die Konservativen anrichten, fällt doch nur auf sie selbst zurück, denn ohne deren Unterstützung wird die Bewegung gegen das Judenthum niemals von Erfolg begleitet sein.“ Ob dieser wehmüthige Appell etwas nützen wird? —

Der innere Feind. Wozu die Heere da sind — im Nothfall, das erzählt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 449 vom 25. d. M.) in einem schwachschweifigen Artikel, der die Klagen gegen die Weltweiser behandelt und darauf hinweist, daß Uncle Sam deshalb die sozialen Konflikte nicht beilegen könne, weil — ihm das siehene Heer fehle. Die Pinkertons langten nicht, die Miliz taugte auch nichts. Darum die Armee nach preussischem Muster. . . Es heißt in dem officiösen Blatte: „Die Einsichtigen sind drüber demnach zur Erkenntniß gekommen, daß hier nur eine stets schlagfertige, den sozialen Kämpfen möglichst entrückte, einzig dem Staat zur Verfügung stehende bewaffnete Macht Hilfe schaffen kann. Will die Republik ein in wirtschaftlicher Beziehung alle Arten der Produktion gleichmäßig umfassendes und ganz auf der Höhe moderner Entwicklung stehendes Staatswesen sein, so dürfte sie — das sprechen amerikanische Blätter bereits als Forderung aus — ein beträchtlich stärkeres stehendes Heer kaum noch lange entbehren können.“ Der Klassenstaat haben wir drüber heisst mehr Vajonnette für den inneren Feind. Die kapitalistischen Banker so gut wie die Hintermänner des Bindler-Blattes wiegen sich in schönen Träumen. Der Militarismus, bei uns bereits auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung und den Staatsbankrott umschwebend mit sich bringend, wird in der Riesenrepublik der Vereinigten Staaten, falls er überhaupt Wurzel faßte, nicht mehr leisten als hier. Die soziale Frage löst man nicht mit Pelotonfeuer, und auch unsere Staatsweisen werden am Ende merken, daß man auf Vajonnetten nicht sitzen kann. —

Zu den letzten Berliner Ausweisungen. In der „Kreuzzeitung“ (Nr. 450 vom 26. September) liest man: „Dem hiesigen Polizeipräsidenten geht uns nachstehende Berichtigung zu: In einem die kürzlich stattgehabte Ausweisung russischer Studenten aus dem diesseitigen Staatsgebiete behandelnden Artikel der Nr. 446 der „Kreuzzeitung“ vom 26. d. Mts. (der „Vorwärts“, Nr. 224 vom 24. Sept.), hat die Sache in einem Artikel behandelt) findet sich die angeblich „von unterrichteter Seite“ der Redaktion zugegangene Mittheilung, daß „der hiesigen Polizei aus eigener Wahrnehmung nicht bekannt geworden sei, was die in Rede stehenden russischen Staatsangehörigen belastet hätte, dagegen sei von amtlicher russischer Seite der preussischen Behörde mitgetheilt worden, die betreffenden Personen hätten sich daran betheilig, gewisse auf russische Gebiete entdeckte staatsfeindliche Anschläge vorzubereiten.“ Diese Angaben sind

durchaus unrichtig. Von russischer Seite sind über die fünf in Rede stehenden Personen keinerlei Mittheilungen hierher gelangt. Ihre Ausweisung ist vielmehr lediglich deshalb erfolgt, weil dieselben — durch dieseitig stattgehabte Beobachtungen und darauf veranlaßte Hausdurchsuchungen — fortgesetzter politischer Antriebe im Inlande überwiegen worden sind.“ Ruß ein Ausländer, der Politik treibt, denn ausgewiesen werden? —

Vollbildung in der Schweiz und in Deutschland. Das eidgenössische statistische Bureau veröffentlicht in der 87. Lieferung der schweizerischen Statistik die Ergebnisse der pädagogischen Prüfung bei der Rekrutierung im Herbst 1891. Diese Ergebnisse zeigen, wie das statistische Bureau bemerkt, erfreulicherweise wieder einen erheblichen Fortschritt, indem auf je 100 Rekruten für die ganze Schweiz die Zahl der sehr guten Gesamtleistungen (Note 1 in mehr als zwei Fächern) um 3 zu, diejenige der schlechten (Note 4 oder 5 in mehr als einem Fach) um 3 abgenommen hat. So gegenüber dem Jahr 1890. Das statistische Bureau hat aber diese Verringerungen zurückverfolgt bis 1881; in den zehn Jahren von 1882 bis 1891 sind die sehr guten Gesamtleistungen von 17 auf 22 pCt. gestiegen, die sehr schlechten von 25 auf 12 pCt. gesunken. Die betreffenden Detailangaben für die einzelnen Kantone zeigen, daß die Bewegung zum Besseren nicht etwa auf einige wenige größere Kantone beschränkt ist, sondern daß die Grozzahl der letzteren auch im letzten Jahre einen Fortschritt aufwies. Die Reichstheile der Kantone nach der Prozentzahl der sehr guten Gesamtleistungen an der Prüfung von 1891 ist folgende: Baselstadt 53, Neuenburg 38, Genf 36, Thurgau 33, Zürich 31, Schaffhausen 28, St. Gallen 24, Glarus 23, Obwalden und Appenzell Auser Rhoden 22 (Durchschnitt für die ganze Schweiz), Waadt 21, Luzern und Graubünden 20, Solothurn und Baselland 19, Bern 18, Freiburg, Argau und Tessin 17, Zug 16, Nidwalden 15, Schwyz und Valais 13, Jura 10, Uri 9. — Wie steht es im deutschen Volke, dem „Volke der Dichter und Denker“? Es waren (siehe statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1892, S. 163) von den eingestellten Rekruten ohne Schulbildung:

1885/86	1637 oder 1,08 pCt.
1886/87	1215 „ 0,72 „
1887/88	1250 „ 0,71 „
1888/89	1034 „ 0,60 „
1889/90	869 „ 0,51 „
1890/91	1035 „ 0,54 „

Ohne Schulbildung sind, wie das amtliche Quellenwerk, welchem die oben zusammengestellten Ziffern entnommen sind, angeht, diejenigen, welche in keiner Sprache genügend lesen oder ihren Vor- und Familiennamen nicht leserlich schreiben konnten.“ Ein beschämenderes lebendiges Zeugniß für ein „Kulturvolk“, als die 1035 Analphabeten des Jahres 1890/91 — gegen das Vorjahr ist ein Zuwachs der Analphabeten zu verzeichnen — ist nicht leicht zu finden. Natürlich marschirt Preußen mit 0,82 pCt. an der Spitze (Bayern weist 0,03, Sachsen 0,07 pCt. an, der thüringischen Staaten und die Hansestädte sind ohne Analphabeten), und in Preußen selbst ist das ostelbische Gebiet am schwersten belastet. 1890/91 zählen z. B. Westpreußen 3,86, Posen 2,58, Ostpreußen 1,84, Schlesien 1,12 pCt. Analphabeten. Junkerthum und Volksverdummung sind analoge Begriffe. Das Deutsche Reich, wo die Volksbildung eine untergeordnete Rolle spielt, weil der Militarismus alles verschlingt, muß die kleine Schweiz beneiden. —

Fürsorge für die Arbeitlosen — in der Schweiz. Nachdem der große Rath des Schweizer Kantons Waadt in seiner Anweisung dem Staatsrath eingeladen hatte, Erhebungen darüber anzustellen, wie einer etwaigen Arbeitslosigkeit gesteuert werden könne, richtet der Staatsrath an die Gemeindebehörden folgende Fragen: Welche Arbeiten hat die Gemeinde in Aussicht, die in der schlechten Jahreszeit besorgt werden können? Welche Summe ist für diesen Zweck budgetirt? Welche Industrien können für die Gemeinde beizugehen werden? Was kann die Gemeinde für diejenigen Vereine und Gesellschaften thun, welche sich die Hebung ihres materiellen und sittlichen Wohles zur Aufgabe stellen? Wir haben als sozialreformerische Hilfsmittel Gendarm, Gefängniß, Arbeitshaus und, als Letztes, nicht Geringstes, die Arbeiterkolonien. —

Die offizielle französische Gedankfeier des 22. September, begangen von der Bourgeoisie und den Regierungskreisen, ist von uns bereits kurz kritisiert worden. Welchen inneren Werth, sagt die „Zürcher Post“, welche dauernde Wirkung auf die Geister soll man der Vereinerung der Monarchie im Jahre 1792 zurechnen, wenn wir heute nach hundert Jahren dieses republikanischen Land vor dem einzigen Monarchen Europas, der seinen Sinn und sein Reich vor den Ideen der französischen Revolution hermetisch abschließt, sich vernügen sehen? Der oberste Repräsentant der Republik hat erst vor einigen Wochen zu Chambéry ein in die russischen Nationalfarben gekleidetes Mädchen öffentlich geküßt mit den Worten: „Ich umarme Rußland!“ Und wenn gleich einige nüchternere Epötter sich darob über Carnot lustig machten, — Thatsache ist, daß dieses inbrünstige Anschmiegen an den Jaren dem derzeitigen Empfänger der gewaltigen Mehrheit des französischen Volkes entspricht. Man feiert also auf der einen Seite pompös die hundertste Wiederkehr des Tages, an welchem das Königthum abgeschafft wurde, und huldigt auf der andern einem Autokraten, dessen Regierungsgrundsätze die Inkarnation des alten französischen Despotismus bedeuten. Nur die französische Arbeiterschaft wird die Republik zu einem wahrhaft freien Gemeinwesen umwandeln. Das sozialistische Frankreich, das ist die Republik. —

Ueber den Marceller Kongreß liegen folgende, hinsichtlich der Depeschenbureaus natürlich unkontrollirbare Meldungen vor. Wolff berichtet: Marcell, 25. September. Der nationale Arbeiterkongreß beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung, welcher auch der deutsche Delegirte Liebknecht und der belgische Delegirte Ansele bewohnten, mit der Frage der Feier des 1. Mai. Nach einem Beschlusse des Kongresses werden sich dessen Mitglieder in corpore in das Stadthaus begeben, um die fast ausschließlich aus Sozialisten bestehende Municipalität zu begrüßen.

Und „Gerold“ telegraphirt unter demselben Datum: Liebknecht hat in einer großen Rede auf dem sozialistischen Kongreß erklärt, eine Nationalitätsfrage existire für die Sozialdemokraten nicht, welche nur zwei Klassen kennen.

eine bestehende und die Proletariat. Die deutschen und französischen Sozialdemokraten bildeten mit den Arbeitern aller Länder eine einzige Nation gegenüber den Kapitalisten. Die zwischen den Franzosen und den Deutschen liegenden Strömungen seien von den Feinden des Proletariats vergossen worden, ohne Zutun der deutschen Sozialdemokraten, und bildeten keine Grenze zwischen den Sozialdemokraten der beiden Länder. Wir sind Brüder, sind und bleiben internationale Revolutionäre, trotz der von der Bourgeoisie ausgesprochenen Verkündung, daß wir die revolutionäre Fahne verlassen hätten und Chauvinisten geworden seien. Die deutschen und französischen Sozialdemokraten bilden mit den Sozialdemokraten der übrigen Länder eine einzige große Armee. Wir sind bereit, nachdem wir Bismarck in blutigem Kampfe geschlagen, den letzten Blutstropfen für die Sache des Sozialismus zu opfern.“ Liebknecht schloß mit einem Hoch auf die internationale revolutionäre Demokratie. Ein endloser Beifall folgte der Rede. Die Mitglieder des Kongresses beglückwünschten Liebknecht, alle umdrängten ihn und von zahlreichen Abgeordneten wurde er umarmt. Der Abgeordnete Ferroul dankte Liebknecht Namens des französischen Proletariats, das mit dem deutschen Proletariat unzerbrechlich verbunden sei, und bringt ein Hoch auf das arbeitende Deutschland aus.

Ueber den Kongreß schreibt man uns aus Marseille: Nach Beendigung des Marceller Gewerkschaftskongresses, über welchen wir binnen Kurzem ausführlichen Bericht erstatten werden, hat der Parteikongreß der Marxisten, zu welchem Genosse Liebknecht von deutscher Seite delegirt worden ist, seine Arbeiten begonnen. Am ersten Tage waren 110 Delegirte erschienen, welche 97 Städte und etwa 600 Gruppen, Gewerkschaften u. s. w. vertraten. Den Bericht über die Parteiangelegenheiten erstatteten im Auftrage des Nationalrates die Genossen Guesde und Lafargue; wir kommen darauf später zurück. Unter den Delegirten befinden sich zahlreiche Abgeordnete, wie Ferroul, Jourde, Lafargue, Boyer, Lachize, Generalräthe und Stadtverordnete, unter Anderen Carotte von Roubois, Delcluze von Calais, Cadenat von Marseille. Es läßt sich schon jetzt mit Sicherheit voraussagen, daß der Kongreß von ungewöhnlicher Bedeutung für den Fortschritt der Arbeiterbewegung in Frankreich sein wird. Das Interesse, welches die gesamte französische Presse den Verhandlungen unserer französischen Genossen entgegenbringt, ist dementsprechend auch ein außerordentliches. —

Der Sozialismus in Italien. Aus Mailand wird uns unterm 23. September geschrieben: Ueber den erfreulichen Verlauf des Arbeiterkongresses in Genoa hat der „Vorwärts“ s. Z. Mittheilung gemacht. Die scharfe Scheidung der Parteien (Sozialisten, Gewerkschafter und Anarchisten) trägt schnell gute Früchte. Abgesehen davon, daß seit dem Genuefer Kongreß eine Anzahl Gewerksvereine nachträglich das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei akzeptirten und sich ihr anschlossen, übte der Kongreß eine heilsame Wirkung auf die Unterstützungsvereine und Kooperationsgenossenschaften aus (Società di mutuo soccorso o cooperative), die dem Schulze-Dehlschen Selbsthilfsprinzip huldigten. Das entschlossene Auftreten der Sozialisten in Genoa mit dem Motto: „Die italienische Arbeiterpartei wird sozialistisch sein oder sie wird nicht sein“, erweckte das Nachdenken unter den Mitgliedern der Unterklassen und Kooperationsgenossenschaften, und so hat denn der Kongreß dieser Korporationen, der vom 17.—19. September in Cremona tagte, und auf dem über 30 000 Arbeiter vertreten waren, ein ganz unerwartetes Ergebniss geliefert. Als auf dem Kongreß derselben Genossenschaften vor wenigen Jahren die sozialistische Idee mit ungeheurer Mehrheit förmlich verbannt worden war, wer hätte gedacht, daß nach so kurzer Zeit ein so bedeutender Umschwung eintritt, daß ein Kongreß, der den Vater der italienischen Kooperation zum Vorkämpfer hat, den Parlaments-Abgeordneten Puzatti, Beschlüsse faßt, die die Nothwendigkeit der Eroberung der politischen Macht und die Abschaffung des Privateigentums im sozialistischen Sinn zum Ausdruck bringen. Von den früher wie im Schlaf verlaufenden Kongressen dieser Art scheidet der letzte, vom Geist des Sozialismus angefeuert, durch lebhaft sachliche Diskussion günstig ab. Unter anderem wurde erklärt, daß die Volksbildung nur gehoben werden kann, wenn vorher die wirtschaftliche Lage der Arbeiter eine bessere wird. Ein Entwurf des Vizepräsidenten, der auch Parlamentsabgeordneter der sogenannten Ordnungspartei ist, über Altersversicherung, wurde von der Tagesordnung wie weggefeht als auf dem falschen Gedanken des Sparens beruhend, dagegen wurden Resolutionen angenommen, welche den Staat für verpflichtet halten, für Arbeitsfähige zu sorgen. Am Schlusse wurde der Klassenkampf unter den heutigen Umständen mit langem und lebhaftem Beifall als notwendig erklärt.

Mit welcher Schnelligkeit die sozialistischen Grundsätze auch in Italien jetzt Terrain erobern, geht auch daraus hervor, daß der hiesige Christikerverein, der aus statutarischen Rücksichten (das Statut verbietet politische und religiöse Agitation) der sozialistischen Arbeiterpartei nicht in corpore beitreten konnte, sich bei Veränderung des Statuts in „Unione tipografica socialista“ konstituirte, um gleich dem Sozialistenbund beitreten zu können.

Der Tag der bevorstehenden Abgeordnetenwahlen ist noch nicht festgesetzt; es scheint fast, als ob die Regierung ob der neuen Zusammensetzung des Parlaments Angst bekommt; leider ist diese Furcht noch nicht gerechtfertigt. Auch die Radikalen, Demokraten und Republikaner unter Cavallotti's Führung fühlen sich nicht mehr so wohl als früher, weil natürlicher Weise das Anwachsen der Sozialisten zum größten Theil auf ihre Kosten vor sich geht. Im Ganzen darf die internationale Sozialdemokratie mit Genugthuung auf die Fortschritte der jungen Partei in Italien blicken. —

Russische Finanzen. Die „Moskauer Zeitung“ führt aus, Witte, der neue Finanzminister, findet eine ungünstigere Finanzlage vor, als im Jahre 1887 Wjshnegradski. An außerordentlichen Ausgaben waren in dem Budget für 1891 ausgelegt 63 413 500 Rubel, die thatsächlichen Ausgaben betragen 232 313 000; für 1892 waren angelegt 53 635 000 Rubel, verausgabt waren aber bis zum Juni d. J. schon 63 546 000. Das ordentliche Ausgabenbudget ist von 1887 bis 1892 um 81 991 886 Rubel gestiegen. Witte wird also zu pumpen versuchen und das arbeitende Volk Rußlands auspressen wie eine Zitrone gleich seinen Vorgängern. Wie lange die Pastete noch halten wird? —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 27. September.
Opernhaus. Cavalleria rusticana.
Theaterhaus. Nathan der Weise.
Lustig-Theater. Der Fall Elémenceau.

Deutsches Theater. Die beiden Leonoren.
Berliner Theater. Napoleon. (Wehe den Besiegten.)

Wallner-Theater. Papa Fieder.
Kroll's Theater. Der Barbier von Sevilla.

Sekulartheater. Das Nachtloger zu Granada.
Reinem-Theater. Der selige Loup.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Schindlerchen.

Thomas-Theater. Rein Häufig.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.

Alexanderplatz-Theater. Das Versprechen hinter'm Herd. — Tannhäuser.

Offend-Theater. Die Räuber.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Die wilde Madonna.

Gesangsposse in 3 Akten von L. Troptow.
Complet von G. Oßras. Musik von G. Stöckens.
Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkenmeyer in Coburg.
In Scene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.
Das Versprechen hinter'm Herd.

Tannhäuser.
Große Ausstattung. u. Gesangs-Posse.
Anfang um 7 1/2 Uhr.

Zum ersten Male in Berlin!!!
Circus Centz-Althoff.

Schautafelung.
Der Haupt- und Residenzstadt Berlin hiermit die ganz ergebene Anzeige, daß wir demnächst mit unserer Circus-Gesellschaft, die nur aus Spezialitäten allerersten Ranges besteht, hier ein treffen und am

Sonnabend, den 1. Oktober,
in dem eisernen Circus am Friedrich-Karl-Platz (vorm. Circus Schumann) einen Exklusiv von Vorstellungen in der höheren Reitleistung und bis jetzt unübertroffenen Pferdebesetzung eröffnen werden.

Gleichzeitig wird das Programm eine Fülle von Spezialitäten, mimischen Feinheiten mit neuen glänzenden Ausstattungen u. c. bieten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Die Direction des Circus Centz-Althoff.
Alles Nähere durch demnächst erscheinende Annoncen und Affichen.

Feen-Palast
Burgstraße, neben der Börse.
Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Mit Selina, die singende Luftsee.
Croupe Leopard, Kraft- u. Zahnproduktionen a. d. Ringen, Aisera-Croupe, Parterre-Akrobaten, Mr. Clermont, u. s. d. d. Esel, Schweinen, Wären u. Garretton-Croupe, Excenir, Akrobaten, Granau und Heefeld, Wiener Duettisten, Herrn. Schulte, Gesangs-Humorist.

Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Borussia-Konzert- und Komplet-Sänger.

Gastspiel des Charles Randolf, Zauberlächler und Gedankenleser à la Cumberland.
Wochentagsfrei. Sonntags Entree 30 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch,
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen.
sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen.
F. Sodtke.

Egyptische Ausstellung.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten.

Geöffnet von Morgens 10 Uhr an.

Heute: Vorführung der Karawane
nur um 4 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 28. September: Große Jubiläums-Vorstellungen um 4 1/2 und 7 Uhr.

Bock-Brauerei.

Empfehle den
großen Garten nebst 2 großen Sälen
zu Vergnügungen und Versammlungen.
August Thiedemann,
Dekonom.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr.
(III. Quartal 1892.)

Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr früh.

	Nordschule. Müllerstr. 179a.	Südschule. Fagelsbergerstr. 43.
Montag	Rechnen (unt.). *Deutsch (ob.).	Physiologie.
do.	Geschichte (neue). Deutsch (mittl.).	Deutsch (mittl.). Geschichte (alte).
Dienstag	Deutsch (mittl.). *Mathematik und mathematische Geographie.	—
Mittwoch	Chemie. Deutsch (unt.).	Deutsch (ob.). Buchführung (doppelte) und oberes Rechnen.
Donnerstag	—	—
Freitag	—	—
do.	—	—
Sonnabend	*Physiologie. Buchführung u. ob. Rechnen.	Deutsch (unt.). Rechnen (unt.).
Sonntag	—	—
	Ostschule. Marxstr. 31.	Südost-Schule. Reichenbergerstr. 133.
Montag	Deutsch (ob.) Logik.	Buchführung u. ob. Rechnen.
Dienstag	Deutsch (unt.).	Deutsch (mittl.).
Mittwoch	Deutsch (mittl.).	Deutsch (ob.) Logik.
do.	—	*Rechnen (unt.). Geschichte (mittl.).
Donnerstag	Physiologie.	Deutsch (unt.).
Freitag	Geschichte (neue).	*Mathematik und mathematische Geographie. Physiologie.
do.	—	—
Sonnabend	Rechnen (unt.).	—
Sonntag	Buchführung u. ob. Rechnen.	—

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppelräume erteilt.

Für alle vier Schulen: an jedem Sonntag Vormittags 10-12 Uhr National-Ökonomie in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.

Für sämtliche Lehrfächer beginnen mit dem 1. Oktober neue Unterrichtskurse und werden neue Schüler und Schülerinnen aufgenommen. Zu den Unterrichtsstunden in der ersten Woche hat Jeder, auch Nichtmitglied, unentgeltlich Zutritt.

Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist, erfolgen. Dasselbe wollen auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Unterricht ihre Schulkarten einlösen. Beitrag mindestens 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zur Franca à 25 Pf. (welche letztere dann nur noch eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Die Zahlstellen sind folgende:

- S.**
Südschule, Fagelsbergerstr. 43.
*Börner, Ritterstr. 108.
Gründel, Dresdenerstr. 116.
Klein, Schönleinstr. 6.
- SO.**
Südostschule, Reichenbergerstr. 133.
Kehr, Köpckeplatz 126.
*Schulz, Admiralstr. 40a.
Ulrich, Brangelstr. 84.
Zubell, Naunynstr. 86.
Schayer, Reichenbergerstr. 54.
- SW.**
Grube, Mariendorferstr. 10.
*Pallorke, Junferstr. 1.
Goepel, Rahbberstr. 1.
*Antrick, Steinwegstr. 60.
Flick, Simeonstr. 25.
- O.**
Ostschule, Marxstr. 31.
A. Böhl, Räderdorferstr. 6.
E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
Radke, Krautstr. 48.
- Lock, Friedrichsbergerstr. 11.**
Tempel, Dresdenerstr. 27.
- C.**
*Berndt, Alte Schönhauserstr. 18.
Wernau, Rosenstr. 30.
- N.**
Nordschule, Müllerstr. 179a.
Krauso, Pappel-Allee 3/4.
Abraham, Stroschburgerstr. 5.
*Gleinert, Müllerstr. 174.
Gnaat, Brunnenstr. 38.
Kleinan, Gartenstr. 171.
Lehmann, Brunnenstr. 83.
Schmidt, Treschowstr. 24.
Thierbach, Schmederstr. 44.
Raabe, Stuppinerstr. 42.
*Scholz, Kastanien-Allee 35.
- NO.**
*Gumpel, Barnimstr. 42.
Drescher, Sinnenstr. 50.
- NW.**
*Vogtherr, Stephanstr. 27a.
Voss, Lübeckerstr. 8.

Der Vorstand.

Castan's Panoptikum.

Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Passage-Panoptikum.
Fuß!!!
ein
Riesen-Kind!!!
Ohne Extra-Entrée.
von 11-1 und 4-9 Uhr.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel empfehle allen Freunden und Bekannten meine

Restauration

verbunden mit Destillation.
Auch steht ein Riesen-Billard neuest. Konstruktion zur Verfügung.
W. Haugk, Bockstr. 12.

Achtung! Achtung!
Den Genossen von Wilmersdorf zur gefälligen Kenntnissnahme, daß ich krankheitshalber meinem Beruf nicht mehr nachgehen kann, und ich daher ein Holz- und Kohlen-Geschäft errichtet habe. Bitte bei etwaigem Gebrauche mich zu berücksichtigen.
22395
Wilhelm Lindke.
Größtes Lager Berlins
Kinderwagen. Andreasstr. 23. S. P.
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt.
Sinnenstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Berlin. Streik-Kontrollkommission.

Öffentliche Versammlung sämtlicher Delegirten
am Freitag, 30. Sept., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.

- Tages-Ordnung:
1. Wie weit ist die Berliner Arbeiterschaft mit den Vorbereitungen zur Gewerbegerichts-Wahl?
2. Deckung der Unkosten für die Gewerbegerichts-Wahlen.
3. Verschiedenes (Gewerkschaftliches).
Die Delegirten und Gewerkschaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß zu dieser Versammlung die Bekanntmachung mittelst Postkarte an die einzelnen Delegirten nicht erfolgt.
Ferner werden sämtliche Delegirte ersucht, dem Unterzeichneten in der Versammlung die genaue schriftliche Angabe ihrer Adresse zu übermitteln, behufs Anfertigung einer neuen Präsenzliste.
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission.
J. A.: Hermann Faber, SO., Grünauerstr. 4, Hof I.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, 27. Sept., Ab. 8 1/2 Uhr, im Hof. Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117:

Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Hervorbringung und Vertheilung der Werthe in der sozialistischen Gesellschaft. Referent Genosse Julius Türk. 2. Diskussion. 3. Wahl dreier Revisoren. 4. Verschiedenes.

Das Ergebnis der am Tage stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wird in dieser Versammlung verkündet. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Zahlreichen Besuch erwartet
389/10
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

am Mittwoch, 28. September, Abends 8 1/2 Uhr, Rosenthalerstr. 38 (ob. Saal).

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Alwin Gerisch. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.
Um zahlreichen Besuch bittet
386/6
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 27. Septbr., Abends 8 Uhr, im Saale der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49:

Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 4. Fragekasten.
Gäste willkommen.
424/14
Der Vorstand.

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 29. September, Vormittags 9 1/2 Uhr:
Öffentliche Versammlung
aller arbeitslosen Maurer und verwandten Berufsgenossen

Berlins und Umgegend
im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstraßen-Eck.

Tages-Ordnung:
1. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und deren Folgen. 2. Diskussion. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
NB. Alle arbeitslosen Maurer und verwandten Berufsgenossen sind hiermit freundlich eingeladen.
429/14
Der Einberufer: Fritz Wilke, Urbanstr. 124.

Soeben erschien das
Protokoll
des
III. Parteitages
der österreichischen Socialdemokratie.
Preis à 15 Kr. = 20 Pf., per Post à 18 Kr. = 25 Pf.
Bei Abnahme von 100 Stück 12 Kr. = 17 Pf.
Bestellungen sind zu richten an die Expedition der
„Arbeiter-Zeitung“
Wien, VI. Bg.,
Gumpendorferstraße
Nr. 60.

Färberei u. chemische Waschanstalt R. KNAPP, Moritzstr. 10, färbt v. 2.50 M. an

in allen Farben Damenkleider, Mäntel, Herren-Heberzieher, Röcke, ganz oder getrennt, Möbelstoffe, Nilo 2 M., Bettdecken à Stück 1.25 M. Sämtliche Herren- und Damen-Garderobe sowie Möbelstoffe jeder Art werden chemisch gereinigt. Herren-Anzüge reinigen und bügeln 2.50 M.

- Jamaica-Rum, 1.10, 1.60, 2.10, bei 5 Fl. 10 Pf. billiger.
Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literfl. 2.10 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannesbeersaft, Liter 1.20 M.
Ingber-Liqueur, magenstärkend, Literfl. 1.10, 1.60, 2.00 M.
Echt Stonsdorfer Bitter-Liqueur Liter 1.20, 5 Str. 5.50, 10 Str. 10 M.
Cognac fine Champagne, 1/4 Literfl. 3.50, 4.50, 5.50, 7.50, 12 M.
Eugen Neumann & Co.,
6a Belle-Alliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. [7889R]

C. Königsfeld, Uhren- u. Goldwaaren-Geschäft

Spezialität: Ringe, größte Auswahl. Reparaturen gut und billig. 2685L
Reinickendorfer-Str. 63.

Bettdecken-Färberei, A. Pergandé.

à Stück 1.25 Mk. in allen Farben. — Lieferzeit 5 bis 6 Tage.
Hauptgeschäft: Waldemarstraße 52. 2948L
Filialen: Göligerstr. 43, Reinickendorferstr. 12. Potsdam: Raynauerstr. 15.

Parteigenossen! Arbeiter!

Wähler der III. Abtheilung des 15., 25. und 26. Kommunal-Wahlbezirks!

Heute, am 27. d., findet in Euren Wahlbezirken eine Ergänzungswahl für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Der durch Mandatsniederlegung freigewordene Platz in der Stadtverordneten-Versammlung gehörte der Sozialdemokratie, und es ist eine Ehrenpflicht der Wähler, diesen Platz auch bei der Neuwahl unserer Partei zu erhalten.

Die bürgerlichen Parteien, auf die Uneinigkeit der Arbeiter spekulierend, bieten alles Mögliche auf, um den Sieg zu entreißen, und eine kleine Gruppe von Arbeitern ist so verblendet, unseren Feinden die Waffen zu schärfen und das kapitalistische Verwaltungssystem der Stadt zu fördern, indem sie von der Beteiligung an den Kommunalwahlen abmahnen, der Arbeiterklasse zumutet, die Kommunalverwaltung Berlins der Bourgeoisie zu ungestörter und unkontrollierter Ausbeutung zu überantworten.

Parteigenossen! Arbeiter!

Das Klassenbewußtsein der Arbeiter Eurer Wahlbezirke wird diesen arbeiterfeindlichen, und deshalb den Feinden unsrer Sache hochwillkommenen Plan vereiteln. Die von Roth und Glend bedrückten Arbeiter dürfen und werden nicht dulden, daß die sozialdemokratische Partei im Nothen Hause geschwächt wird.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei in der Kommunalverwaltung, bei welcher die Arbeiter, die Kleingewerbetreibenden und kleinen Beamten Gehör und Verständnis für ihre Nothlage finden; die einzige Partei, die prinzipiell und rücksichtslos für die Forderungen der Arbeiterklasse eintritt und der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter auf kommunalem Gebiet ein Ende zu machen bestrebt ist.

Wähler der III. Abtheilung!

In Eure Hand ist es gegeben, am 27. d. M. dafür zu sorgen, daß durch die Wahl

des Genossen **Th. Metzner** im 15. Wahlbezirk

„ „ **Jul. Wernau** „ 25. „

„ „ **Bernh. Bruns** „ 26. „

Eure Interessen nachhaltig und kraftvoll im Nothen Hause vertreten werden, daß die Forderungen der arbeitenden Bevölkerung nicht ungehört verhallen.

Eure Pflicht und Aufgabe ist es, durch energische Agitation bei den Arbeits- und Klassengenossen die Majorität für die sozialdemokratischen Kandidaten zu erzielen, damit die III. Abtheilung Eurer Wahlbezirke nicht wieder im Gefolge der Bourgeoisie marschirt, sondern in zielbewusster Erkenntniß ihrer Klassenlage Vertreter der Unterdrückten und Ausgebeuteten in's Rathhaus schießt.

Parteigenossen!

Benutzt die Zeit bis zum Wahltag, um die alten Kämpfer anzufeuern und um neue Streiter zu werden.

Laßt Euch von Niemandem an der Erfüllung dieser Pflicht hindern.

Halte fest an den Beschlüssen unserer Parteitage, und beweist damit den Genossen im Reiche, daß die Berliner Sozialdemokratie allzeit voran ist, wenn es gilt, die Gegner in offener Feldschlacht zu schlagen und dadurch die Position unserer Partei zu stärken.

Genossen!

Ihr werdet nicht dem Gegner das Feld räumen, ohne gekämpft zu haben. Nichtbetheiligung bei der Wahl ist die Parole der Feigheit, und gereicht einzig und allein unseren Feinden zum Vortheil.

Deshalb vorwärts in den Wahlkampf! Jede sozialdemokratische Stimme für unsere Kandidaten

im 15. Bezirk Genossen **Th. Metzner**

„ 25. „ „ **Jul. Wernau**

„ 26. „ „ **Bernh. Bruns**

und ein glänzender Sieg ist Euch gewiß.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung.

Vorgmann. Gnadt. Henke. Herzfeld. Klein. Singer. Stadthagen. Tempel. Vogtherr. Zabel. Zubeil.

Von der Cholera.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 24. bis 21. September, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

Staat und Bezirk	Ort	Datum:			
		22./9. erkrankt	22./9. gestorben	23./9. erkrankt	23./9. gestorben
Hamburg	Hamburg	199	69	115	56
Preußen:					
Schleswig	Altona	12	6	9	5
Stettin	Stettin				9

Bereinzelte Erkrankungen:

Regierungsbezirk Schleswig: in der Stadt Wandsb. sowie in 3 Orten der Kreise Stormarn und Pinneberg 5 Erkrankungen, 1 Todesfall.

Regierungsbezirk Lüneburg: in 1 Ort des Kreises Harburg, Land, 2 Erkrankungen.

Regierungsbezirk Stade: in Achim, Kreis Achim, 1 Erkrankung, 1 Todesfall.

Regierungsbezirk Hannover: in Stadt Bruchhausen, Landkreis Hoya, 2 Erkrankungen.

Regierungsbezirk Kurich: in Wilhelmshaven 1 Erkrankung.

Regierungsbezirk Magdeburg: in 1 Orte des Kreises Banzleben 1 Erkrankung, 1 Todesfall.

Regierungsbezirk Stettin: in 1 Ort des Kreises Randow 1 Todesfall.

Berlin: 2 Erkrankten.

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin: im Amt Boizenburg 1 Todesfall.

Hamburg, 25. September. Eine allseitige starke Abnahme der Cholera macht sich bemerkbar. Die ausgekniffenen Bourgeoisfamilien kehren massenweise hierher zurück. Der Stadtverkehr gestaltet sich außerordentlich lebhaft. — Amtlich werden 81 Cholera-Erkrankungen und 49 Todesfälle gemeldet; davon entfallen auf gestern 62 Erkrankungen und 23 Todesfälle. Der Rest sind Nachmeldungen. Die Transporte betragen gestern 76 Kranke und 18 Leichen.

Hamburg, 26. September. Die Gesamtzahl der an Cholera erkrankten Personen beträgt nach amtlicher Meldung bis einschließl. 24. September 17 157, die Zahl der Todesfälle 7339.

Hamburg, 26. September. Amtlich werden 126 Cholera-Erkrankungen und 47 Todesfälle gemeldet; davon entfallen auf gestern 70 Erkrankungen und 31 Todesfälle. Der Rest sind Nachmeldungen. Die Transporte betragen gestern 71 Kranke und 19 Leichen.

Stettin, 25. September. Wie amtlich mitgetheilt wird, ist bis gestern Abend 10 Uhr keine Cholera-Erkrankung mehr gemeldet worden. Der gestern gemeldete Fall, in welchem ein Knabe an asiatischer Cholera erkrankt sein sollte, ist als Brechdurchfall festgestellt.

Duisburg, 26. September. Laut Bekanntmachung des Oberbürgermeisters sind im Zollhafen Todesfälle infolge von Cholera asiatica vorgekommen.

Spanbau, 26. September. Wie der „Anzeiger für das Havelland“ meldet, ist gestern der Schlosser Fenske, der Hausnachbar des kürzlich an asiatischer Cholera verstorbenen Schiffseigeners Porwin, ebenfalls der asiatischen Cholera erlegen.

Rotterdam, 26. September. Aus Utrecht, Heerjansdam, Zwammerdam sind je 2 Erkrankungen, aber kein Todesfall an Cholera zu verzeichnen.

Brüssel, 26. September. Gestern wurden 4 Erkrankungen und 2 Todesfälle an Cholera gemeldet. Diesmal ist die Krankheit im Innern Brüssels selbst ausgebrochen. Auch in den Gemeindefschulen ist die Cholera ausgebrochen; eine Anzahl Kinder waren gleichzeitig daran erkrankt und wurden die Schulen deshalb geschlossen.

Paris, 26. September. Die Cholera ist bei Boulogne sur mer ausgebrochen. 23 Erkrankungen und 18 Todesfälle haben stattgefunden.

Paris, 25. September. Gestern sind in Paris 33 Cholera-Erkrankungen und 18 Todesfälle, innerhalb der Bananmeile 12 Erkrankungen und 4 Todesfälle vorgekommen.

Paris, 26. September. Gestern kamen in Paris 14 Cholera-Erkrankungen und 9 Todesfälle, im Reichthum von Paris 5 Erkrankungen und 3 Todesfälle vor. — Aus Havre werden von gestern 4 Erkrankungen- und 5 Todesfälle gemeldet.

Havre, 25. September. Gestern sind hier 7 Personen an der Cholera erkrankt und 4 gestorben.

Die „Wiener Abendpost“ meldet die Einführung einer ärztlichen Revision der Reisenden aus Rumänien und die eventuelle Desinfektion des Gepäcks in Jhlang und Nowosielica. Ferner sollen verdächtige Reisende zurückgewiesen und die aus Rumänien eintreffenden Reisenden einer fünfjährigen ärztlichen Beobachtung unterworfen werden. Auch ein Einfahrverbot für gewisse Gegenstände aus Rumänien ist in Vorbereitung. Zum Schutze des gänzlich cholerafreien, weitest größten Theiles Galiziens, sowie der ganz cholerafreien Bukowina wird eine Kette ärztlicher Revisionsstationen an den Eisenbahn-Knotenpunkten im Innern des Landes errichtet; die bezüglichen Vorbereitungen sind nahezu vollendet. Diese Maßnahmen sind keineswegs durch eine Beruhigung wegen des gegenwärtigen Standes der Cholera in Galizien und der Bukowina veranlaßt, da in Galizien die Cholera asiatica nur sporadisch auftritt und die Bukowina gänzlich seuchenfrei ist, sondern nur durch die Fortdauer der Epidemie im Gouvernement Lublin sowie durch das Fortschreiten der Cholera in Mesopotamien und die dadurch erhöhte Gefahr einer Einschleppung nach Galizien und der Bukowina.

Rußland. Neu ausgebrochen ist die Cholera im Gouvernement Wolhynien. Bis zum 16. September sind daselbst 13 Erkrankungen und 5 Todesfälle vorgekommen.

Wien, 26. September. Der niederösterreichische Landtag bewilligte heute nach lebhafter Debatte 15 000 Gulden, die für arme Gemeinden zu Desinfektionszwecken bestimmt sind. Der Landtag wurde darauf in Auftrage des Kaisers vertagt.

Wien, 26. Sept. Auch in den letzten 24 Stunden ist in Galizien kein neuer Cholerafall vorgekommen.

Wien, 25. September. In den letzten 36 Stunden ist in Galizien kein choleraverdächtiger Krankheitsfall vorgekommen. In der Gemeinde Wolowice, welche gänzlich isolirt ist, erkrankte seit dem 18. d. M. Niemand mehr unter choleraartigen Erscheinungen.

Kopenhagen, 26. Sept. Das Kommerzkollegium hat das Königreich Italien für cholerafrei erklärt.

Bukarest, 26. September. Die „Agence Roumaine“ erklärt auf Grund besserer Informationen die Nachricht des „Telegrafus Roman“, daß die Cholera in den rumänischen Grenzdistrikten ausgebrochen und mehrere Todesfälle infolge von Cholera in Krajowa vorgekommen seien, für völlig unbegründet.

New-York, 24. September. Die Dampfer der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft „Augusta-Viktoria“, „Rhætia“ und „Polaria“ sind heute angekommen. An Bord ist Alles wohl. Die Zwischendecks-Passagiere des Dampfers „Normannia“ sind gelandet.

Kommunales.

Wähler des 15., 25. und 26. Berliner Kommunal-Wahlbezirks!

Heute, am 27. September findet die Ergänzungswahl für die aus- geschiedenen Stadtverordneten Lühner, Sabor und Böhmke statt. Es ist Eure Ehrenpflicht, dafür zu sorgen, daß diese Bezirke auch ferner von Sozialdemokraten vertreten sind. Thue deshalb ein Jeder seine Pflicht, sowohl in der vorhergehenden Agitation als auch am Tage der Wahl.

Als Kandidaten sind folgende Parteigenossen aufgestellt

Für den 15. Bezirk:

Theodor Mehner, Schuhmachermeister, Raunynstr. 72.

Für den 25. Bezirk:

Julius Wernau, Schankwirth, Rosenstr. 30.

Für den 26. Bezirk:

Bernhard Bruns, Tischler, Brangelstr. 61/62.

Die Wahlbezirke erstrecken sich über folgende Straßen:

Der 15. Bezirk:

Mariannen-Ufer, Bethanien-Ufer, Elisabeth-Ufer Nr. 87 bis 89, Raunynstr. 2-58, 60-90, Waldemarstr. 23-61, Adalbertstraße 18-23, 67-84, Mariannen-Platz Nr. 1-6a, Mariannenstr. 1-11, 43-53, Mantuffelstr. 42, Oranienstraße 1-25, 180-205, Staligerstr. 121, Heinrichs-Platz.

Der 25. Bezirk:

Koppenstr. 1-7, 40, 87-94, Straßauer Platz 1-23, 29-35, Mühlenstraße, Wilschauerstraße, Vor dem Straßauer Thor, Mariengraben, Fruchtstr. 1-10, 23-38, 49-66, 81-86, Rübendörferstr. 34-70, Königsbergerstraße, Posenerstraße, Remerstraße, Brombergerstraße, Gubenerstraße, Vorkagerstraße, Grandenzerstraße, Straße am Schlessischen Bahnhof.

Der 26. Bezirk:

Friedenstr. 32-96, Fruchtstr. 39-48, Koppenstr. 41-43, Große Frankfurterstr. 1-19, 127-146, Straußbergerstr. 1-9, 35-52, Friedrichsbergerstr. 1-14, 18-27, Dittelmayerstraße, Straße 42, 46 und 58, Frankfurter Allee 1-150, Weidenweg, Thaurstraße, Petersburgerstraße, Mühlgrabenstraße, Liebigstraße, Eldenerstraße, Prosauerstraße, Elbingerstraße, Langenbeckstraße, Landsberger Allee, Matthiasstraße, Verlorner Weg, Birchowstraße, Ghotenstraße, Elbingerstraße, Olivierstraße, Thorerstraße, Pallisadenstr. 39-65, 88, 89, Landsberger Platz 1-5.

Die Wählerlisten sind bei folgenden Genossen einzusehen:

15. Bezirk:

Fritz Zubeil, Raunynstr. 86.

25. Bezirk:

Gustav Tempel, Langestr. 65.

26. Bezirk:

Otto Zabel, Frankfurter Allee 90.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß jeder Preusse wahlberechtigt ist, welcher das 24. Lebensjahr erreicht hat, seit einem Jahre in Berlin wohnt, die bürgerlichen Ehrenrechte nicht verloren hat, keine Armenunterstützung erhält, mindestens zur 2. Klassensteuerstufe eingeschätzt ist, seine Gemeindesteuer bezahlt hat und in der Gemeinde-Wählerliste steht. Auch die seit einem halben Jahre aus diesen Bezirken Verzagogenen besitzen in diesen Bezirken noch ihr Wahlrecht.

Jeder Wähler der oben genannten Bezirke hat sich zur Legitimation mit der Wahlkarte, welche vom Magistrat jedem Wähler zugestellt ist oder mit der letzten Steuerquittung zu versehen.

Das Komitee.

Parteinachrichten.

Delegiertenwahlen zum Berliner Parteitag. Kottbus: Krahl-Groß-Duckow, Blumenau (Schlesien): Großer-Tammhausen.

Sozialdemokratische Presse. Vom 1. Oktober ab erscheint das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau. Alle für dieses Blatt bestimmten Sendungen sind vom 29. September ab nach Zwickau, Magazingasse 2, zu adressieren.

Ein polnisches Waffensblatt verbreitet die Nachricht, daß die „Gazeta Robotnicza“ nach Oberschlesien verlegt werde, um von dort aus das Zentrum energischer bekämpfen zu können. Wahrscheinlich ist der Wunsch der Vater dieses Gedankens. In Oberschlesien, wo man die Sozialdemokraten so halbwegs als vogelfrei behandelt, könnte Pfaff, Gendarm und Landrat das Arbeiterblatt natürlich ganz anders malträtieren, als dies jetzt möglich ist, wo dasselbe hier in Berlin erscheint und es nur denjenigen Gefahren ausgesetzt ist, mit denen jedes oppositionelle Presseorgan bei uns nun einmal zu rechnen hat. Die „Gazeta Robotnicza“ wird gewiß nach wie vor Alles daran setzen, um in den Reihen der polnischen Arbeiter Aufklärung und Massenbewußtsein zu fördern, um aber dieses zu können, braucht das Blatt nicht im Raumkreis der polnischen Deutschländer zu erscheinen, soweit es dort verbreitet werden soll — und es geschieht dies sogar sehr stark — besorgt dies die deutsche Reichspost.

Freisinniger Kampf mit „geistigen Waffen“. Aus Ostpreußen wird uns geschrieben:

Sonntag, den 18. d. M., Nachmittags, fand in Nabishau, Kreis Königsberg, im Gasthause zur Stadt Friedeberg eine freisinnige Wahlversammlung statt. Dieselbe war von 84 Bauern aus Nabishau und von 10 Sozialdemokraten aus Görtlich besucht. Letztere hatten in der Umgegend Flugblätter und Stimmzettel verteilt und wollten sich den freisinnigen Kandidaten einmal ansehen. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 5/4 Uhr mit einem Hoch auf Kaiser Friedrich II. Obwohl ein solcher Monarch uns nicht bekannt ist, denn der jetzige Kaiser heißt Wilhelm II., so erhoben wir uns doch von den Plätzen, um dem Redakteur Dürholz aus Hirschberg nicht etwa die Freude zu bereiten, und wegen Majestätsbeleidigung benutzten wir zu können. Nach dem Hoch nahm Herr Ehlers zur „Erläuterung seines Programms“ das Wort. Von einem eigentlichen Programm haben wir aber in der ganzen Rede nichts gefunden. Er erzählte nur Scherz und dergleichen aus seiner früheren Zeit, wo er schon als Kandidat fungiert hatte, und gab seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß man ihn von konservativer Seite die Säle abtreibe. Nachdem er über sämtliche Parteien weiblich geschimpft hatte, versprach er den Bauern, nur für das Eintreten zu wollen, was zu ihrem Nutzen sei. Nach Schluss seiner Rede meldete sich Genosse Schödel zum Wort und führte dem Herrn Ehlers zu Gemüte, daß doch die Freisinnigen nicht die sind, als welche sie Herr Ehlers hinzustellen versuchte; auch sei die Entrüstung des Herrn Ehlers über das Abtreiben der Versammlungstafel nicht angebracht, da die Freisinnigen in den Kreisen, wo sie genügenden Anhang und überhaupt die Macht besitzen, uns die Säle auch abtreiben. Wenn es gegen die Arbeiter gehe, seien sie Alle einig, die Freisinnigen und die übrigen Parteien, möchten sie sich sonst auch noch so sehr in den Haaren liegen. Die Arbeiter hätten den Freisinnigen keinen Glauben zu schenken, denn sie brachten nur an die Stimmhaltung derselben zu denken, als 1884 das Sozialistengesetz verlängert werden sollte; die Freisinnigen hätten damit Schuld an dem Unglück, das so viele deutsche Arbeiter erdulden mußten. Die Arbeiter kannten nur eine Partei, welche für den Arbeiter eintritt, diese sei die Sozialdemokratie. Sie habe Hugo Keller aus Görtlich als Kandidaten aufgestellt und jeder kleine Bauer, Handwerker und Arbeiter, der seine Lage begriffen, sei verpflichtet, seine Stimme diesem zu geben. Weiter ließ man unseren Genossen nicht sprechen. Herr Dürholz bezeichnete ihn als Lügner etc., rief: Ihr seid nur Faulenzer, ihr habt kein Recht, euch Arbeiterpartei zu nennen, ihr verzehret nur sammt euren Führern die sauer verdienten Arbeitergroschen, welche man unter allerlei Vorwänden dem Arbeiter abschwindelt u. s. f. Als wir den Unsinns des Herrn Dürholz zurückweisen wollten, wurde uns wieder das Sprechen verboten und man drohte mit Hinauswerfen. Da uns so die Diskussion abgeschnitten war, verließen wir den Saal und gingen nach dem Bahnhof, um den Zug zu erwarten, welcher uns nach Görtlich führen sollte. Wir hatten uns kaum im Wartesaal hingelegt, da kamen die ausgehetzten Bauern uns nach und beschimpften uns fortgesetzt während der zwei Stunden, welche wir warten mußten. Ob uns auch das Blut lockte, reagierten wir doch nicht auf die Insulten, lediglich um eine Schlägerei zu vermeiden. Kurz vor Abgang des Zuges kamen die Helden Ehlers und Dürholz. Nun bekam die wilde Horde frischen Muth. Man bewarft uns mit Jägerknütteln und spie uns an, worüber Herr Dürholz herzlich lachte. Herr Ehlers hingegen schämte sich seiner eigenen Leute und verließ den Wartesaal. Wäre nicht der Stationsvorsteher in der Thüre erschienen, so wäre es jetzt zu Thätlichkeiten gekommen. Wir glaubten, der Beamte würde uns von den fanatischen Menschen befreien, aber weit gefehlt! Denn Herr Dürholz sagte ihm: Das sind Sozialdemokraten, denen schadet's nicht, und so konnten uns die Bauern ungehindert weiter beschimpfen. Wir verlangten nun vom Vorsteher das Bescheidewort. Das wurde verweigert. So mußten wir denn schulplos aushalten, bis der Zug kam und uns von der Gesellschaft der aufgeregten Bauern befreite. Bei unserer Ankunft in Görtlich richteten wir gegen den Stationsvorsteher aus Nabishau Beschwärden ein. Wir wollen doch sehen, ob tüchtige reisende Passagiere seitens der Bahnbehörde keinen Schutz wider fleißigste Beschimpfungen seitens Ortsangehöriger zu beanspruchen haben, die nur die Bahnhofsräumlichkeiten ausfüllen, um Passagiere zu beschimpfen und sonst zu insultieren. Soweit der Bericht, wie er uns aus Görtlich zukam. Die Freisinnigen haben sich in anderen Orten des Wahlkreises ebenfalls nicht manierlich ausgeführt. Trotzdem stellen sie mit Glanz durch. So bleibt ihnen denn weiter nichts als die doppelte Blamage.

In Döbeln hielten neulich die Hirsch-Dunderianer eine öffentliche Versammlung ab, in welcher ein Herr Klein aus Berlin durch Herabsetzung der Sozialdemokratie Gefinnungsgenossen für die Hirsch-Dundererei zu werden trachtete. Ausreichende Zeit zur Diskussion über den „Vortrag“ getrauten sich die Hirsch-Dunderianer natürlich nicht zu geben; sie setzten hierfür 10 Minuten fest, was sich die Versammlung nicht gefallen ließ, indem sie unbeschränkte Redezeit verlangte. Nach dem sächsischen Versammlungsrecht, nach dem Gesetz also, hat jede öffentliche Versammlung darüber selbst zu beschließen; den Hirsch-Dunderianern indes mußte dies erst noch von unserem Chemnitzer Genossen Grenz gesagt werden. Trotzdem gaben sie dem Begehren der Versammlung nicht statt, was eine solche Entrüstung hervorrief, daß der überwachende Beamte die Auflösung vornehmen mußte.

Genosse Wagnitz vom Zangenbühlauer „Proletariat“ ist, wie dieses Blatt mittheilt, immer noch in ärztlicher Behandlung, da in seinem Zustande eine wesentliche Besserung nicht eingetreten. Wagnitz wurde bekanntlich seiner Krankheit halber einstweilen aus der Haft entlassen.

Weiteres aus Westfalen. Pastor J. Kraut, der — wie die „Völkische Wochenschrift“ mittheilt — in Bielefeld den Kaufpaß bekam, den Staatsbirnen zweimal quittieren mußte, in einem Ort bei der Geistlichenwahl durchfiel und in einem anderen Ort (Dornberg) auch nicht ankam, ist auf der Herforder Konferenz des Vereins für innere Mission als Agent aufgestellt worden.

Ein sozialdemokratischer Bauernverein wird in Langowitz bei Köslach (Oesterreich) gegründet. Dessen Beschlüsse wirkliche Bauern in einer Versammlung, in der ihnen von unsern Genossen die Organisation empfohlen worden war. Die Bauern Oesterreichs stehen demnach der Sozialdemokratie mit größerem Verständnis gegenüber, als die Bauern des Deutschen Reichs.

In Kottweil tagte vorerwähnten Sonntag eine Delegiertenversammlung der Sozialdemokratie des 9. württembergischen Wahlkreises, auf welcher die Orte Göttingen, Züllingen, Mühlheim und Schwemlingen vertreten waren. Es wurde festgestellt, daß auch in diesem Kreise die Agitation auf dem Lande meist von gutem Erfolg gewesen ist.

Todtenliste der Partei. Gestorben in Weimar der Gastwirth Albrecht.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Ohne Strafe geht's nicht ab. 5 M. mußte der Vertrauensmann Schirke in Diegnitz zahlen, weil er der Polizei nicht den Text der Lieder und Deklamationen eingereicht hatte, die bei der Passafest zum Vortrag kamen.

— Unhaltliches. In Dessau wurde, nach Angabe des „Volksblatts für Anhalt“, am 22. September eine öffentliche unpolitische Versammlung vom überwachen Beamten aufgelöst, als der Referent in seinem Vortrage über das Thema: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ gesagt hatte: „Es muß danach gestrebt werden, daß die Frau die gleiche Erziehung, die gleiche körperliche Ausbildung wie der Mann, überhaupt die volle Gleichberechtigung mit dem Manne erhalte.“

— Die gastfreundliche Germania. Aus Frankfurt a. M. ist der Müller Schramm, von Geburt Oesterreicher, „aus allgemeinen polizeilichen Gründen“ ausgewiesen worden. Schramm ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ mittheilt, in der Arbeiterbewegung und namentlich gelegentlich des Brauerstreiks thätig gewesen.

— Die Strafkammer zu Harburg verurtheilte den Genossen Baerer wegen Magistralbeleidigung zu 40 M. Geldstrafe. Er hatte gerügt, daß der Harburger Magistrat auf eine Beschwerde keine Antwort ertheile. Das Schöffengericht hatte in derselben Sache auf Freisprechung erkannt.

— 15 M. hat der Lokaldirektor des Zeiger „Volksboten“, Genosse Hentschel, zu zahlen, oder auf 10 Tage ins Gefängniß zu spazieren, weil er in einer Notiz über einen Ehrenbecher, den die Weiskensfelder Stadtwehr zum Bundeschießen bewilligten, mit Gänsefüßen nicht knauserte.

Lokales.

Parteigenossen. Diejenigen, welche sich heute, am Tage der Wahl, an der Agitation betheiligen wollen, haben sich an folgenden Stellen zu melden:

- 15. Wahlbezirk:
Restaurant Zubeil, Raumpstr. 66.
- 25. Wahlbezirk:
Restaurant Meyer, Mühlenstr. 50b.
Restaurant Zimmerling, Fruchtstr. 53.
Restaurant Kockendorfer, Posenerstr. 5.
- 26. Wahlbezirk:
Restaurant Jabel, Frankfurter Allee 90.
Restaurant Voss, Friedrichsbergerstr. 11.

Parteigenossen! Es ist Ehrenpflicht eines jeden Genossen heute, am Tage der Wahl, thätig zu sein. Hauptsächlich werden aber diejenigen, deren Verhältnisse es nur irgendwie gestatten, aufgefordert, sich dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen. Es werden von Seiten der Gegner große Anstrengungen gemacht, uns den Sieg zu entreißen. Um so mehr müssen wir alle Hebel in Bewegung setzen, um unser altes Bestthum zu erhalten.

Das Wahlkomitee.

Veränderungen in der Lokalliste Berlins und Umgegend.

Berlin. Unterschrieben, sein Lokal zu Versammlungen unentgeltlich herzugeben, hat Bohm, Parlamentshallen, Landdörferstr. 88.

Kreis Teltow-Verckow-Charlottenburg. „Vorwärts“ liegt aus bei Koster, Jahnstraße.

Groß-Lichterfelde. Zu Versammlungen zu haben: Wilhelm Grieh (fr. Weichert) zu Giesendörfer.

Kreis Nieder-Barnim.

Pankow. Gastwirth Ecker, Mühlenstraße, ist von der Liste zu streichen. Derselbe will seinen neuerbauten Saal nur dem „besseren Publikum“ geben.

Kreis Potsdam-Osthavelland.

Potsdam. Voigt's Blumengarten (G. Edelmann) ist für uns nicht zu haben. Der Inhaber hat folgenden Brief an den Vertrauensmann gefendet:

„Zu meinem Bedauern kann ich Ihnen mein Lokal zu der von Ihnen beabsichtigten Versammlung am nächsten Dienstag nicht zur Disposition stellen; in der Rücksicht, daß Verbot für das Militär, mein Lokal zu betreten, aufgehoben zu sehen, kann ich mich der Gefahr neuer Beschlagnahmen durch die Behörden nicht verantworten.“

G. Edelmann,
Voigt's Blumengarten.“

Die Errichtung kleiner Wohnungen in den nächst Berlin gelegenen Vororten hat sich neuerdings zu einer Art von Spekulationsunternehmen ausgebildet, das recht schwunghaft betrieben wird und von dem auch, nach den Berechnungen, die von sachverständiger Seite darüber aufgestellt worden, anzunehmen ist, daß es einen recht erheblichen Gewinn abwirft. Die Manipulationen der Geldgeber sind die bekanntesten, wie sie schon seit einer Reihe von Jahren auch bei vielen, wenn nicht bei den neuesten, Berliner Neubauten vorkommen, die von den sogenannten Strohmännern als Unternehmern aufgeführt werden. Aber während der Schwindel bei diesen Berliner Bauten darin bestand, daß der verdingungslose Strohmänn die Handwerker, die für den Bau beschäftigt waren, um ihren Lohn betrogen, ist es in den Vororten während der letzten anderthalb Jahre hauptsächlich vorgenommen, daß die begonnenen Neubauten durch verdingungslose Unternehmer zu Ende geführt sind, daß diese die sämtlichen Handwerker, wenn auch nach einigen Abzügen, bezahlt haben, und daß sie heute noch in unangesehener Weise ihres neuerbauten Hauses sind.

Das Geheimniß liegt in der geradezu skandalösen Beschaffenheit der neuen Miethskasernen, die mit 14 bis 20 Fenstern frontdurchgängig in Wohnungen aus Stube und Küche eingerichtet sind. Die Wohnräume haben natürlich in allen fünf Etagen nur einfache Fenster und man kann sich einen Begriff von der Temperatur machen, die in einem solchen Räume zur Winterzeit herrscht, wenn das freistehende Gebäude von Wind und Kälte umtoht wird.

Und für solche entsetzliche Wohnlöcher verlangen die glücklichen Hausbesitzer 60 bis 72 Thaler Jahresmiete, und das Bewohnen solcher Miethskasernen, sowie das Empor-

schießen zahlreicher Neubauten beweist, daß diese Preise gezahlt werden.

Ein sehr gutes Geschäft machen ja auch diese glücklichen Hausbesitzer mit jenen kornirten Berlinern, die, bloß um die Mode mitzumachen und um vor ihren Nachbarn als „besser situiert“ zu erscheinen, auf „Sommer-Wohnung“ in solche Miethskasernen ziehen und für die wenigen Sommermonate gegen 50 Thaler Miete zahlen. Der Hausbesitzer hat bei einem solchen Sommerwohner seine Jahresmiete für ein Quartier beinahe eingebracht und läßt die Räume ruhig einige Monate leer stehen.

Wie werden aber die Kasernen noch einigen Jahren ausseh'n? In vielen ist noch nicht einmal Wasserleitung. Die armen Leute, die, eng zusammengedrängt, vier Treppen hoch in solchem Hause wohnen, und den gesammten Wasserbedarf von der Straße herauftragen müssen, werden sich begreiflicher Weise mit dem Wasserverbrauch möglichst einschränken. Und wie wird es da in diesen armen Familien mit der Reinlichkeit ausseh'n?

Es scheint auch, als ob selbst der einsichtigeren Bourgeoisie bange würde, bei dem rapiden Umsichgreifen der Bauwuth in den Vororten. Die Tante Woffin hat bereits zu wiederholten Malen gemahnt, man möge ernstlich an die Herstellung gesunder Arbeiterwohnungen denken und nöthigenfalls in dieser Richtung beschließliche Schritte thun. Vielleicht wird diese Weisheit auch in den maßgebenden Kreisen begriffen, wenn es zu spät ist.

Der Gürtel von Arbeiter-Miethskasernen, der jetzt im Norden, Osten und Südosten Berlins in den nächsten Vororten ausgeführt wird, wird das Berliner Wohnungselend erheblich verschärfen und wenn es nicht gelingt, behördlicherseits in Bezug auf die Reinhaltung, Kojenablagen, Wasserleitung u. s. w. gewisse Verbesserungen durchzusetzen, so dürfte sich aus dieser Miethskaserne eine beständige gesundheitliche Gefahr auch für die innere Stadt entwickeln.

Von der Cholera. Die neuesten Nachrichten aus dem Cholera-Barackenlazareth lauten recht günstig. Es sind weder Neu- noch Nacherkrankungen zu melden und das Befinden der 11 an der Seuche Erkrankten ist ein fortgesetzt günstiges. Bei dem am Sonnabend Mittag eingeliefertem Schiffer Lüd, welcher am Hafenpflanz mit seinem Fahrzeug vor Anker lag, ist ungefahrlicher Drechsdurchfall konstatiert worden. Gestern Mittag endlich ist die aus Mann, Frau und drei Kindern bestehende Familie Zeih, auf deren Kahn der Bootsmann Jarocki von der Cholera asiatica befallen wurde, auf wiederholte Requisition des Krankenhauses Moabit von Bismarck nach hier eingeliefert worden. Zeih giebt an, am 18. d. M. von Oberberg abgefahren zu sein und ist am 23. in Bismarck angekommen. Die Infizierung seines Bootsmannes Jarocki kann also nur im Hainow- oder im Oderkanal erfolgt sein und es ist ziemlich ausgeschlossen, daß Jarocki sich die Seuche durch Trinken von Wasser bei Bismarck geholt hat. Gestern Mittag ist nun auch der Schiffer Orthmann (Vater) aus dem Barackenlazareth entlassen worden; der Bestand Choleraverdächtiger und Kranker betrug gestern Mittag 47 Personen, nachdem im Laufe des vorgestrigen Tages und des gestrigen Vormittags 3 Personen eingeliefert worden waren; auch diese drei letzteren Fälle deuten, wie wir jetzt schon mittheilen können, nicht auf Cholera hin. Seitens der Krankenhausverwaltung ist man nach dem rapiden Rückgang der Einzel-Cholerafälle der Ansicht, daß weitere größere Verbreitung der Seuche ziemlich ausgeschlossen ist, und so ist denn seit dem heutigen Tage im Krankenhaus Moabit die Poliklinik — allerdings vorläufig nur für Berlehte — wieder eröffnet worden. — Als choleraverdächtig ist am Sonnabend Vormittag der in Hildorf in der Jägerstr. 40 wohnhafte Pumpenhändler Kohnke erkrankt und nach der am Magdalen-Platz belegenen Cholera-Baracke überführt worden. Derselbe erschien bereits schwer leidend auf dem Amtsbureau, um sich als cholerakrank zu melden und verfiel bald darauf in heftige Krämpfe. Das Amtsbureau sowohl wie die Wohnung Kohnke's wurden gründlich desinfiziert, die Pumpenvorläufe des Mannes sofort verbrannt. Die bakteriologische Untersuchung ist alsbald eingeleitet worden. — In Rathenow wird amtlicherseits bekannt gemacht, daß die unterm 8. d. M. erlassene Kreis-Polizeiverordnung, betreffend die Anmeldepflicht der aus Cholera-Orten kommenden Personen und die Behandlung der Postsendungen aus den gleichen Gegenden, mit Bezug auf die nachträglich ergangene, denselben Gegenstand betreffende Regierung-Polizeiverordnung vom 12. d. M. aufgehoben ist.

Eine Versammlung von Eisenbahn-Arbeitern in Berlin beschäftigte sich am Sonntag, wie die „Freie Jtg.“ mittheilt, mit den Lohnreduzierungen in den Berliner Eisenbahn-Werkstätten. In der Versammlung wurden die lebhaftesten Klagen gegen das von den Eisenbahn-Verwaltungen jetzt eingeführte Sparsystem laut. Besonders wurde darüber Klage geführt, daß die Bestimmung des Lohnes im Einzelfall ganz in der Hand des Werkführers liegt, welcher den Preis für die von den Arbeitern angefertigten Sachen nach seinem Guldanken auswerfe. Und Furcht vor Maßregelungen wagten auch die Arbeiterausschüsse in den Eisenbahn-Werkstätten nicht gegen die Mißstände zu opponieren. Deshalb habe auch schon die Mehrzahl in den Berliner Eisenbahn-Werkstätten beschlossen, ihre Mandate niederzulegen. Weiterhin wurde mitgetheilt, daß einzelne Eisenbahndirektionen angeordnet haben, die bisherigen halbmonatlichen Löhnungen in monatliche Löhnungen umzuändern trotz des Widerspruchs der Arbeiterausschüsse und ohne daß die Arbeitsordnungen dementsprechend geändert worden sind. Die Versammlung beschloß, dem Eisenbahnminister eine Erklärung zu übermitteln, in welcher derselbe gebeten wird, eine Entschädigung zu erlassen, daß die Löhnungen alle 8 Tage und zwar am Freitag haltzugeben haben, damit die Arbeiterfrauen ihre Einkünfte des Sonnabends auf den Wochenmärkten besteuungsweise für Berlin in den Markthallen, in für den Haushalt vortheilhafter Weise besorgen können. Ferner bittet die Versammlung den Minister, den fortwährenden Lohn- und Uffordreduzierungen Einhalt zu gebieten.

Ein Mord, der zuerst den Anschein erweckte, als ob ein Lustmord vorliege, ist Sonnabend Nachmittag um 12 1/2 Uhr unweit der Spandauer Bergbrauerei an einer etwa 30-jährigen Frauensperson verübt worden. Rechts von der Chaussee, die von Charlottenburg nach Spandan führt, und zwar zwischen dem Beckmann'schen Garten und der Bergbrauerei, fährt über fiskalisches Gelände ein Feldweg, der die Chaussee mit den Wirtschaftsgeländen der Brauerei verbindet. Als vorgestern Mittag gegen 12 Uhr eine Frau den Feldweg entlang ging, sah sie in dem Gebüsch die Leiche einer Frau liegen. Der Stationsvorsteher und Brauereidirektor Bremer stellten an dem Fundorte sofort das Folgende fest: Die mit einem schwarzgestreiften wollenen Kleide angelegte Leiche lag in einer hier nicht wiederzugebenden Stellung; ein blutiges schmutziges Taschentuch ohne Zeichen war ihr in den Mund gewürgt worden; links neben ihr lag ein graues Damenjacket, in einiger Entfernung ein schwarzes Strohhütchen mit schottischem Bande. Zu den Füßen der Todten steckte tief in der Erde ein metallener Haarpfeil. Bei näherer Besichtigung ergab sich, daß die Verstorbene am Hals Eindrücke von Fingern hatte, die wahrscheinlich vom Mörder herührten, ferner daß zwei Stiche wahrscheinlich mittelst eines nicht sehr scharfen Instruments in den Unterleib beigebracht worden waren. Der Direktor Bremer benachrichtigte die Charlottenburger Kriminal-Polizei und die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II, welche alsbald am Tatorte erschienen. Diese stellten fest, bevor der Mord verübt wurde, ein Kampf zwischen dem Täter und seinem Opfer stattgefunden haben muß; denn das Gesicht des Leichers war durch Kohlenstaub geschwärzt, der von einem Hausen für die Brauerei an jener Stelle abgeladener Kohlen herührte. Die Behörde ist weder der Ansicht, daß ein Lustmord, noch daß ein Raubmord vorliege, wenn auch bis auf eine Granatbroche keine Werthgegenstände vorhanden waren, und auch die Stiefel fehlten. In dem Mord-

glaubt man den Nachmittags eines Zuhalters erblicken zu sollen. Die Leiche ist vorläufig in der Charlottenburger Leichenhalle untergebracht worden. Was die Zeit der Bluttat anlangt, so kann der Mord vor Freitag Abend nicht vollführt worden sein.

Nach weiteren Nachrichten, die uns zugehen, hat die Charlottenburger Polizeidirektion die Nachforschungen übernommen und den Kriminalkommissar Krause damit betraut. Diefem Beamten ist es denn auch gelungen, die Ermordete in der Person der unversehrten Franziska Lowinska, die 32 Jahre alt ist und Gartenstr. 148 im Keller als Mietlerin wohnt, zu ermitteln. Bereits kurz nach Auffindung der Leiche meldeten sich zwei Flaschenhändler der Spandauer Bergbrauerei, die nach der Kleidung in der Toten eine gewisse „Fränzel“ aus der Gartenstraße zu erkennen glaubten. Diese sei mit einer „Nische“ aus derselben Straße eng befreundet und häufig auf dem Spandauer See gewesen. Als ihnen die Leiche gezeigt wurde, erklärten sie mit voller Bestimmtheit: „Nein, das ist Fränzel nicht!“ Nichtsdestoweniger setzte der Kriminalkommissar Krause seine Nachforschungen auf diesen Namen, der eine Abkürzung von Franziska bildet, an. Die Lowinska ist Mäntelbinderin und arbeitete bei einer Frau Schmidt, Adlerstr. 5. Seit einigen Monaten hatte sie sich mit einem Drehschiffchen aus Spandau verlobt, und die Hochzeit sollte am 1. Oktober d. J. stattfinden. Eine Wohnung war in Spandau, Ruendorfstr. 87, gemietet worden. Trotzdem führte die Lowinska einen leichtsinnigen Lebenswandel und wurde vor vier Wochen unter sittenpolizeiliche Aufsicht gestellt. Am Donnerstag Nachmittag gegen sechs Uhr erschien sie bei der eheverlassenen Emilie Häber (Nische), Gartenstr. 161, und beide führten vom Lehrter Bahnhof aus nach Westend, von wo sie zu Fuß nach dem auf der Höhe gelegenen Café Moritz gingen und hier die Pferde-Eisenbahn nach dem Spandauer See abwarteten. Die Häber stand während der Fahrt auf der vorderen Plattform, die Lowinska setzte sich in den Wagen. Neben dem Schaffner stand ein feingekleideter Mann, der die Lowinska auffallend musterte. Später hat der Schaffner Stelle bemerkt, daß die Lowinska mit dem Fremden sich auf der hinteren Plattform unterhalten hat. Am Zielort äußerte die Lowinska zu ihrer Freundin: „Geht nur immer hinunter, ich komme gleich nach.“ Während die Häber den sogenannten Pariser Tanzsaal aufsuchte, sah sie, daß ihre Begleiterin mit dem Fremden das festsitzige Gelände betrat, wo sie später als Leiche gefunden wurde. Als sie sich um 10 1/4 Uhr noch nicht wieder hatte sehen lassen, trat die Häber die Rückfahrt an in der Annahme, ihre Freundin habe sich nach Spandau zu ihrem Bräutigam begeben. Die Häber giebt ferner an, daß der Todten eine Geldtasche mit etwa einer Mark Inhalt, ein Kettenschirm, ein goldener Ring mit blauem Stein und zwei Wachskerzen und endlich noch der Wohnungsschlüssel geraubt worden seien. Der letztere scheint in der Untersuchung eine wesentliche Rolle spielen zu sollen. In dem Hause Gartenstr. 148 wohnt im linken Seitenflügel zu ebener Erde eine Frau Fahrtenzug, die vom 1. Oktober ab die Lowinska'sche Wohnung bezieht. Frau Fahrtenzug hat am Donnerstag Nachmittag mit der Lowinska gesprochen, als diese im Begriffe war, sich zu der Häber zu begeben. Sie hatte die Fenster ihrer Wohnung geschlossen und mit Gardinen verhängt, so daß die Fahrtenzug die Aeußerung nicht unterdrücken konnte: „Na, Sie lassen aber auch Luft und Licht in Ihre Wohnung nicht kommen!“ Tags darauf fiel es der Fahrtenzug auf, daß die Fenster, ohne daß die Wohnungsinhaberin zurückgekehrt war, offen standen und die Gardinen zurückgezogen waren. Unter dem einen Fenster war entgegen der Erhaltung der Lowinska ein Stahl aufgestellt worden. Hiernach gewinnt es den Anschein, als ob der Mörder nach der That die Wohnung der Ermordeten betreten habe. Der Keller ist deshalb polizeilich durchsucht und dann versegelt worden. Heute Morgen um fünf Uhr bemerkte Frau Fahrtenzug vor der Lowinska'schen Wohnung einen Mann, der anscheinend einen Schlüssel in der Hand hatte. Auf ihre Frage: „Was wollen Sie denn da?“, antwortete er: „Ich wollte zwei hier wohnhafte Mädchen besuchen.“ Leider ist dieser Mann entkommen, von dem auch die Fahrtenzug eine genaue Personalbeschreibung nicht geben kann. Dagegen besitzt die Polizei ein genaues Signalment des mutmaßlichen Mörders; im Interesse der Untersuchung kann dieses jedoch noch nicht veröffentlicht werden. Ueber die Art des Mordes kann erst, wenn der Befund der Leichenschauung vorliegt, Genaueres berichtet werden.

Der ganze Fahrpark seines Hochtheaters ist vor einigen Tagen einem dieser Schaubühnenbesitzer gestohlen worden. Ein Teil der Wagen, deren sich die schwarzen Künstler zu ihren Schauspielen bedienen, waren aus Silber hergestellt, einige sogar verguldet und alle von sehr schöner und zierlicher Arbeit. Der Verlust des Schaubühnenbesizers beläuft sich auf 300 Mark.

Von religiösem Wahnsinn befallen ist junger Handwerker, der am Freitag in unserem Nachbarort Blankenburg festgenommen wurde. Bewohner dieses Dorfes fanden einen etwa 23jährigen Mann, der nur mit einem defekten Hemd bekleidet war, auf der Feldmark umherirren. Der Geistesgestörte zitterte unausgesetzt unzusammenhängende Stellen aus der Bibel und antwortete auf Befragen, daß er einer der Jünger Jesu Christi sei, welcher ihn beauftragt hätte, seine Kleider zu zerreißen und zu fasten. Der Wahnsinnige gab an, Friedrich Böticher zu heißen und in Berlin als Schlosser in Stellung zu sein.

Am 17. d. M. erschien bei der Frau eines Arbeiters am Waterloo-Ufer ein Mann im Alter von etwa 30 Jahren mit dunklem Schnurbart und einer Narbe auf der Stirn und sagte, daß er von dem Mann der Frau den Auftrag erhalten habe, eine Tonne Bier abzuliefern. Die Frau verweltete die Annahme der Tonne, da sie von der Absicht ihres Mannes, so viel Bier zu bestellen, nichts wußte, ließ sich aber schließlich doch bewegen, die Tonne abladen zu lassen und zahlte dem Ueberbringer 6 M. Als der Mann nach Hause kam, stellte es sich heraus, daß er keinen Auftrag erhalten hatte, Bier zu bringen. Die Tonne wurde angestochen, und es ergab sich, daß sie nichts als Spreewasser enthielt. Da ganz derselbe Schwindel unlängst in einem Hause in der Bellealliancestraße verübt worden ist, so liegt die Vermuthung nahe, daß Jemand diese Art Betrügereien gewerbmäßig betreibt.

Polizeibericht. Am 24. d. Mts. Vormittags wurde im Landwehrkanal vor dem Grundstück Tempelhofer Ufer 28 die Leiche eines unbekannt, etwa 30 Jahre alten Mannes angeschwommen. — Als der Lehrling Weisner in dem Geschäftsführer einer Weinhandlung unter den Linden mit dem Bekorkten von Weinflaschen beschäftigt war, rief er eine neben ihm stehende Fische mit Sprit um, deren Inhalt sich an einem in der Nähe stehenden Lichte entzündete. Er erlitt an den Händen und im Gesicht so bedeutende Brandwunden, daß er nach der Universitätsklinik gebracht werden mußte. — Nachmittags wurde ein Drehschiffchen in der Einfahrt zum Grundstück Klosterstr. 49, wo er sich zum Schloßen niedergelegt hatte, von einem Geschäftswagen überfahren und an beiden Unterschenkeln so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charite erfolgen mußte. — In der Nähe der Fennstraße fiel ein unbekanntes, etwa 11jähriges Mädchen in den Schiffahrtskanal, wurde jedoch von vorübergehenden Personen noch lebend herausgezogen. — Am 25. d. Mts. Morgens stürzte sich ein Arbeiter von der Bärwalddrücke in den Sandwehkanal, wurde jedoch noch lebend herausgezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Nachmittags sprang ein Arbeiter auf dem Kreuzungspunkte der Köpnick- und Meanderstraße von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen, fiel zur Erde und erlitt einen Bruch des rechten Hüftgelenks. Nach Anlegung eines Verbandes auf der Sanitäts-wache wurde er nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. — An der Ecke der Karl- und Friedrichstraße wurde eine Frau beim

Verlassen eines Pferdebahnwagens von einer vorbeikommenden Droschke erfaßt und überfahren und erlitt eine Quetschung des rechten Unterschenkels. — Vor dem Hause Linienstr. 241 wurde ein Kaufmann von einem Postwagen überfahren und erlitt hierbei einen Armbruch, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde. — In der Nacht zum 28. d. M. versuchte ein Ziseleur auf dem Grundstück Bismarckstr. 84, sich durch einen Schuß in die Schläfe zu tödten. Er wurde noch lebend nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — Am 26. d. M. Morgens wurde ein Maurer in seiner Wohnung, in der Barnimstraße, erhängt gefunden. — Vormittags wurde ein Steinbruder, als er mit mehreren Freunden durch den Humboldthain ging, in der Nähe des Spielplatzes von mehreren unbekannt gebliebenen Personen überfallen und durch Schläge auf den Kopf so verletzt, daß er betäubungslos liegen blieb. Er wurde zunächst nach der Sanitäts-wache in der Panikstraße, und als dort ärztlich innere Verletzungen festgestellt worden waren, mittelst Krankenwagens nach der Charite gebracht. — Am 24. und 25. d. M. fanden sieben kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Ein etwas wildromantisch angehauchter jugendlicher Angeklagter, dem wohl die Lektüre von Schauer- und Hintertreppen-Romanen etwas zu Kopfe gestiegen sein mag, stand gestern in der Person des noch nicht 19jährigen Hans Nöhring vor dem Schwurgericht hiesigen Landgerichts I, um sich wegen räuberischer Erpressung, Betruges, Urkundenfälschung und versuchter Erpressung zu verantworten. Der Angeklagte hat hier eine Szene aufgeführt, die einigermaßen an kalifornische Zustände erinnert. N. war hier in dem Geschäft von Horn u. Franke in der Gollnowstraße als Kommiss angeheilt gewesen, hatte sich als brauchbarer Mensch gezeigt, der aber dann wohl in lächerliche Gesellschaft gerathen ist, in seinen Leistungen sehr nachließ und schließlich entlassen werden mußte. Seine Kenntnisse von den Einrichtungen bei Horn u. Franke benutzte er dazu, um sich mit Hilfe eines gefälschten Bestellzettels in den Besitz zweier Kassetten im Werthe von 30 M. zu setzen. Den einen derselben verkaufte er schleunigst, den anderen suchte er zu verkaufen, indem er einen mit der Unterschrift „Lieutenant Euler“ versehenen Brief an die Firma Wertheim in der Passage schickte und derselben mittheilte, daß seine Schwester zufällig zu ihrem Geburtstag zwei Kassetten geschenkt erhalten habe und nun den einen umtauschen möchte. Der „Herr Lieutenant“ versicherte gleichzeitig der Firma sehr wohlwollend, daß er nicht versehen werde, die Firma seinem großen Bekanntheitskreise auf Angelegenheiten zu empfehlen.“ Der Untergang, bis dahin gänzlich unbescholtene Mensch scheint dann mit vollen Segeln in das Fahrwasser des Verbrechertums hineingeklettert zu sein; er hatte keinen Erwerb, trieb sich in schlechter Gesellschaft in Berlin umher und verweigerte gestern standhaft, mitzutheilen, wo er gewohnt und welchen Unterhalt er gehabt hat. Am 5. Dezember v. J. Abends gegen 8 1/2 Uhr betrat der Angeklagte, mit einem geladenen Revolver bewaffnet, das Komtoir von Horn u. Franke, verlangte nach dem Geschäftsführer Saffert und als derselbe erschien, warf er ihn einen Brief auf den Ledentisch und herrschte ihn, indem er ihn den Revolver entgegen hielt, mit den Worten an: „Lesen Sie den Brief, Sie haben 5 Minuten Zeit, der Revolver ist mit 5 Kugeln geladen und das ist genug für uns Beide!“ Der amocrende Kommiss Traxel wollte den Brief ansehen, aber auch ihn herrschte der Angeklagte an: „Nähren Sie sich nicht von der Stelle, wenn Sie den Brief ansehn, schieße ich los!“ Der Brief war an Herrn Saffert gerichtet und lautete etwa wie folgt: „Ich verlange sofort 125 M. Ich bin gekommen, um von Ihnen Ertrag zu holen für das durch Ihre schurkischen Intriguen mir verloren gegangene Gehalt. Ich stehe auf einem Standpunkte, wo ich vor Nichts mehr zurückschrecken. Zittern Sie für sich und andere Ihres Belichters, die ich für meine Angelzeit halte. Zur Erledigung dieser Angelegenheit gebe ich Ihnen fünf Minuten Lebenszeit, wenn Sie Schurke zurückkehren, ohne mein Verlangen zu erfüllen, so schieße ich Sie über den Haufen. Ich will nur hoffen, daß es jedem Schurken so geht und die Nachwelt von Deuten Ihres Belichters besetzt wird.“ — Das Auftreten des bewaffneten Menschen hatte in dem Geschäftsbüro natürlich große Bestürzung hervorgerufen. Der Kommiss Traxel suchte ins Nebenzimmer zu gelangen, der Angeklagte drohte ihm aber wiederholt, loszuschießen. Schließlich entschloß sich Herr Traxel ins Nebenzimmer, er ergriff einen dort liegenden Revolver und schoß ihn, als er zurückkehrte, in die Luft, um den Angeklagten zu erschrecken. Dieser schoß in demselben Augenblick seinen Revolver los, glücklichweise ohne Jemand zu verletzen, warf dann die Thür zu und entsprang. Er blieb fast 6 Monate lang verschollen. Inzwischen versuchte er noch, einen Verwandten durch einen dramatischen Brief, in welchem er unter Androhung von allerlei Verbrechen und indem er sich selbst ein dickeres Verbrecher-Kelch gab, eine Summe von 150 M. zur Ueberfahrt nach Amerika verlangte. — Während die Polizei nach dem heftigsten Verfolgten suchte, hielt sich derselbe gemächlich hier in Berlin auf, es gelang ihm sogar, unter dem Namen „Scheller“ zwei Monate hindurch eine Schreibstube bei einem Direktor Japke zu versehen, wofür er einen Gehalt von 75 M. monatlich erhielt. Dann blieb er eines Tages fort, lebte wieder ohne Subsistenzmittel und stellte sich schließlich im Juni d. J. selbst der Polizei. — Der Angeklagte war durchweg geständig. Der Staatsanwalt Benedix beantragte das Schuldig, empfahl aber selbst mildernde Umstände, indem er den Angeklagten als das Opfer schlechter Erziehung und der Lektüre von schlechten Romanen erachtete. — Rechtsanwalt Wobländer gab zur Erwägung anheim, ob der Angeklagte, der sich in kindlicher Wichtigkeit gelassen, bei der Begehung der räuberischen Erpressung lauren Geistes gewesen sei. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen unter Jubelung mildernder Umstände und der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einem Jahre Gefängniß.

Soziale Ueberblick.

An die Gewerkschaften Berlins!

Am Freitag, den 30. September, Abends 8 1/2 Uhr, findet bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 49a, eine öffentliche Versammlung sämtlicher Delegirten zur Berliner Streik-Kontrollkommission statt. Da zu öffentlichen Versammlungen Jedermann Zutritt hat und da die Versammlung sich hauptsächlich mit den Gewerkschafts-Wahlen beschäftigen wird, so werden diejenigen Arbeiter, welche sich für diese Sache interessieren, eingeladen, in dieser Versammlung zu erscheinen. (Näheres Inserat von heute.) Mit solidarischem Grusse

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission.

Achtung, Glasarbeiter!

Die Lohn Differenz der Glasarbeiter der Firma Seibt, Benz und Komp. ist auf gutlichem Wege zu Gunsten der Arbeiter beigelegt. J. A. Richter.

An alle Maurer Berlins und Umgegend!

Kollegen, Genossen! Bald sind die paar Sommermonate verstrichen, in welchen unser Handwerk blüht — und zwar derartig blüht, daß tausende unserer bravsten Kollegen die „goldene Freiheit“ hatten, hungernd von Bau zu Bau zu

wandern, um ihre Waare, Arbeitskraft, dem Unternehmertum oft vergeblich anzubieten. Bald klopft der Winter, der arge Feind der Bauhandwerker, an unsere Thüren und quartiert sich mit seiner Gefolgschaft: Jammer, Noth und Elend in die Proletarier-Wohnungen ein. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß der „Senfmann“, welcher unter dem Namen „Cholera“ in Hamburg so schrecklich die Volkskraft vernichtete, uns noch vor Heerzbruch des Winters einen unangenehmen Besuch abstatte und uns den Todtenmarsch bläst. Wenn wir uns auch nicht vor dem „Senfmann“ fürchten — müssen wir ihm doch täglich, ja fast stündlich bei unserer gefahrvollen Arbeit in die Augen schauen —, so haben wir dennoch die Verpflichtung, uns unserer Familie zu erhalten und uns der Menschlichkeit nützlich zu zeigen. Wir sagten vorhin, die Cholera vernichte die „Volkskraft“, aber das war nicht richtig, denn die Seuche rafft vornehmlich den durch einen anderen Feind der Menschheit, durch die kapitalistische Ausbeutungswuth bereits physisch zu Grunde gerichteten, ausgemergelten Theil des Volkes hinweg.

Die besten Schuttmittel gegen die Cholera sind nun, wie von volksfreundlichen Männern der Wissenschaft rückhaltlos anerkannt wird, eine kräftige, geregelte Lebensweise und reinliche, gesunde Wohnungen. Wie es mit der „kräftigen“, „geregelten“ Lebensweise und den „gesunden, geräumigen“ Wohnungen dagegen bei uns aussieht, das ist so allgemein bekannt, daß wir darüber kaum ein Wort zu verlieren brauchen. Um die enormen Miethspreise zu erschwingen, sind viele Kollegen gezwungen, Schlafburschen aufzunehmen, wodurch die sanitären Verhältnisse keineswegs gebessert werden, und wie auf den verschiedenen Bauten für Leben und Gesundheit Rechnung getragen ist, das spottet oft geradezu jeder Beschreibung. Es ist nichts Seltenes, daß die Bauten so „wasserdicht“ hergerichtet sind, daß unsere „Arbeitslöden“, wenn wir sie Morgens anziehen wollen, oft durchdringt sind von dem Regen, der Nachts in die Stube drang. Wir fordern längst für die Winterzeit heizbare Bauten, aber nicht einmal für Bauten, welche Schutz gegen Regen bieten, wird gesorgt.

Und warum werden diese so berechtigten, aus sanitären Rücksichten so dringend gebotenen Forderungen nicht bewilligt? Weil diese jammervollen Zustände der großen Mehrzahl der in Berlin und Umgegend arbeitenden Kollegen zur Gewohnheit geworden sind, weil die Kollegen gleichgültig in den Tag hineinleben, ohne die allereinfachsten und berechnigsten, selbst von keinem Kapitalistenblatt zu belämpfenden Forderungen energisch durchzusetzen. Wohl gibt es noch einige Baugeschäftsinhaber, welche dafür sorgen, daß vernünftige Bauten eingerichtet und das sogenannte „Goldhaus“ in entsprechender Entfernung von der Baubude aufgestellt wird, — nicht gegen diese wenigen vernünftigen denkenden Baugeschäftsinhaber wenden wir uns, sondern gegen diejenigen Sünder, welche sich in der brutalsten Art und Weise über die einfachsten Gebote der Pflicht und des Anstandes hinwegsetzen, welchen die gesundheitsrechtlichen Einrichtungen auf den Bauten geradezu Wurst sind.

Baubude und „Goldhaus“ sind oft in so unmittelbarer Nähe errichtet, daß die ihr Frühstück in der Bude einnehmenden Arbeiter den aus dem „Goldhaus“ herauskommenden Gestank einathmen müssen.

Vom Besinnsziren ist keine Rede, das kostet ja Geld und ein wenig Zeit — und — wenn's nicht paßt, der kann ja gehen! — Aber damit nicht genug. Eitige Erz-Bauschwinder sind, angeht der drohenden Cholera Gefahr, auch noch so frech, die erschreckende Arbeitslosigkeit zu Lohnreduzierungen zu benutzen. Gegen alle diese angeführten Uebelstände Front zu machen, muß Ehrensache aller in Berlin und Umgegend arbeitenden Kollegen sein.

Wir fordern Euch daher, Kollegen, unter Hinweis auf den Aufruf des Genossen Dr. Jadel, welcher mehrfach im „Vorwärts“ veröffentlicht ist, hiermit auf, an einen der unterzeichneten Vertrauensleute oder an die Redaktion oder Expedition des „Baubauwerkers“ von allen gesundheitswidrigen Einrichtungen auf den Bauten sofort Nachricht zu geben. Die Namen der betreffenden Bau-Unternehmer werden im „Baubauwerker“ und im „Vorwärts“ veröffentlicht werden. Ferner ist es dringend notwendig, etwaige Lohnreduzierungen sofort einem der unterzeichneten Vertrauensleute anzuzeigen, damit gegen die Verwüster der Volkskraft sofort geeignete Maßnahmen ergriffen werden können.

Des Weiteren ist es aber auch Pflicht aller Kollegen, auf die sozialdemokratische Arbeiterpresse, insbesondere den „Baubauwerker“, welcher von der öffentlichen Maurerverammlung sowie vom Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend als unser Publikationsorgan anerkannt ist, zu abonnieren und denselben möglichst weit zu verbreiten, damit wir in der Lage sind, den schlimmsten Ausbeutern mit größtmöglicher Wirkung vermittelst der Presse entgegenzutreten zu können. Zu diesem uns aufgezwungenen Kampfe gegen das Kapital ist auch etwas Kapital erforderlich, erstens um die schlimmsten Ausbeuter hier am Orte wirksam bekämpfen zu können und zweitens die weltweite Idee des Sozialismus auf agitatorischem Wege hinauszutragen zu unsern noch unorganisirten Kollegen in den Provinzen.

Jeder zielbewusste Genosse ist sich darüber klar, daß die Ursachen unseres Elends in der kapitalistischen Produktionsweise wurzeln und nur nach Beseitigung derselben und durch Einführung der sozialistischen, auf demokratischer Grundlage beruhenden Produktionsweise dauernde Besserung unserer Lage zu erwarten ist. Zu diesem Kampfe sind, wie gesagt, auch Mittel erforderlich. Um auf dem Marsche zum Ziele nicht zu ermatten und nicht zu erlahmen, unsere ärgsten Feinde, die Dummheit und den Kapitalismus unermüdlich bekämpfen zu können, ist eine gesunde Kriegskasse von Nothen, welche Generalfonds der Maurer Berlins und Umgegend heißt.

Darum auf, Kollegen, die ihr noch Arbeit habt, sammelt fleißig zum Generalfonds der Maurer Berlins und Umgegend, harkt Euren bewährten Fachverein, abonniert auf die sozialdemokratische politische, sowie auf eure Fachpresse und bringt alle gesundheitswidrigen Einrichtungen, sowie schlechte Behandlung, Lohnreduzierung, Sonntags- und Ueberstunden-Arbeit den von Euch gewählten Vertrauensleuten zur Kenntnis, damit wir ausgerüstet mit erdrückendem Beweismaterial die Feinde der Arbeit nicht nur anklagen, sondern auch wirksam und unermüdlich bekämpfen können, bis der Sieg unser ist.

In der Erwartung, daß jeder Kollege je nach seinen Kräften bemüht sein wird, im Befreiungskampfe des Proletariats in politischer wie in gewerkschaftlicher Beziehung stets seine Schuldigkeit zu thun, schließen wir sozialdemokratischem Grusse und Handschlag

Die Vertrauensleute der Maurer Berlins und Umgegend.

Die Vertrauensleute nehmen jeden Sonnabend von 8—10 Uhr freiwillige Beiträge zum Generalfonds in folgenden Lokalen entgegen:

- H. Koll, Stalhoferstr. 33, kassirt bei Hoffmann, Waldemarstraße 61.
- G. Jänisch, Kapanien-Allee 74, kassirt Veteranenstr. 22 bei Peters.
- G. Gurras, Putzhusenstr. 17, kassirt bei Wendt, Köllnerstr. 17.
- J. Wagner, Alt-Moabit 125, kassirt bei Holzberger, Dreysestraße 8. Sonntags, Vormittags von 8—10 Uhr, bei Nieger, Rathenowerstr. 89.
- G. Fetting, Fähringerstr. 8, Seitensl., kassirt bei Rose, Sreissenaustr. 35.
- A. Behrendt, Krudstr. 16, kassirt bei Behrendt, Blumenhalstraße 6.
- Ed. Ulrich, Hirtenstr. 8, kassirt bei Bernau, Rosenstraße 30, Sonntags Vormittags von 8—10 Uhr bei Krüger, Hirtenstr. 10.
- W. Garbe, Ostbahnhof 15, kassirt bei Böhl, Müdenborferstraße 8.
- Puttlich, Belfortstraße 16, vorn 4 Tr. bei Jabel, kassirt bei Schmidt, Diedenhofener- und Tredehofstraßen-Ecke.

S. Dittmann, Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 8, lässt bei Schul, Frankfurter Chaussee 1.

Job. Jahn, Weihensee, Bismarckstr. 35 (vom 1. Oktober Schönstraße 77), lässt jeden Sonnabend von 8 bis 10 Uhr und jeden Sonntag Vormittag von 8-9 Uhr bei Gebauer, Charlottenburgerstr. 61.

NB. Am Donnerstag, den 29. September 1892, Vormittags 9 1/2 Uhr, findet im Feen-Palast, Wolfgang- und Burgstraßen-Ecke, eine öffentliche Versammlung arbeitsloser Maurer und verwandter Berufsgenossen statt. Näheres siehe Inserat in heutiger Nummer.

Der Schuhmacherstreik in Kreuzlingen ist beendet. Die Kämpfenden hielten sich wacker, aber die Masse der unorganisierten Arbeiter, der Ueberfluß an Arbeitskräften und die Möglichkeit, jeden ungelerten Arbeiter in der Schuhfabrik zu beschäftigen, verhinderte den Sieg. Immerhin ist ein anständiger Vergleich zu Stande gekommen.

Für Schneider! Kollege Brosig unternimmt im Einverständnis mit dem Kollegen Reishaus eine Agitationstour nach folgenden Orten: Darmstadt, Worms, Frankenthal, Mannheim, Ludwigshafen, Speyer, Kaiserslautern, Kreuznach und Bingen. Die Bevollmächtigten der Schneider dieser Orte sind gebeten, hierzu Stellung zu nehmen und nähere Mittheilungen an Franz Brosig, Mainz, Rittlere Weiche 19, gelangen zu lassen.

Versammlungen.

Zur Beachtung! Wir bitten die Herren Schriftführer, bei der Abfassung der Versammlungsberichte sich aller nur möglichen Kürze zu befleißigen.

Für den 15. Kommunal-Wahlbezirk fand am Sonntag Vormittag nochmals eine sehr stark besuchte öffentliche Kommunalwählerversammlung unter Leitung Zubeil's statt, in welcher Genosse Singer an Stelle des durch Parteipflichten von Berlin ferngehaltenen Kandidaten des Bezirkes, Theodor Mehner, über die bevorstehende Ersatzwahl referierte. Der Referent gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß Niemand dem Genossen Mehner aus der Erfüllung ihm auferlegter Parteipflichten im gegebenen Augenblicke einen Vorwurf machen würde. Er war der Ueberzeugung, daß alle Genossen am Tage der Wahl trotz der Abwesenheit Mehner's doch einmütig für ihn eintreten und ihm zum Siege verhelfen werden. In seinem Referate behandelte Singer hauptsächlich die Frage, ob sich die Arbeiter an den Kommunalwahlen beteiligen sollen. Er war der Meinung, daß das abermalige Aufwerfen dieser Frage, nachdem dieselbe bereits endgültig entschieden sei, den betreffenden Elementen nicht zur Ehre gereiche. Von wiederholtem stürmischen Beifalle unterbrochen, entwickelte der Vortragende die Wichtigkeit der Beteiligung der Sozialdemokraten an den Kommunalwahlen ebenso wie an den Parlamentswahlen. Die Sozialdemokraten seien nicht gewillt, untätig zu warten, bis ihnen die gebrauchten Lauben in den Mund geflogen kommen, und wären nicht die Finte ins Korn, lediglich weil eine Hand voll Leute behauptet, es nütze ja doch nichts. Daß durch die Vertretung der Sozialdemokratie im rothen Hause die Klassenlage der Arbeiter verändert werde, habe noch niemals irgend ein Vertreter der Sozialdemokratie behauptet; dennoch könnten die Arbeitervertreter im Hause vielfach nützlich wirken, vor allen Dingen Schlimmes verhüten. Die Theorien der „Unabhängigen“ zerfielen unter der Lupe der Kritik wie Spreu im Winde. An verschiedenen Beispielen veranschaulichte der Vortragende die Wirkung der kritischen Thätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten, die daraus gerichtet ist, die Bourgeoisie im rothen Hause zu entlarven und deren Interessenwirtschaft vor aller Welt klarzulegen, wie auch der Thätigkeit unserer Abgeordneten, die Interessen der Allgemeinheit, die Rechte der Arbeiterschaft zu wahren. Würden die „Unabhängigen“ ehrlich urtheilen, so müßten sie die Thätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten als nützlich anerkennen. Ein Fernbleiben der Sozialdemokratie von den Wahlen läge nur im Interesse der Bourgeoisie. Von dieser Beteiligung ließen sich die Genossen nun und nimmer abhalten. Die Wahlbeteiligung auch an den Kommunalwahlen sei die Willensmeinung der gesammten Partei, und Ehrenpflicht eines jeden Genossen sei es, dem Parteibeschlusse Geltung zu verschaffen. Eine Schande sei es, daß gerade aus den Reihen der Arbeiter Gegner erstanden und Zwietsch in die geschlossenen Reihen der Sozialdemokraten zu tragen bemüht sind. Mehner schloß seine Ausführungen mit dem Mahnrufe: „Auf zur Wahl! Vorwärts! Der Sieg muß der unsere sein!“ (Stürmischer Beifall.) An das Referat knüpfte sich eine längere Diskussion, in welcher Geffroy, Stabernack, Zubeil, Dastig, Erdhyn mit den „Unabhängigen“ scharf ins Gericht gingen, die „Theorien“ derselben ad absurdum führten und zum einmütigen Eintreten für den Kandidaten Mehner aufforderten. Als Gegner der Kommunalwahlen gerichte sich ein Herr Winter, welcher den alten verdienten Gen. Mehner nicht für würdig erklärte, Vertreter der Arbeiter zu sein!! In seinem Schlußworte ging der Referent des Näheren auf die

Einwände der Gegner ein, wies in überzeugender Weise die Haltlosigkeit derselben nach und schloß nochmals mit der Mahnung: „Vorwärts, auf zur Wahl! Vorwärts, zu Kampf und Sieg!“ (Stürmischer Beifall.) Nachdem noch Genosse Zubeil bekannt gegeben, daß die vom Zentral-Ausschuß abgestempelte Liste Nr. 1643 verloren gegangen und dieselbe im Auffindungsfalle bei ihm, Naunynstr. 86, abzugeben sei, und nachdem er eindringlich davor gewarnt hatte, auf der Straße sich irgendwie mit „Unabhängigen“ einzulassen, schloß er die mühselhaft verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in welches die Genossen stürmisch einstimmten. — Leider kam es auf der Straße durch die Frechheit der „Unabhängigen“ zu heftigen Schlägereien, denen sich die Genossen nicht zu entziehen vermochten, da sie die Angegriffenen waren. Diesmal hatte man es hauptsächlich auf den Genossen Stabernack abgesehen, der schon vorher mit einem Ueberfalle in seinem Geschäftslokale bedröht worden war. Den vereinigten Kräften der besonnenen Genossen gelang es endlich, den Räupeleien der „Unabhängigen“ ein Ende zu machen.

Verband deutscher Zimmerleute Südbayerns und Umgegend. Dienstag, den 27. September, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Jakob, Grunewaldstr. 110.

Herzlin Berliner Hausdiener, Grute, Dienstag, Abends 8 Uhr, Ortsdienstliche Mitgliederversammlung in den Kränzhallen, Kommandantenstraße 25.

Nationalverein der Südbayern Deutschen, Gouverneur Berlin. Versammlung Kantenstr. 16, 1/2 Uhr. Tagesordnung: Vortrag. Diskussion über ein abzuhaltendes Weihnachtsfest.

Nationale kaufmännische Frauen- und Arbeitervereine. Dienstag, den 27. September, 8 1/2 Uhr, im Restaurant V. Bodenburg, Kommandantenstraße 10-11, Vorstandssitzung.

Vergnügungsgesellschaft. Sitzung jeden Dienstag im Restaurant „Frog“, Annenstr. 2.

Wiederf. Herin Vorwärts. Dienstag, den 27. September, Hoffmann's Salon, Vergerstr. 122, Abends 8 1/2 Uhr, Vortrag. Die Cholera und die heutige Gesellschaft. Referent: Dr. Bernheim.

Arbeiter-Bildungslehre. Dienstag Abends 8-10 1/2 Uhr: Sächsischer Pädagogischer Lehrkurs: 43: Unterricht in Deutsch (mittleres); Südost-Schule: Reichensbergerstr. 122: Unterricht in Deutsch (mittleres); Ost-Schule, Marktstraße 21: Unterricht in Psychologie; Nord-Schule, Müllerstraße 179: Unterricht in Geschichte (mittleres). In allen Lehrkursen, mit Ausnahme der Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Frei- und Pionierclubs. Dienstag, Johannes Wedde, 8 Uhr, bei J. Winkler, Plantenbühlstr. 60. — Agitationssocietät Casselle, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schaper, Reichensbergerstr. 54. — Les- u. Diskussionsclub Spinoza, Abends 8 1/2 Uhr, bei Trippel, Reichensbergerstr. 47. — „Empor“, Abends 8 1/2 Uhr, bei G. Behrend, Blumenstraße 2.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsclub. Dienstag 8 1/2 Uhr, Naunynstraße 60.

Vermischtes.

Drei Kinder verbrannt. In Hamburg entstand auf der Uhlenhorst am Sonntag in der Gerberstraße ein Bodenbrand, wobei drei Kinder, der sechsjährige Gustav Lindigkeit, die dreijährige Anna Lindigkeit und der vierjährige Gottfried Gottschall durch die Flammen ums Leben kamen.

Eisenbahn-Unfall. Auf der Gotthardbahn bei Sisson ereignete sich am Sonnabend Abend ein Unfall dadurch, daß ein Güterzug mit voller Kraft in ein Sackgeleise fuhr. Die Lokomotive und drei Wagen wurden total zertrümmert. Der Führer und der Heizer des Zuges wurden unverseht unter den Trümmerhaufen hervorgezogen.

Theaterbrand. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Daß in der Hauptstraße von Pera belegene neue französische Theater ist abgebrannt. Verlust an Menschenleben ist nicht zu bezagen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Trier, 26. September. In dem Prozesse gegen den Verfasser und den Verleger der Broschüre „Die Rückfahrt nach Trier unter der Aera Korum“ hat die hiesige Strafkammer gegen den Studenten Reichard, als Verfasser der Broschüre wegen Beschimpfung der Reliquienverehrung und wegen Verleumdung des Bischofs Korum auf sechswochenlanges Gefängnis erkannt. Der Verleger der Broschüre, Sonnenburg, wurde zu dreiwöchentlichem Gefängnis verurtheilt.

Pest, 26. September. Der ungarische Reichstag ist heute nach den Ferien wieder zusammengetreten. Die Wahlen für die Delegationen sind auf den 29. d. festgesetzt.

Wien, 26. September. In der heutigen Verhandlung des Prozesses gegen den ehemaligen Finanzdirektor der Bukovina Treuenfeld und Genossen wurden den Geschworenen die 39 Schuldschriften vorgelegt. Die von den Verteidigern beantragten Abänderungen wurden vom Gerichtshofe zumest abgelehnt.

Rom, 26. September. Hier ist das Gerücht verbreitet, daß General-Kapitel des Jesuitenordens habe sich vorgestern befaßt mit Ernennung des Ordens-Generals verammelt. Ueber den Versammlungsort verlautet nichts; wie es heißt, ist den Ordensmitgliedern unbedingtes Stillschweigen darüber unter Verweisung auf ihren Eid auferlegt worden.

Paris, 26. September. Gegenüber der Meldung der „France“, der Ministerpräsident Loubet habe beschlossen, den deutschen Delegierten Liebknecht wegen seiner gestrigen Rede in Marseille auszuweisen, wird in Regierungskreisen versichert, es liege noch keinerlei bezügliche Entschliessung des Ministers vor, derselbe wolle erst den Wortlaut der fraglichen Rede abwarten und danach seine Entschliessung treffen.

London, 26. September. Nach einer Meldung der „Times“ aus Shanghai vom gestrigen Tage hat eine große Versammlung von Literaten und Studenten in Tschangsha (Provinz Hunan) beschlossen, sich dem Einzug des neuen Gouverneurs Butschang, der den Europäern freundlich gesinnt sein soll, zu widersetzen.

London, 26. Sept. Unter den Gardes du Corps in Windsor ist es Sonnabend zu einer Meuterei gekommen. Bei derselben wurden von den widersehligen Soldaten etwa 80 Sättel und das Pferdegeschirr vernichtet. Die Widersehligkeiten werden auf angebliche Ueberanstrengung im Dienste zurückgeführt. Infolge dieser Vorfälle ist die gesammte Mannschaft in den Kasernen konfinirt.

Montauban, 26. September. Auf einem gestern hier veranstalteten Banquet der Royalisten hielt Graf d'Aussouville als Vertreter des Grafen von Paris eine große Rede, in welcher mit Bezug auf die Haltung des Papstes gegenüber der Republik betont wurde, die Royalisten seien dem Papste in allem, was den Glauben und die Sitten angehe, unterworfen, bezogen jedoch die Ueberzeugung, der Papst habe ihnen unmöglich befehlen wollen, auf die Hoffnung einer Wiederherstellung der Monarchie zu verzichten. Sie würden deshalb mit Festigkeit in einem respektvollen und kindlichen Widerstande verharren. Nachdem der Graf sodann die Unzerstörbarkeit der royalistischen Partei hervorgehoben und an die Ideen des Grafen von Paris bezüglich des monarchistischen Regiments erinnert hatte, erklärte er, die Royalisten könnten mit den zur Republik übergegangenen Katholiken im zeitweiligen Einvernehmen bei den nächsten Wahlen zusammengehen, wenn nicht ernstliche Programmänderungen von ihnen verlangt würden, denen sie niemals beizustimmen vermöchten. Inzwischen würden die Royalisten sich mit doppeltem Eifer der Propaganda widmen. Er protestirte gegen die Behauptung, daß die Idee der Republik unwiderruflich in Frankreich begründet sei.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Lübeck, 26. September. Hiesige Firmen haben eine Petition an das Reichskanzleramt eingereicht, um die Herabsetzung der hohen russischen Zölle auf Schmirgelfabrikate anlässlich der Handelsvertrags-Verhandlungen zu erlangen.

München, 26. September. Nach dem Münchener Fremdenblatt“ legt Dr. Ortner das Reichstagsmandat nieder und unterzieht sich nur der Neuwahl zum bayerischen Landtag.

Luxemburg, 26. September. Ein Personenzug der Prinz-Heinrichsbahn ist heute Mittag auf der Station Boevingen entgleist. Zwei Personen sind schwer, mehrere andere leicht verwundet. Der Schaden ist sehr bedeutend. — In vergangener Nacht ist das Staats-Waisenhaus niedergebrannt, 45 Waisen wurden unverseht aus den Flammen gerettet, der Schaden ist groß.

Paris, 26. September. „Republique francaise“ veröffentlicht einen offiziellen Artikel, worin sie die Vertragsmächte auffordert, den Kongostaat daran zu erinnern, daß er lediglich von Europa geschaffen sei, damit er allen Nationen den Handel im Kongo-Becken eröffne. Es sei die höchste Zeit, daß der Kongostaat in seine Grenzen zurückgewiesen werde.

Madrid, 26. September. Die Regierung will eine neue karlistische Verschwörung entdeckt haben; angeblich haben Hausdurchsuchungen dieserhalb im Norden Spaniens stattgefunden. Zahlreiche Verhaftungen sind in Leon vorgenommen worden.

Briefkasten der Redaktion.

Verichtigung. In den Leitartikel der Nr. 223 hat sich am Schluß des ersten Absatzes ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen. Anstatt „vom Volk unter das Volk“ muß es heißen: „vom Volk über das Volk“.

H. V. Wir bitten um Ihren Besuch (12-1 Uhr Mittags) oder 7-8 Uhr Abends.)

Otto Ehlers, Pankow. Wir bitten um Ihren Besuch.

R. W., Uckerode. Die Entgegnung wollen wir doch lieber dem betreffenden Verein überlassen.

Wwe. Wenden Sie sich an das Kommunal-Wahlkomitee.

V. S., Rügenstraße. Daß Jemand wegen einer von Ihnen bereits bezahlten Schuld Ihnen einen Zahlungsbefehl zuschickt, erhält keine strafbare Beleidigung. Erheben Sie Widerspruch.

E. D. Ist der Miethsvertrag einmal geschlossen, dann ist das Mädchen an den Vertrag gebunden. Der Miethsherr kann auf denselben bestehen und für seine Einwilligung zur Aufhebung des Vertrags Entschädigung verlangen.

Zwei Streikende, Hamburg. Die Verhandlung ist von einem unserer Gerichts-Berichterstatter.

Der Jäger-Karl mit dem Farbetopf. Das ist ein feiner, heller Kopf, (2200b) Der stets die rolhe Farbe liebt Und heute was von Besten giebt; Drum gratuliren ihm sehr schlaun: Die Freunde — und die kleine Frau.

Dem Tischler Franz Jahn zu seinem heutigen Biegefest ein donnerndes Hoch! Wenn ein Jeder seine Schuldigkeit that, Franz, nun geh tan! 2205b H. M. S. F. F. Niddorf.

Unserem Sangesbruder Hermann Graf aus Bumseldorf zu seinem gestrigen Geburtstage ein dreimal donnerndes Hoch, in der Hoffnung, daß derselbe sein Bumseldorf vergißt: gratulieren mehrere Sangesbrüder.

Charlottenburg. Zur päpstlichen Besorgung des „Vorwärts“, „Volkswort“, „Tribüne“, des „Wahren Jakob“ und sammtlicher für Arbeiter zu empfehlenden Schriften, sowie zur Aufnahme von Feuer-, Glas- und Lebensversicherungen empfiehlt sich 3026L G. Boyer, Leibnizstr. 7.

Gardinen-Fabrik. Großes Lager gestickter und engl. Tüllgardinen, Stores, weiß und crème. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. zu den billigsten Fabrikpreisen. E. Knappe aus Eutzsch in Sachsen. Rennensstraße 26, I Cröppe.

Schlafstelle, vornheraus, für Herren bei Weinhald, Brägerstr. 47, III. (2230b)

Achtung, Klempner! 500/7 Sammtlichen Kollegen zur Nachricht, daß heute Abend 8 1/2 Uhr Kommandantenstraße 57 die Versammlung der Mitgl. der Orts-Krankenkasse stattfindet (siehe Annonce von vorgestern).

Jungen gesucht! 2234b Die Herren oder Damen, die Sonnabend, den 24. d. M., 8 1/2 Uhr Abends in der Köpenickerstr. 8 gesehen haben, wie ein Droschkentischer meine Frau, die mit einem Paß Betten ging, beschimpft hat und schlagen wollte, bitte ihre Adressen bei Boruth, Falkensteinstraße 8 abzugeben.

Warnung. Hiermit warne ich einen Jeden, meinem Manne, dem Kartonarbeiter Dremis auf meinen Namen Etwas zu borgen, da ich für Nichts aufkomme. 2231b Elisabeth Dremis, geb. Hirsch.

Allen Genossen empfehle mein Blumengeschäft und Kranzbinderei H. Kranze, Wienerstraße 11.

Stempelfabrik von R. Hecht BERLIN S. Oranienstr. 55 liefert schnell und billig alle Arten Stempel. Billigste Benutzungsregeln für Wiederverkäufer

Sattlerei, gangbares Geschäft, billige Mieth, krankheitshalber sofort zu verkaufen, Adressen unter G. B. 10 in der Exped. d. Ztg. erbeten. 2235b

1832 L Sophabezüge! Kasse in Nips, Damast, Granit, Plüsch u. dunt. Stoff, spottbillig. Emil Lefèvre, Oranienstr. 155. Proben franko!

Meyer's Lexikon, Weltgeschichte, Brehm's Thierleben, Bücher jeder Art A. Hannemann, Wissenschaft kauft Kochstr. 56 (Bernspr.) Empfehle mein Geschäft in friscoen Blumen und Kränzen. 533 L Robert Meyer, Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2. NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Genossenschaftsbrot sowie Milch und Backwaare frei ins Haus, liefert das Milchgeschäft 2887L Stallschreiber-Strasse No. 8. 5 Pfd. Albrecht's Bäckerei, Brot für 50 Pfennig liefert Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28. Finten, Hänflinge, Gierliche 75 Pf., Staare, alle Arten billig, Tauben, Kintchen, Meerfische alles billig M. Redtmann, Stralauerplatz 21.

Volks-Seife mit den Bildnissen bekannter Volksmänner. Preis: Stück 10 Pf., 6 Stück 50 Pf. 2974L Bortheilhafteste Seife für den Hausgebrauch. Für Wiederverkäufer d. d. Haupt-Agentur Max Koehler, Dresdenerstr. 39, 11

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren, reelle Waare, solide Preise. Ganze Ausstattungen in Mahagoni und Kirschbaum. Küchenmöbel in gr. Auswahl empfiehlt 2926L Julius Apelt, Sebastianstr. 20 (früher 27/28)

KRONEN-GARN 1000 YARDS Bestes Nähgarn!

Polstrappen, Strümpfe, Handtücher, Fugenpapier f. Tischler sowie sammtliche Puhlappen für die gesammte Industrie liefert die Engros-Handlung von C. Kietzke, Lübbenerstr. 5. Fernsprecher Nr. 9, Nr. 9168.

Arbeitsmarkt. Ein Bisteur im Silberfach, tüchtig in Ornament und Figuren, findet sogleich u. dauernde Stelle in Stockholm (Schweden). Näheres ertheilt (2237b) W. Rapach, Berlin, Blumenhof 11.

Grüntram-Geschäft mit Rolle, gangbar, wegen Umzug nach Kuperhalb sofort bill. u. verk. Schwedterstr. 226a. (2232b) Stahlstr. 123, Hof 1 Tr. bei Wwe. Gebhardt ist freubl. möbl. Schlafstelle (Pianino) für 8 M. zu verm. 2235b Genosse mit Bett sucht Schlafstelle (allein) preiswürdig. Lüdersdorf, Dinsteinstr. 14. 2223b Frl. Schlafstelle an 2 Herren zu vermieten b. C. Krotzschmar, Neue Grünstraße 15, 4 Tr. 2240b

Abpuher werden verl. Blumenstraße 70. Ein sich bildender Gesangverein sucht einen tüchtigen Dirigenten (Nicht-Verbandsmitglied), welcher Lieber freihätlichen sowie volksthümlichen Inhalts einübt. Offerten sind bis Freitag, den 30. d. Mts., bei Gloscholt, Bogenstr. 40, unter Chiffre „Gesangverein“ einzureichen. — Genossen, welche streng auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, können sich ebenfalls dort melden.

Aus Australien.

Melbourne, 23. Juli 1892.

In Erfüllung unseres Versprechens senden wir Ihnen einen weiteren Bericht ein über die wirtschaftliche Lage Australiens, soweit unsere Erfahrung und Kenntnis reicht, und besonders die der Kolonie Victoria. Die herrschende Krisis leidet hier ihr Organ und der Dampfkapital hat es fertig gebracht, die Löhne in kurzer Zeit bedeutend zu reduzieren. Die Arbeitslosigkeit, welche in steter Zunahme begriffen ist, kommt dem Kapitalismus trefflich zu statten. Zur Zeit haben sich in dem vor Kurzem von der Regierung errichteten Arbeitsnachweise-Bureau 10 000 eingeschrieben. Dieses ist aber nur ein Bruchteil. Die Zahl der Unbeschäftigten auch nur annähernd anzugeben, ist unmöglich. Wenn man an irgend einen Arbeiter die Frage richtet: Hast Du Arbeit? ist man gewohnt fast nur ein dumpfes Nein zu hören. Die Arbeiter, welche von der Regierung unternommen, um die Nothlage zu lindern, und welche sich auf Eisenbahnen und Drainirung von Sumpfland erstrecken, reichen bei Weitem nicht aus, um nur einigermaßen Abhilfe zu schaffen. Nebenbei bemerkt werden von der Regierung Löhne bezahlt, welche dem Schwitzsystem gleichen wie ein Ei dem andern. In diesen Zuständen sind die Trades Unions nicht ganz schuldlos, weil sie noch an den althergebrachten Statuten festhalten, obwohl dieselben sich mit unserer modernen Industrie nicht mehr vereinbaren lassen, hohe Eintrittsgebühren und Verträge erschweren es den Arbeitern (und besonders in starrer Zeit) denselben beizutreten, ebenso schwer wird es den Mitgliedern, ihren Verpflichtungen nachzukommen, auch die Geldstrafen bei Uebertretungen seitens der Mitglieder haben zersetzend auf die Trades-Unions eingewirkt, so daß manche schon ganz und andere beinahe aufgelöst sind. Die Wirkungen von Angebot und Nachfrage sind ihnen noch zu wenig bekannt, hoffentlich wird die jetzige Nothlage sie mächtig genug zeigen, die Gewerkschaftsvereinigungen den Forderungen der Nothzeit entsprechend umzugestalten. Wir lassen nun einen kurzen Ueberblick folgen, über Löhne und die allgemeine Lage in verschiedenen Branchen.

Maurer-vereinigung. Die Arbeitszeit der Maurer beträgt 44 Stunden pro Woche. Die ersten 3 Werktage acht und Sonnabends 4 Stunden. Der tarifmäßige Lohn ist ein Shilling und 4 Pence (1 Sh. = 12 Pence = 1 M.) die Stunde. Der Durchschnittslohn (pro Woche) der Maurer bei guter Zeit kommt nicht höher als 2 Pfd. Sterl. (= 40 M.). Die Arbeitszeit auf den Bauten ist mehr oder weniger unterbrochen, sei es durch unzureichende Herbeischaffung des Baumaterials, durch Balkenlegen, Eisen- oder Stenkonstruktion u. Der australische Arbeitgeber nimmt auf Feindschaft seinen Vortheil wahr. Bei dem kleinsten Hinderniß müssen die in Betracht kommenden Arbeiter innehalten und sei es auch nur für eine Stunde.

Die Eintrittsgebühren in den Maurerverein sind: unter 35 Jahre 5 Sh.; 35—40 Jahre 10 Sh.; 40—45 Jahre 17 Sh.; 45 bis 50 Jahre 1 Pfd. 2 Sh. 6 Pence. Die wöchentlichen Beiträge sind 6 Pence (50 Pf.). Außerdem 1 Sh. vierteljährlicher Beitrag für in Noth gerathene Mitglieder. Bei Unfällen auf Bauten erhalten die Betroffenen 1 Pfd. 10 Sh. Unterstützung aus der Vereinskasse pro Woche. Krankenversicherung ist hierbei ausgeschlossen. Da aber trotz des Gesetzes die Arbeitgeber für Unfälle verantwortlich, so sind die Arbeiter auf den meisten Bauten durch die ersteren versichert, doch müssen auch hier die Arbeiter die Versicherungslosen tragen, abermals 6 Pence. (Es läppert sich zusammen). In Todesfällen erhalten die Mitglieder, ob Mann oder Frau, 7 Pfd. Maurer über 50 Jahre können nur als Ehrenmitglieder aufgenommen werden und bezahlen beim Eintritt 2 Sh. 6 P. und 3 Sh. jährlichen Beitrag, welcher im Voraus zu entrichten ist. Doch fallen hier alle Unterstützungen weg, ausgenommen bei Streiks, aber auch hierbei werden sie zu Beiträgen herangezogen. Die Maurervereinigung in Melbourne hat zur Zeit 150 zahlende Mitglieder, und circa 250 sind rüchständig, außerdem bestehen in einigen Vorstädten Zweigvereine, worin es ebenso trostlos aussieht. Die Gesamtzahl der Maurer in Melbourne beträgt ungefähr 1200, wovon nur ein kleiner Bruchtheil beschäftigt. Ein Theil der Beschäftigten sind nach anderen Kolonien gereist, um womöglich denselben Schicksal entgegen zu gehen und die Zurückgebliebenen stehen in der Nothjahrs außerhalb der Vereinigung (sogenannte freie Arbeiter). Da nun viele vorwiegend kleine Bau-Unternehmer 48 Stunden die Woche arbeiten lassen, so kommen die organisierten Maurer oft arg ins Gedränge, besonders bei neuem Geschäftsgänge, weil ihnen nicht erlaubt ist, auf solchen Bauten zu treten. Bei Zuwiderhandeln haben sie eine Strafe von 5 Pfund zu gewärtigen. Doch wie die Erfahrung gelehrt hat: Noth bricht Eisen, so zieht es Manche vor, aus dem Verein auszutreten. Ein weiterer Uebelstand ist die **Klfordarbeit** (Subkontrakt). Dadurch kommt die Vereinigung in Widerspruch mit sich selbst; den Mitgliedern ist nicht erlaubt, unter dem tarifmäßigen Lohn zu arbeiten, wohl aber Stückarbeit zu übernehmen, auch wenn sie nur 3 oder 4 Sh. täglich verdienen. Auf diesem Gebiete herrscht die reine Halsabschneiderei (sweating system). Aus dem Angeführten ergibt der Leser, daß eine durchgreifende Reform nöthig ist; und zwar: niedrige Eintrittsgebühren, kleine Beiträge, Abschaffung der Geldstrafen und Stückarbeit. Ohne dieses wird eine gründliche Reorganisation nie erreicht werden. So reformbedürftig wie die Maurervereinigung sind alle übrigen Organisationen. Der konservative Geist muß durch den sozialistischen ersetzt werden, nur dann ist an ein kräftiges Wiederaufleben der Trades Unions zu denken.

Steinhauer-Vereinigung. Die Steinhauer-Organisation erstreckt sich über die ganze Kolonie und ist eine der besten Gewerkschaften; sie zählt 825 Mitglieder, von denen die größere Hälfte leider auch ohne Beschäftigung ist. Vermöge ihrer Organisation haben sie bis dato den besten Widerstand geleistet, ob sie es auch in Zukunft werden können, ist zweifelhaft, weil sie eben so konservativ als die anderen. Politisch ist ihnen verhaßt. Der Lohn ist derselbe wie der der Maurer, ebenso die Arbeitszeit.

Zimmerleute. Deren Organisation ist sehr durchlöcherig, die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden pro Woche. Der tarifmäßige Lohn steht nur noch auf dem Papier, derselbe variiert von 9—8 Sh. (pro Tag). Das Tischlergewerbe unterscheidet sich wenig von den Zimmerleuten und zählt zu den schlechtesten in Australien. Hauptursachen: riesiger Import und die Chinesen, welche Werk- und Sonntags zu jeder Zeit ungehindert arbeiten. Wurde von denselben früher nur geringere Arbeit geliefert, so hat sich das Blatt bereits gewendet. Lohn für Möbelsticker war früher 9 Sh. pro Tag, ist aber gegenwärtig auf 2 Pfd. bis 2 Pfd. 8 Sh. die Woche gesunken. Die Arbeitszeit ist ebenfalls 48 Stunden. Neue Bauarbeiten liefern fabrikmäßig große Sägemühlen mit Holz-Bearbeitungsmaschinen jeder Gattung, Fenster und Thüren in allen Größen sind jederzeit vorräthig. Kleinere Geschäfte machen fast nur Reparaturen. Die Arbeitslosigkeit im Bau- und Möbelfach ist eine unglückliche. **Möbelpolierer** erhalten einen Lohn von 30—40 Sh. pro Woche. Holz-Bildhauer sind nur wenige beschäftigt. Lohn wie die Tischler. Die Kunst geht betteln bevor sie zur Entfaltung kommt, für Ideale ist hier kein Raum gelassen.

Eisenarbeiter leiden ebenfalls unter der Krisis und erheben sich ihre Löhne nicht über die anderer Arbeiter, Arbeitszeit 48 Stunden.

Für **Korbmacher** ist die Lage die gleiche, wie in Deutschland, Aussicht auf Selbständigkeit ist in Melbourne nicht vorhanden. Nur zwei Geschäfte sind hier maßgebend, das eine für Korbarbeit, das andere für Korbmöbel. Wenige kleine Geschäfte vegetieren nur noch. Korbmöbel waren früher eine lohnende Arbeit, ist aber durch chinesische, europäische und amerikanische Konkurrenz, sowie Theilarbeit der jugendlichen ungelerten Arbeiter sehr heruntergekommen. Die Arbeitszeit beträgt 49 1/2 Stunden pro Woche. Der Lohn der ungelerten und gelerten Arbeiter differirt von 10 Sh. bis 2 Pfd. Sterl. wöchentlich. In den übrigen Branchen besteht nur Stücklohn, welcher in den letzten Jahren beinahe um die Hälfte reduziert; der beste Arbeiter kann es trotz der größten Anstrengung kaum auf 2 Pfd. 5 Sh. bringen. An achtstündige Arbeitszeit ist nicht zu denken. Arbeitslose in allen Zweigen des Korbmachergewerbes, trotzdem aus Solidarität die Uebrigen sich mit dreiviertel bis halber Arbeitszeit begnügen. Ein Theil der besten Arbeiter hat Australien den Rücken gewandt.

Die **Schuhmacher** haben mehrere Vereinigungen, davon die der Fabrikarbeiter die stärkste Mitgliederzahl derselben von einigen Jahren 1500. Doch die Arbeitslosigkeit hat sie bis auf 800 vermindert. Die Arbeitszeit in den Fabriken ist eine achtstündige. Durchschnittsverdienst 30—35 Sh. die Woche. In mehreren Fabriken wird nur halbe Zeit gearbeitet, andere sind ganz geschlossen. Nicht etwa, daß die Bevölkerung Ueberfluß an Schuhwearen hätte, im Gegenteil, die große Masse ist nur nothdürftig bekleidet, eine große Anzahl Kinder müssen barfuß gehen. (Die Ulgewalt des Kapitalismus.) Die Handarbeiter sind in drei Klassen getheilt. Die erste Klasse ist mit ungefähr 40 Mitgliedern organisiert, welche nur in drei Werktagen für feinere Arbeit beschäftigt sind. Lohn 30—40 Sh. die Woche, geregelte Arbeitszeit besteht nicht, von früh bis spät, genau wie in Deutschland. Geschäftsgang gegenwärtig sehr flau. Vorrichter besitzen ebenfalls einen Verein und bekommen etwas höheren Lohn denn Schuhmacher; als Stepper fungiren nur Mädchen, welche ihre eigene Organisation haben, dennoch in den Fabriken wahre Hungerlöhne erhalten.

Die **Schneider** befinden sich ebenfalls in einer gedrückten Lage, ein Theil derselben arbeitet nur auf halbe Zeit, während der andere gar nichts thut. Nur Wenige arbeiten auf volle Zeit bei einem wöchentlichen Lohn von 30—35 Sh. Das sogenannte sweating system (Zwischenmeister) ist die reine Pestbeule.

Die **Arbeitszeit der Sattler** ist 52 Stunden, Lohn 30—45 Sh. wöchentlich; Lächner und Kofferarbeiter hingegen nur 48 Stunden, Lohn wie die Sattler. Mit Vorliebe werden jugendliche Arbeiter verwandt, Vurschen von 14—16 Jahren bei einem Wochenlohn von 5—10 Sh., von 17—20 Jahren 10 bis 20 Sh.

Bäcker haben in vierzig der größeren Werkstätten den Achtstundentag errungen, und arbeiten nach den Bedingungen der Union: Lohn 2 Pfd. 10 Sh. pro Woche. Die anderen Kleinbetriebe stehen auf der Stufe der deutschen Bäcker, lange Stunden, niedriger Lohn (15—25 Sh. pro Woche), dürftige Kost und schlechte Schlafstelle.

Die **Schlächter** organisirten sich vor zwei Jahren; ihr erster Schritt war die Erlangung des Achtstundentages und eines Wochenlohns von 3 Pfd. Sterl. Ein halbes Jahr später provozierten die Arbeitgeber einen Streik, in welchem die Gehilfen unterlagen. Der Lohn ist gegenwärtig: Hammelschlächter 18 Sh. pro Hundert, Ochsen-, Kalber- und Schweineschlächter 1 Pfd. 15 Sh. bis 2 Pfd. 10 Sh. wöchentlich. Schlachthausarbeiter 1 Pfd. 10 Sh. bis 2 Pfd. Zahl der Arbeitslosen 200, bei 600 Beschäftigten. Die in Verkaufslökalen Beschäftigten haben eine eigene Organisation, jedoch von geringem Werthe. Lohn ohne Kost und Logis 1 Pfd. 10 Sh. bis 2 Pfd. 10 Sh., mit Kost und Logis 10 Sh. bis 1 Pfd. 5 Sh., Arbeitszeit 58 Stunden. Mittwoch Nachmittag frei. Arbeitslose 300 bis 400.

Juweliere. Die Edelmetallarbeiter fristen auch hier und besonders in der Gegenwart ein kümmerliches Dasein. Die Hälfte der Juweliere sind außer Stellung, von der anderen Hälfte arbeitet ein Theil auf halbe Zeit, nur wenige, wozu die Geschicktesten und Begünstigsten zu zählen sind, arbeiten volle Zeit, eine Vereinigung der Gehilfen existirt nicht mehr, dieselbe hat sich vor Kurzem aufgelöst. Die Ursachen sind auf innere zerstrittene Zustände zurückzuführen, es fehlt den Vereinen das politische Interesse sowohl wie auch das Solidaritätsgefühl. Die Löhne schwanken von 2 Pfd. bis 2 Pfd. 10 Sh. bei achtstündiger Arbeitszeit.

Uhrmacher erhalten geringeren Lohn als die Juweliere. **Domestic servants**, die modernen Hausklaven. Die Diensthofen sind auch hier in Australien um ihr Loos nicht zu beneiden, wo der Geldsack regiert, hört die Humanität auf. Die Löhne der weiblichen sowie der männlichen Hausbedienenden sind wie alle anderen sehr herunter gegangen. Vor Jahresfrist waren die Löhne der weiblichen von 10—20 Sh. die Woche, die der männlichen von 15 bis 25 Sh. Die Lage hat sich seitdem erheblich verschlechtert, der Lohn ist jetzt Weibliche 6—15 Sh., Männliche 10—20 Sh. wöchentlich, von einer achtstündigen Arbeitszeit ist hier keine Rede. Diese Klagen werden abgerackert von früh bis spät. Hervorstechend ist das Verlangen nach jungen Diensthofen, Mädchen von 14 bis 16 Jahren gegen einen Lohn von 4—5 Sh. die Woche, einige Gesuche gehen schon so weit, daß Mädchen verlangt werden nur zur Ausbildung im Hausklavendienste — ob dieselben noch Geld mitbringen sollen, steht nicht vermerkt. In allen Fabriken, Konfektionsgeschäften u. f. w., wo Mädchen zur Anwendung kommen, werden Hungerlöhne von 10—15 Sh. pro Woche bezahlt.

Die Durchschnittslohne der **Eisenbahnarbeiter** von Victoria belaufen sich wie folgt. Tageslohn:

Tagelöhner	6 Sh. 6 Pence
Rangirer	5 " " bis 7 Sh. " Pence
Weichensteller	6 " " " 9 " "
Güterwächter	6 " " " 7 " "
Personenwächter	7 " " " 9 " "
Portiers	5 " " " 7 " "

Lokomotivpersonal:

Fuhrer	5 Sh. " Pence bis 6 Sh. 6 Pence
Heizer	6 " " " 8 " "
Führer	10 " " " 15 " "
Mechaniker, Tischler und Zimmerleute	10 Sh. den Tag, müssen jedoch eigenes Werkzeug stellen.
Ankriecher	7 Sh. " Pence bis 9 Sh. " Pence
Bauer von elektrischen Apparaten	10 " " " 18 " "
Pinienreparaturen	7 " " " 8 " "
Apparatreparaturen	7 " " " 10 " "
Stredengänger	6 " " " 7 " "

Ueber 3000 Arbeiter sind theils entlassen, theils auf Urlaub geschickt, jedoch ohne Gehalt. Die Eisenbahnen sind Staats-eigenthum, die Arbeiter werden im Vergleich zu den andern noch ziemlich gut bezahlt. Ob aber bei dem allgemeinen Niedergang

der Löhne derselbe fortbesteht, bleibt abzuwarten. Jahre können vergehen, ehe die Entlassenen wieder Aufnahme finden.

Tapezierer. Das Tapeziergeschäft zerfällt hier in zwei Theile; das eigentliche Tapeziren und Dekoriren der Zimmer u. gehört zum Malerfach mit Ausnahme der Möbel, Gardinen, Teppiche u. Der andere Theil, das Polsterfach, wird nur im Großen fabrikmäßig betrieben. Vor zehn Jahren war es noch eine lohnende Beschäftigung, doch seitdem das Großkapital sich auch dieses Zweiges bemächtigt hat, ist es aus mit der Herrlichkeit.

Die Arbeit wird jetzt vorwiegend von Jungen gethan. Dieselben arbeiten sechs bis acht Jahre als Lehrling für einen Hungerlohn. Hat einer die Kourage, um vollen Lohn anzuhalten, so wird er einfach auf die Straße geworfen, und ein neuer Lehrling kommt an dessen Stelle. Trotz dieser grenzenlosen Ausbeutung ist das ganze Geschäft ruiniert. Drei der größten Firmen Melbournes sind kürzlich dem Bankrott verfallen und andere stehen auf der Rippe. Die Kaufkraft der großen Masse ist gelähmt, und wer etwas braucht, kauft vom Althändler zu Schleuderpreisen. Eine Tapezier-Vereinigung vegetirt auch noch, doch ist sie machtlos, die Löhne zu beeinflussen. Der Lohnstarif der Union steht auf 2 Pfd. 10 Sh. die Woche. Aber die Arbeitgeber nehmen hiervon keine Notiz, die Herren geben, was ihnen beliebt, und die Gehilfen nehmen, was sie kriegen können. Der Lohn der letzteren kommt nicht höher, als 30—35 Sh. pro Woche und der der Lehrlinge 5—20 Sh. in demselben Zeitraum.

In **Brokenshill, New-South-Wales**, sind seit drei Wochen 6000 Miner (Grubenarbeiter) ausgesperrt worden.

Bei dem allgemeinen Niedergang der Löhne konnte das Direktorium der Silberbergwerke der Versuchung, sich an dem Raubzug zu betheiligen, nicht widerstehen, obwohl es durch einen Kontrakt (geschlossen 25. September 1890 auf einer Minerkonferenz in Brokenshill) gebunden war, keine Aenderungen vor Ablauf des Vertrages vorzunehmen und etwaige Differenzen vor ein zu erwählendes Schiedsgericht zu bringen. Der Termin ist zwar noch nicht zu Ende, doch das nimmermüde Kapital scheut nicht Noth und Galgen, vielweniger noch den Bruch eines Schwurcs. Bisher arbeiteten die Miner im Tagelohn, Achtstundenschicht und 10 Sh. täglich, das ist den Direktoren zu viel, nun soll den Minern Akkordarbeit aufgehalst werden, das bedeutet nichts anderes als sweating-system. Außerdem ist es darauf abgesehen, die Miner-Union zu sprengen. Die Arbeiter sind sich dessen wohl bewußt und stehen daher fest wie ein Mann. Die Aktiengesellschaft der Bergwerke hat in den letzten 6 Jahren sage und schreibe 6 000 000 Pfund Sterling (120 Millionen Mark) in ihre Taschen gesteckt, und nur 1 Million Pfund (20 Millionen Mark) ist in demselben Zeitraum als Lohn an die Bergleute ausbezahlt. Dennoch sind die Dividenden nicht hoch genug und soll die Schraube noch fester angezogen werden, um günstigen Falles noch ein paar lumpige Tausend mehr herauszupressen. Nebenbei bemerkt ist die Arbeit, weil das Quarz sehr bleihaltig, höchst ungesund, so daß die Bergleute fast ohne Ausnahme mehr oder weniger an Krankheit leiden. Der Friedhof in Brokenshill weiß davon gar viel zu erzählen, so mancher junge Bergmann fiel dem Profit oder der Krankheit zum Opfer; doch was kümmert das den Geldprogen? Was kümmert ihn Leben und Gesundheit der Arbeiter, so lange er seinen Säckel füllen kann? Die ausgesperrten Miner haben dießmal eine andere Methode bei Verteilung der Unterstützung gewählt; Geld wird nur in Ausnahmefällen verabreicht, die Unterstützung geschieht bloß in Lebensmitteln. Sie haben einen Konsumverein errichtet verbunden mit Bäckerei und Schlächterei. Auf diese Weise geben die Streikenden, sich auf Monate hinaus halten zu können. In Anbetracht der schlechten Zeiten werden die Miner von allen Seiten unterstützt; auch die Sympathie des Volkes ist voll und ganz für die Ausgesperrten, und wenn die Regierung in New-South-Wales sich neutral verhält und den Minenbesitzern kein Militär zur Verfügung stellt, dann denken die organisierten Bergleute mit den übermüthigen Herren schon fertig zu werden. Wieder mit dem Kapital! Es lebe die internationale Sozialdemokratie! Verein Vorwärts.

Gerichts-Beilage.

Der Spielstempel trieb, wie die Polizei auf Grund bestimmter Anzeichen anzunehmen Veranlassung hatte, in dem Schanklokale von Wegner in der Schützenstraße allmählich sein Unwesen und es wurden wiederholt Agenten abgeschickt, um in das geheimnißvolle Hinterzimmer, in welchem allabendlich „Meine Tante — Deine Tante“ gespielt werden sollte, einzudringen. Das Zimmer wurde aber stets von einer Vertrauensperson bewacht, welche, wie es scheint, den Spielern rechtzeitig Warnungssignale zukommen ließ, so daß ungeliebene Gäste ziemlich sicher fern gehalten werden konnten. In einer Februarnacht nahm die Polizei jedoch die Gelegenheit wahr, einen Hauptangriff gegen das verdächtige Lokal auszuführen. Tags vorher war nämlich eine Kellnerin bei der Polizei erschienen und hatte sich über die ihr in dem Lokal widerfahrne Behandlung beschwert. Sie erzählte, daß sie schon zu wiederholten Malen in dem W.schen Lokale im Kreise der ständigen Spielergesellschaft, in welcher sich Leute, wie der „Schlächter-Klugst“, der „Sekt-Albert“, der „Klavier-Paul“ und so weiter befänden, an dem Glücksspiel sich betheiligte habe. In jener Nacht aber habe sie nicht nur ihre ganze Baarschaft und alle Schmuckgegenstände verloren, man habe sie auch schließlich noch verhaften und hinausgeworfen. Nach ihrer Behauptung wisse der Wirth von dem Treiben in dem Hinterzimmer und bejehre von den Spielern sogenanntes Geld, welches sich in mancher Nacht auf 10—12 M. belaufe. Die Polizei beschloß daher, das Spielernest auszuheben. Die Zugänge nach dem Hofe, wie auch der Straße wurden besetzt und der Polizeikommissar v. Treckow drang mit mehreren Beamten gewaltsam in das Hinterzimmer. Die Spieler, die dort versammelt waren, waren aber auf solche Uebelbetrachtungen offenbar gut vorbereitet, denn in demselben Augenblick, als die Beamten eintraten, waren Karten und Geld vom Tische verschwunden, und die Anwesenden nahmen sogar eine drohende Haltung an, ehe sie sich dazu bequemen, ihre Personalien feststellen zu lassen. Es waren 14 Personen anwesend, ihrem Stande nach Kellner, Schlächter, Krüster u., welche sich nun geflern mit-samt dem Schankwirth Wegner wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels vor der 7. Strafkammer zu verantworten hatten. Der Beweisauftrag entstand erhebliche Schwierigkeiten. Die Angeklagten bestritten förmlich ihre Schuld; der als Hauptbelastungszeuge figurirende Kellner, welcher die Spieler bediente, war nicht erschienen und die Kellnerin, welche in dem Lokale so schlecht behandelt worden war, hatte plötzlich ihr Gedächtniß vollkommen verloren. Trotz aller Verwarungen vor dem Meinende verblieb diese Zeugniß dabei, daß sie sich auf die Vorkommnisse absolut nicht mehr besinnen könne. Sie verließ sich auf ärztliche Zeugnisse darüber, daß sie inzwischen ein schweres Kopfleiden durchgemacht habe. Unter diesen Umständen mußte der Gerichtshof die Verhandlung vertagen. Der Staatsanwalt wird nunmehr anderes Belastungsmaterial beibringen.

Zum Bukowinaer Korruptionsprozess wird der „Frank.“ aus Wien, 21. September, geschrieben:

Es ist nicht möglich, alle die interessanten Details hier zu verfolgen, welche der große Bukowinaer Korruptionsprozess zu Tage fördert. Wegen Raummangels müssen wir uns auf einiges Wenige beschränken. Seit mehreren Tagen beschäftigt sich der Gerichtshof nicht mehr mit Zollgeschichten, sondern mit allerhand sonstigen Schwindelgeschichten, welche die angestellten Staats-Finanzbeamten begangen haben: Geschenk-Aufnahme in Amtssachen, Protektionswirtschaft bei Stellenverleihungen, falsche Verrechnungen von Ausgaben für Dienstreisen, fingierte Sitzungsprotokolle.

Zum Kapitel Protektionswirtschaft gehört der Fall Lippert. Die Familie des gegenwärtigen Oberfinanzrathes extra status Andreas Lippert spielt in der Amtsverwaltung des Hofraths die Rolle der „Reißbegünstigten“. Lippert gehörte eben zu den „Wissenden“, der Hofrath hatte Grund, die Familienmitglieder des Herrn Lippert zu protegieren. Es wurden demnach angestellt: Der Schwiegersohn des Herrn Lippert, der Rechnungspraktikant Hugo Jolke, zum Steuerinspektor (nannte Rang-Kasse). Lippert's zweiter Schwiegersohn als Zollamtsleiter. Lippert's Bruder als Finanzwach-Kontroll-Betriebsleiter. Lippert's Schwager als Finanzwach-Kommissar. Lippert's Nefte als Zollamts-Assistent. Lippert selbst wurde auf Trzcienski's Vorschlag Ober-Finanzrath extra status und fungierte selbst den Bericht über seine Ernennung.

Hofrath Trzcienski hatte einen Freund und engeren Verwandten, **Radomski**, und dieser hatte einen Sohn, welcher Kommissar in einem Schnittwaaren-Geschäfte war. Am 6. Februar 1888 nun wurde aus dem Schnittwaaren-Kommissar ein Finanzbeamter und der junge Radomski hat daran sehr Vieles. Er war am 6. Februar — Zollamtskandidat; 8. Mai — geprüftes Zollamtskandidat; 15. Mai — provisorischer Zollamts-Assistent; 29. September — definitiver Zollamts-Assistent, — und hatte es also in nicht ganz neun Monaten vom Schnittwaaren-Kommissar zum definitiv angestellten Staatsbeamten gebracht, während Andere Jahre brauchten, um es so weit zu bringen.

Hofrath Trzcienski hatte noch einen Freund, den Leimberger Landes-Hauptplanken-Kontrollleur, **Herrn Olpinski**, dessen Sohn eines Tages in Czernowit um eine provisorische Assistentenstelle einlief. Trzcienski wollte ihn dazu ernennen, da er aber die erforderlichen vier Schulnasskassen nicht hatte, so wurden ihm dieselben einfach hinausgeschickt, und der Hofrath forderte sogar den Finanzsekretär Bogudt auf, zu bestätigen, daß er die dem Besuche selbstverständlich nicht beiliegenden Zeugnisse gesehen habe. Hofrath Trzcienski erklärt, daß er von dem Vater des Ladislav Olpinski in der ärgsten Weise molestirt worden sei, dem Sohne eine Stelle zu verschaffen; Olpinski sen. habe behauptet, daß sein Sohn vier Schulnasskassen absolviert habe, und er, der Hofrath, sich mit dieser Versicherung, die er für reine Wahrheit nahm, begnügt. Dem Finanzsekretär Bogudt habe er nur gesagt, er soll, wenn keine würdigeren Kandidaten auf der Liste wären, Olpinski berathen. Der Hofrath geht nun auseinander, daß der Assistent es sei, welcher den Würdigen empfehle, und daß in den Sitzungen, die unter dem Vorsitz des Landespräsidenten stattfinden, ja ein Anderer, als der vom Referenten Vorgesessene, gar nicht ernannt werden kann. — Präsi.: Da haben Sie aber ein einfaches Mittel gehabt, indem Sie die Sitzung einfach gar nicht einberufen und falsche Protokolle anfertigen. Wir wissen, daß Oberfinanzrath Dr. Korn sich beklagt hat, er sei in einem Protokoll über eine angebliche Sitzung, in welcher sein Bruder ernannt wurde, als Beisitzer angeführt worden, obwohl er an einer solchen Sitzung niemals theilgenommen hätte. — Trzcienski: Das ist, wo ich anwesend war, nie gesehen. — Präsi.: Das ist nicht richtig. Gerade das Sitzungsprotokoll, über welches Dr. Korn sich beklagt, beginnt mit den Worten: „Unter dem Vorsitz des Landespräsidenten in Anwesenheit des Finanzdirektors Hofraths Trzcienski.“ Die Bezeichnung „unter dem Vorsitz des Landespräsidenten“ ist nur eine Formalität, weil mit dem Landespräsidenten vereinbart war, daß Sie ihm die Protokolle zur Unterschrift zustenden.“ So wäre es auch hier der Fall gewesen. Die Sitzung hätte nicht stattgefunden, es wäre ein Protokoll über eine Sitzung fertiggestellt worden und Sie hätten den Olpinski ernannt.

Wichtig darauf kommt etwas zur Sprache, was für den Hofrath nicht minder unangenehm ist — die fingirten Reisepauschalien, welche er nach der Behauptung der Anklage aus dem Staatskassett einliefert haben soll. Trzcienski veranwortet sich dieser Beschuldigung gegenüber, er habe wissenlich nie einen fingirten Posten in seine Rechnungen gesetzt, allein er habe über seine Reisen nur ungenaue Aufzeichnungen geführt, und da könne ihm mancher Fehler passirt sein. Er schließt mit den Worten: „Wer niemals einen Wagen unrechtmäßig verrechnet, der werfe einen Stein auf mich! Ich bedauere tief, daß ich meine Aufzeichnungen nicht besser geführt habe, aber schuldlos bin ich!“ Präsi.: Wenn mir ein junger Praktikant, ein ganz unerfahrener Mensch, sagt, er habe Aufzeichnungen ungenau geführt, so glaube ich es ihm; wenn dasselbe aber ein Beamter von Ihrem Range und von Ihrer Dienstzeit, den seine ganze Thätigkeit zur Ordnung einführt, thut, kann ich es nicht glauben! Sie haben Ihre Reisetoten ja — man möchte fast sagen — „gedichtet“. Bei der Verhandlung über die Pauschalsumme für Amtsausgaben im Betrage von 2020 Gulden im Jahr geht hervor, daß dieselben fast gänzlich von dem Herrn Hofrath für sich verbraucht seien. Es gelangte der Bericht zur Verlesung, welchen der Nachfolger des Hofraths über den Zustand, in dem das Amtsgelände und die Einrichtungsgegenstände im Amte sich befanden, erstattet hat. In demselben wird mitgetheilt, daß die Einrichtungsgegenstände in einem desolaten, verkommenen und unbrauchbaren Zustande vorgefunden wurden. Die noch vorhandenen Tische, Stühle und Kisten waren derart gebrochen, daß eine Reparatur derselben sich als unmöglich erwies. Viele Gegenstände hatten schon einige Jahre vorher außer Gebrauch gesetzt und von den Beamten aus eigenen Mitteln ersetzt werden müssen. Für die Aufbewahrung von Akten war keine Vorkehrung getroffen, der größte Theil der Einrichtungsgegenstände aus der Zeit der Kameral-Bezirksverwaltung in Czernowit her und war seither weder reparirt noch ergänzt worden. Einige Möbelstücke drohten ungenutzt zu werden, machten den Aufenthalt in dem Bureau zu einem gesundheitswidrigen.

Verfassungen.

Die freie Vereinigung der Zivil-Verfassungsmänner hörte in ihrer Mitgliederversammlung am 20. September einen Vortrag des Genossen **R. Hoffmann** über den Begriff „Arbeitslohn“. Von der Neuwahl der Geschäftskommission wurde auf Antrag der Kollegen **Voigt, Vogel** und **Brandt** Abstand genommen, dagegen beschloffen, in Zukunft den Arbeitsnachweis durch einen zu wählenden Vorsteher besorgen zu lassen. Gewählt hierzu wurde Kollege **Drappe**. Honorirt wird der Posten mit derselben Summe, welche die bisher aus zwei Personen zusammengesetzt gewesene Geschäftskommission erhielt. Unter „Vereinsangelegenheiten“ beschloß man, gegen das ausgeschlossene ehemalige Mitglied **G. Zahle** energische Maßregeln zu ergreifen. Dazu brachte Kollege **Blanchefsky** zur Kenntniß, er habe durch angelegte Recherchen in Erfahrung gebracht, daß zu zwei Vergütungen des vierten Wahlkreises einmal die Direktion der **Lips'schen Brauerei** (Friedrichshain), das andere Mal der **Dekonom von Zumbel** (**Ostbahnpark**) nicht, wie ihnen aufgetragen, die Muster aus-

der freien Vereinigung entnommen habe, trotz obennommener Verpflichtung. Dagegen wurde im ersten Fall die Muster dem Beamtenmusiker-Freund, Musiker **B. Genh**, im andern Falle dem mit Lehrlingen musizierenden Herrn **Böckerling** übertragen, welcher auch mit seinen Lehrlingen die Muster thatsächlich ausführte (mit der Bezeichnung auf dem Programm: „Vernunftmusiker“). Weiter theilte Kollege **Vanje** mit, daß bei einem Vergütigen, welches am 17. September in den „Konkordiasälen“ von einem Herrn **Noad** arrangirt wurde und bezüglich dessen es auf den Plakaten hieß: „Muster von der freien Vereinigung der Zivil-Verfassungsmänner **Verlins** und **Umgebung**“, thatsächlich sich unter den drei engagirten Kapellen nicht eine Kapelle der freien Vereinigung befand. Leiter der drei Kapellen waren die Nicht-mitglieder **Wischoff, A. Schulz** und wiederum der oben-erwähnte Herr **Böckerling**. Es wurde dem Vorstand überlassen, in all diesen Sachen Maßregeln zu ergreifen. Dann kam eine Angelegenheit in Betreff der **Kidzborfer Stadtmusikdirektoren** (Lehrlingskapellen) **Kramer** und **Zimmermann** zur Sprache, nach welcher sich genannte Personen geäußert haben sollen, daß die freie Musikervereinigung bei Mangel an nöthigen Kräften Ersatz durch Entnahme ihrer Lehrlinge schaffe und diese Kräfte bedeutend geringer honorirt würden. Es stellt sich dies als Unwahrheit heraus und sollen die Genannten um eine Erklärung für ihre Herausforderungen angegangen werden. Mit einem Hoch auf die freie Vereinigung schloß die Versammlung.

Friedrichshagen. Im Arbeiter-Bildungsverein sprach am 20. September der hiesige Arzt Herr **Dr. Vinbaum** über die Cholera. Er erörterte die Entstehung, Verbreitung und Verhütung derselben in zirkulärem Vortrag und erntete reichen Beifall. In der Diskussion sprach Genosse **Weißhau** über die Verhältnisse in Hamburg und zeigte, daß die herrschende bürgerliche Gesellschaft nicht in der Lage ist, bessere Zustände zu schaffen, vielmehr, wie Hamburg zeigt, in der Gefahr feige ausreißt, statt die Gefahr zu beseitigen; letzteres überläßt sie den verhassten und sonst chicanirten Sozialdemokraten. Die Seuchengefahr könne nur dauernd gemildert, bezw. verhütet werden unter einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der dem Arbeiter ausreichender Lebensunterhalt gesichert ist. Genosse **Gärtner** theilte hierauf mit, daß nimmere sämtliche Villetts von Sommerfest eingelaufen seien und der gesammte Ueberfluß 14,80 M. betrüge. Nachdem wurde die Gründung einer Gesangsabtheilung diskutiert und beschloffen, daß songeskundige Mitglieder sich am 28. September beim Genossen **O. Schulte, Friedrichstraße 34**, Abends 8 1/2 Uhr einzufinden haben. Genosse **Schulte** brachte noch den Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung zur Sprache, betreffend Sammlung der Arbeitsordnungen, und tabellte, daß bis jetzt so wenig Genossen sich an der Sammlung theilgenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß die Versammlungen und Lese-Abende fleißig besucht werden möchten. Nächster Lese-Abend Dienstag, den 4. Oktober, Abends 9 Uhr, bei **Herrn, Friedrichstraße 11**. Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei **Herrn, Friedrichstraße 11**; **Schulte, Friedrichstraße 34**; **Lange, Wartenbergstr. 65**.

In der **Zivil-, Militär- und Pflanzschneider-Versammlung**, welche am 21. September in den Armnhallen tagte, referirte Herr **Pfeiffer** über den **Magdeburger Schneider- und Schneiderinnenkongress**. Dann schilderte Herr **Läterow** den wahren Charakter der Offizier- und Beamtenvereine, worauf folgende Resolutionen einstimmig zur Annahme gelangten:

1. Die heutige öffentliche Schneider-Versammlung erkennt das Bestreben der Offizier- und Beamtenvereine, welches darauf gerichtet ist, ihren Klassenangehörigen billige Waaren, d. h. nicht durch Zwischenhandel vertheilte und den Unternehmerprofit ausschließende Waaren zu verschaffen, voll und ganz zu verurtheilen und entscheidet, daß dies auf Kosten der Arbeiter, durch Lohnrückzahlung u. s. w. geschehe, wie es in letzter Zeit namentlich im Deutschen Offizierverein vorgekommen ist. Die Versammlung erklärt den seitens dieser Vereine auf die Arbeitslöhne ausgeübten Druck für um so verwerflicher, da sie gesetzliche und behördliche Begünstigungen genießen, dadurch auf andere Gendertreibende eine kolossale Konkurrenz ausüben und diese zwingen, in gleicher Weise vorzugehen. Die Versammlung appellirt daher an alle Offiziere und Beamte, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus in diesen Vereinen der kulturwidrigen Lohnrückzahlung ihrer Direktoren entgegenzutreten, da andernfalls die Allgen-einheit gesponnen ist, allen Bestrebungen, die auf Verbesserung der sozialen Lage der hier in Betracht kommenden Beamten-schichten gerichtet sind, nicht nur entgegenzutreten, sondern vielmehr gleichfalls für Herabsetzung ihrer Gehälter in Agitation zu treten.

2. Die Berichterstattung wird ersucht, diese Resolution allen Feitungen zugehen zu lassen, besonders der **Volkzeitung** („Organ für Jedermann aus dem Volke“), da diese in letzter Zeit tendenziöse Berichte über die Arbeiterbewegung, besonders über die Schneiderbewegung in die Oeffentlichkeit gebracht hat.

Nachdem den Versammelten das Verhalten einiger Mitglieder resp. Vorstandsmitglieder des **Militärschneider-Vereins** largelagt war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung protestirt gegen das eigenmächtige Vorgehen, welches die Kollegen **Koloff, Jerwin** und **Kroll** in der Streitfrage **Militärschneider** kontra **Offizierverein** eingeschlagen haben. Mit Rücksicht auf Beschlüsse mehrerer öffentlicher Versammlungen, die besagen, daß dergleichen gewerbliche Streitigkeiten durch die Agitationskommission geregelt werden, in weiterer Erwägung, daß genannte drei Herren sich auch jetzt noch weigern, mit der Agitationskommission in Beziehung zu treten, spricht die heutige Versammlung der Agitationskommission allein das Recht zu, und macht es derselben zur Pflicht, diese Streitfrage zum Besten der Kollegen zu regeln. Schließlich hält es die Versammlung in Anbetracht der Arbeiterschaft für geboten, daß die Mitglieder des **Militärschneider-Vereins** mit den Vertriebenen **Jerwin, Koloff** und **Kroll** wegen ihres durchaus ungebührlichen, verwerflichen, den allgemeinen Interessen schädigenden Verhaltens zu brechen haben. Die Versammlung erklärt das Auftreten dieser Herren für um so verwerflicher, als von diesen sogenannten „unabhängigen“ der gewerbliche Kampf als der allein einzig richtige in der Theorie hingestellt wird.“

Im Weiteren theilte Herr **A. Schulz**, Delegirter der **Schneider** in der **Streit-Kontrollkommission**, der **Vereinigung** mit, man werde den einen Beisitzer zum **Gewerbe-Schiedsgericht**, welchen die **Schneider** gewillt sind abzugeben, den darum ersuchenden **Hutnachern** zuzprechen. Sodann wurde zur regen Theilnahme an die **Vertheilung** der **Sitzung** aufgefordert, die am kommenden Mittwoch bei **Beopold, Wallgrafenstraße 88**, stattfindet, sowie zum zahlreichen Besuch der am **26. d. M.** in den **Armnhallen** stattfindenden **Verbandsversammlung**, zu welcher auch Gäste Zutritt haben. Ferner wurde hingewiesen auf das **Herbstvergütigen**, welches am **18. Oktober** bei **Joel** abgehalten wird.

In **Weißensee** fand am 21. September eine öffentliche Versammlung des „Allgemeinen Arbeitervereins“ statt, in welcher **Fränlein Baader** über das Thema: „Das Wesen der Handindustrie und ihre Folgen für die Arbeiterbewegung“ sprach. Die Rednerin löste ihre Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. In der Diskussion sprachen die Genossen **Poffelt** und **Salzmann** im Sinne der Referentin. Unter Verschiedenem macht Genosse **Dehner** darauf aufmerksam, daß er sich in Betreff der **Sanitätskolonne** mit **Herrn Dr. Jabel** in Verbindung gesetzt hat, und eruchte die Anwesenden, ihm Material über irgend welche sanitäre Mißstände zukommen zu lassen. Weiter machte **Jalob** die Mittheilung, daß die hiesige Schule auf einer Höhe erbaut sei und infolge dessen das Trink-

wasser für die Kinder höchst schädlich wäre. Redner wünschte, daß sich die Herren **Gemeindevorsteher** darüber einmal näher informirten.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie macht sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiert zu werden.

Kurzruf

an sämtliche Parteigenossen **Berlins**. In der öffentlichen Versammlung sämtlicher Hausdiener und Berufsgenossen am 31. August 1892 wurden folgende zwei Resolutionen fast einstimmig angenommen:

1. Resolution.

„Die heute, am 31. August 1892, in der **Berliner Ressource** tagende öffentliche Versammlung erklärt ausdrücklich, daß der **Berliner Hausdiener** als nicht auf dem Boden der zielbewußten Arbeiterschaft stehend zu betrachten ist, und fordert die Versammlung die anderen zielbewußten Arbeiterorganisationen auf, hierzu ebenfalls Stellung zu nehmen. Da zu wiederholten Malen mit dem oben genannten Verein in Unterhandlung getreten wurde, in unserem Beruf eine Gesamtorganisation in's Leben zu rufen, um so gemeinsam den Kampf gegen unsere Ausbeuter zu führen, waren sie es, die sich diesem entgegenstellten. Darum Genossen, unterthätig mit in diesen Kampf, denn wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns, und muß dementsprechend bekämpft werden. Außerdem werden bei etwaigen Vergütungen des p. Vereins Anträge erlassen werden, damit Niemandem der Irrthum passirt, zu dergleichen Vergütungen hinzugehen.“

Hierzu stellte Genosse **Türk** das Amendement: „Ferner werden alle überzeugten Mitglieder des Vereins aufgefordert, dem Verband beizutreten, sofern sie beschließen, den Verein zu verlassen.“

2. Resolution.

„In Erwägung, daß sich die Unternehmer in und um Deutschland immer mehr zu Verbänden zusammenschließen, um gegen die Arbeiter vorzugehen; in weiterer Erwägung, daß nur durch eine einheitliche Organisation etwas für die Arbeiter zu erreichen ist, beschließt die heutige Versammlung:

Nachdem der **Berliner Hausdiener** zum vierten Male die Einigungsfrage abgelehnt, ferner den Antrag der öffentlichen Versammlung, welcher dahin ging, den § 21 seines Statuts abzuändern, nicht Folge geleistet, beschließt die Versammlung, den **Berliner Hausdiener** als nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend zu betrachten und fordert die **Streit-Kontrollkommission**, sowie alle übrigen Gewerkschaften auf, hierzu Stellung zu nehmen.

Sie beschließt ferner, den „Vorwärts“ zu ersuchen, Inserate, sowie Berichte von dem **Berliner Hausdiener** nicht mehr aufzunehmen.“

Diese Resolutionen wurden, erstere mit dem Zusatz **Türk**, gegen 2, letztere gegen 3 Stimmen, angenommen.

Im Anschluß an diese Resolutionen erwarten wir von der zielbewußten Arbeiterschaft **Berlins**, insbesondere aber von der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Hausdienerschaft, eingedenk unserer gemeinsamen Interessen und in Anbetracht des bevorstehenden Stiftungsfestes obiger Vereinigung (2. Oktober d. J.) diese Resolutionen zu befolgen und denselben die weitest mögliche Verbreitung angedeihen zu lassen, da durch eine Theilnahme an diesem Feste von Seiten der zielbewußten Arbeiterschaft jener Vereinigung die Mittel in die Hand gegeben würden, uns den ohnehin schon schweren Kampf gegen unsere Ausbeuter noch mehr zu erleichtern.

Bei dieser Gelegenheit soll, um Verwechselungen vorzubeugen, nicht unterlassen werden, darauf aufmerksam zu machen, daß die in Rede stehende, nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung sich bewegende Vereinigung der **Berliner Hausdiener** ist, welcher sein Bureau **Alte Leipzigerstraße 1** hat.

Deshalb ist jeder Hausdiener und Berufsgenosse, der die miltlichen Zustände in unserem Beruf erkannt hat, und zu deren Beseitigung mit Hand anlegen will, verpflichtet, dem **Verband der Geschäftsdienner, Pader** und **Berufsgenossen Berlins, Neue Grünstraße 10**, beizutreten.

Es wäre keine Veranlassung genommen worden, diesen Kurzuf zu erlassen, wenn nicht der obengenannte **Berliner Hausdiener** stets die Firma „Wir stehen ja auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung“ als **Aushängeschild** benutzte, um bei seinen Vergütungen Geschäfte zu machen, während er sich sonst um Nichts in der Arbeiterbewegung betümmert.

Der Vertrauensmann der Hausdiener **Berlins**.
Otto Plath, Neue Promenade 5.

An die Mitglieder der **Freien Volkshöhe**.

Erklärung.

Lie in der letzten Nummer dieser Zeitung enthaltene Berichtigung der Herren **Wille** und **Kampffmeyer** geht in ihrer schiefen Darstellung und ihren Unwahrheiten bis an die Grenze des Möglichen. Aus der Fülle der Entstellungen greife ich nur drei heraus.

1. Es ist eine völlige Unwahrheit, daß die Herren **Wille** und **Kampffmeyer** meine **Kalkulation** in Sachen des **Leffing-Theaters** geprüft hätten, sie haben sie sich nicht einmal angesehen.

2. Die politischen Gesichtspunkte, die ich nach der Ansicht der Herren in das Vereinsleben getragen haben soll, bestehen darin, daß ich empfahl, die Druckarbeiten nicht nur von **Wilhelm Werner**, sondern auch von **Sillier, Janisczewsky u. Ko.** oder **Maurer u. Dim** herstellen zu lassen, da überdies **Wilhelm Werner** einen bei weitem höheren Preis für gewisse Arbeiten forderte, als die Vortgenannten.

3. Nachdem **Wille** und **Kampffmeyer** am Morgen des 22. September erfahren hatten, daß die Mitglieder eine Generalversammlung fordern wollen, waren die Herren **Nachmittags** bereit, eine Generalversammlung seitens des Vorstandes einzuberufen.

Mitglieder! Die Herren wissen, daß ich die Absicht habe, in dieser Generalversammlung nicht nur über die Meinungsverschiedenheit im Vorstand, sondern über die gesammte bisherige Verwaltung und das Kassenwesen zu sprechen; ich habe nun den Verdacht, daß die Herren **Wille** und **Kampffmeyer** mich daran hindern wollen. Infolge dessen bitte ich die Mitglieder der **Freien Volkshöhe**, mich in der Generalversammlung aufzufordern, über die Meinungsverschiedenheiten und das Kassenwesen zu sprechen.

Ueber die weitere Unwahrheit, daß 7 Vorstandssitzungen stattgefunden haben, daß ich mich eigenmächtig in die schwebenden Verhandlungen gedrängt hätte, gehe ich an diesem Orte nicht ein; in der Generalversammlung werde ich den Mitgliedern der **Freien Volkshöhe** Rede stehen.

Julius Türk,
SW. Solmsstraße Nr. 24.